# neue

Dieter Boris · Monopolkapital / Che Guevara Brief an die Tricontinentale / Wolfgang Lefèvre Ursachen und Konsequenzen des 2. Juni / Gert Meyer · Der neue sowjetische Fünfjahrplan (1966-1970) / Jan Myrdal · Vietnam und die kommenden Kriege / Claus Rolshausen · Monopolkapital und Werttheorie / Horst Stemmler und Walmot Falkenberg · Der Konflikt im Nahen Osten (I) / Dokumentation · Sozialistische Politik? / Rezensionen · Modell Österreich Der Vergeudungskapitalismus Bibliographische Hinweise zum Nahostkonflikt

# kritik

August 1967 42/43

neue kritik, Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Herausgeber: Wolfgang Abendroth, Erich Eisner, Peter Gäng, Wolfgang Lefèvre, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Reimut Reiche, Helmut Schauer, Klaus Vack, Lothar Wolfstätter. Redaktion: Bernhard Blanke, Meino Büning, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich)
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: E. Lokay, Reinheim

# *Inhalt*


| | | |
|---|---|---|
| 4 | *Wolfgang Lefèvre* | Ursachen und Konsequenzen des 2. Juni |
| 15 | *Dieter Boris* | Monopolkapital |
| 22 | *Claus Rolshausen* | Monopolkapital und Werttheorie |
| 32 | *Jan Myrdal* | Vietnam und die kommenden Kriege |
| 42 | *Che Guevara* | Brief an die Tricontinentale |
| 54 | *Horst Stemmler Walmot Falkenberg* | Der Konflikt im Nahen Osten (I) |
| 69 | *Gert Meyer* | Der neue sowjetische Fünfjahrplan (1966-1970) |
| 88 | *Dokumentation* | Sozialistische Politik? |
| 109 | *Rezensionen* | E. Matzner: Modell Österreich<br>A. Kozlik: Der Vergeudungskapitalismus |
| 112 | *Bibliographie* | Literatur zum Nahostkonflikt |

Wolfgang Lefèvre

# Ursachen und Konsequenzen des 2. Juni

Mit welchem Ereignis ein Bericht über die Berliner Unruhen auch beginnen vermag, in jedem Fall wird es notwendig sein, auf zwei allgemeine Bedingungen für diese Unruhen — wenn auch nur kurz — einzugehen.

Die erste Bedingung ist die nach wie vor wirksame politische Funktion, die West-Berlin in der Phase des Kalten Krieges erhielt. Nicht der Beginn der Blockade 1948, sondern der Triumph ob ihres Zusammenbruchs förderte die West-Integriertheit des politischen Selbstbewußtseins Berlins, sie wies in ihrer Insulaner-Ideologie nicht allein jede Wiedervereinigungspolitik zurück, die nicht auf die Kapitulation der DDR abzielte, sondern suchte auch sozio-ökonomische Schwierigkeiten, die durch die Insel-Situation entstehen, mit einem Kolberg-haften Gemeinschaftsgeist zu bewältigen. (Seit der Blockade hat es in West-Berlin nicht einen einzigen Lohnstreik gegeben!) Die zum Teil aggressiv und zugleich im „roll-back" selbstzerstörerisch gewählte Rolle einer belagerten Stadt machte seit Beginn der fünfziger Jahre die Freiheit des demokratischen Gemeinwesens, die West-Berlin unübersehbar den Brüdern und Schwestern zu demonstrieren hatte, zu einer ästhetischen Angelegenheit: Die demokratische Freiheit hatte sich darzustellen im *Bild* der Einheitlichkeit der tapferen, immer eines Scherzwortes fähigen Berliner Bevölkerung, die angesichts der DDR das Austragen sozialer oder politischer Differenzen in den eigenen Mauern nicht tolerierte. Auch nur differenzierende Gedanken zur Deutschlandpolitik, selbst solche von Stadtvätern, erfuhren die Härte und Demokratiefeindlichkeit des Geistes des „freien Teils" Berlins. Das Ritual der tapferen, einheitlichen Berliner Bevölkerung machte jede Kritik zum Frevel. Dies zeigte die vox populi deutlich, die heute Studenten Arbeitslager, Verbannung „nach drüben", Vergasen, Erschlagen etc. zudenkt. Die Ziele, die die politischen Insti-

tutionen mit und in diesem Ritual verfolgen, mögen heute differenzierter sein als in den fünfziger Jahren; zweifellos gehörte es jedoch zur „Substanz" der Politik des etablierten Apparats, die Inhalte dieses Rituals monopolistisch zu steuern, und jede Kritik, und erst recht jede Politik zu unterdrücken, die sich dem von den Bürokraten manipulierten Ritual entzieht.

Die zweite Bedingung der Unruhen ist das FU-Modell, so unvollkommen es auch sein mag. Das Institut der Förderungswürdigkeit studentischer Vereinigungen — also die Bereitschaft der FU, sich als Universität mit politischen Aktivitäten einzelner Universitäts-Bürger identifizieren zu lassen — und die Mitbestimmungsrechte der Studenten in der universitären Selbstverwaltung haben als Ausdruck des politischen, antifaschistischen und antistalinistischen Charakters der FU-Gründung den Verdrängungsprozeß der Kalten-Kriegs-Zeit überlebt und ragten wie anachronistische Institutionen in die restaurierte politische Wirklichkeit der frühen sechziger Jahre hinein. Der Versuch, demokratischen Gebrauch von diesen anachronistischen Institutionen zu machen, mußte zu schweren Konflikten führen. Die Zeit des Kalten Krieges bot ja den Intellektuellen (deren politisches Credo der indirekten, kanalisierten Demokratie gilt) mit der Theorie des Antitotalitarismus die Chance, trotz ihres politischen Konformismus sich in der Kritik am Stalinismus als konsequente Demokraten mißzuverstehen. Das Politische am Berliner Modell konnte deswegen trotz unbemerkt schon wieder restaurierter Universitätsverhältnisse von diesen Wissenschaftlern bejaht werden, weil dieses Modell eben in seiner kritischen, nonkonformistischen Dimension noch nicht zur Erscheinung gelangt war, solange es sich lediglich antikommunistisch verstand. Dieses „Mißverständnis", diese Selbsttäuschung mußte mit großen Erschütterungen für alle Beteiligten in dem Augenblick zerschlagen, in dem nach Abklingen des Kalten Krieges eine Gruppe von Universitätsangehörigen von den rudimentären politischen Institutionen des Berliner Modells einen gegen die restaurierte Gesellschaft gerichteten Gebrauch machte und damit die FU vor die Entscheidung stellte, ihren politischen Gründungscharakter anzuerkennen oder aber ihn durch Neuregelungen aus der Welt zu schaffen. Demokratische Kräfte fanden also an der FU Ansatzpunkte, die die Gesamtuniversität in ihrem Selbstverständnis erschüttern mußten, und die zugleich in der Berliner Situation keineswegs den Charakter inneruniversitärer Auseinandersetzungen behalten konnten, sondern vielmehr in Berlin als Anschläge auf die „Substanz" einer im Ritual verharrenden formalen Demokratie aufgefaßt werden mußten. — Soweit zu den allgemeinen Bedingungen einer Kette von Ereignissen, die bereits 1958/59 mit den Aus-

einandersetzungen um den Berliner „Atom-Kongreß" begannen und die ab dem WS 1964/65 einen nicht abreißenden Strang von Konflikten immer größeren Ausmaßes bilden.
Ich will nicht die zumindest sporadisch bekannte Geschichte der letzten Jahre — Tschombe-Demonstration, Kuby, Korporationsskandal, Krippendorf ... etc. — detailliert aufrollen. Es handelt sich bei diesen Konflikten um den Versuch der universitären Administration, mit mehr oder minder offener Repression die politische Betätigung von Universitätsangehörigen zu verhindern, um die Universität nicht in das Schußfeld der vehementen Reaktion der etablierten Öffentlichkeit geraten zu lassen, die sich — zumal in Berlin — durch die nicht mehr antikommunistische politische Betätigung auch schon eines kleinen Teils der Studenten irritiert fühlte. Dabei hatte das gegen die US-Regierung, also die Regierung der größten der westlichen Schutzmächte Berlins, gerichtete Engagement in der Vietnamfrage die weitesttragende Wirkung. Die Kritik an der amerikanischen Intervention in Vietnam wurde zu Recht von der Berliner Öffentlichkeit als Angriff auf eines der Fundamente West-Berlins angesehen, weil doch die amerikanische Präsenz in Berlin in der Tat dann die für das Ritual benötigte Makellosigkeit einbüßen mußte, falls wirklich dieselbe amerikanische Regierung auf der anderen Seite des Globus eine verbrecherische Politik betreiben sollte, die das Bewußtsein des Kalten Krieges allein für kommunistische Regierungen reserviert hatte. Auf der anderen Seite wurde die amerikanische Politik in Vietnam für die zunächst lediglich formal-demokratisch denkenden Studenten zur sinnlichen Offenbarung einer den westlichen Demokratien eigenen Unmenschlichkeit, deren Wahrnehmung das Vertrauen in diese Demokratien zerstörte: Wie unterschiedlich artikuliert und z. T. auch diffus dieses Mißtrauen in den studentischen Köpfen auch sein mochte, die Tatsache, daß die Länder der westlichen Welt formal nach wie vor einigermaßen demokratisch regiert wurden — selbst die Fünfte Republik Frankreichs mochte noch hingehen und Griechenlands Putsch gab es damals noch nicht —, diese Tatsache konnte angesichts Vietnams nicht beruhigend wirken. Sie mußte im Gegenteil die Beunruhigung zu der Einsicht weitertreiben, daß die formal-demokratischen Institutionen keinerlei Garantie gegen brutalste Unterdrückung, ja Vernichtung eines ganzen Volkes bieten. Diese Erschütterung des politischen Selbstbewußtseins hätte, selbst wenn sie sich in Demonstrationen und anderen politischen Betätigungen artikulierte, kaum für eine erwähnenswerte Anzahl von Studenten zu einem politischen Bewußtsein geführt, das über Fatalismen wie „Politik ist schmutzig" oder „nothing to be done" herauskäme. Zusätzlich mußte sich die von den Studenten mißtrauisch ver-

mutete oder erkannte repressive Gewalt der eigenen Gesellschaft — zunächst in der universitären Administration — offen zeigen und die Studenten mußten, mit den Repräsentanten der Repression konfrontiert, konkrete Möglichkeiten finden, um demokratiefeindlichen Herrschaftsansprüchen praktisch entgegenzutreten. Da es sich also zunächst um universitäre Konflikte handelt, zogen die politischen Auseinandersetzungen auch die bis dahin mehr theoretischen Differenzen in Hochschul- und Studienreformfragen mit in die konkreten Auseinandersetzungen hinein. Die Ordinarien reagierten nicht zuletzt deswegen so nervös auf alles, was die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Universität richten konnte, weil Ministerialbürokratie und Wirtschaftsverbände angesichts immenser Engpässe in der Ausbildung von Arbeitskräften die Freiräume der Ordinarien einzuschränken drohten, um eine Steigerung der Nachwuchsproduktion durch die Universitäten zu erreichen. Die Studenten erkannten jedoch in Maßnahmen wie der Zwangsexmatrikulation oder in der vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen Reglementierung des Studiums, daß die Ordinarien keine Skrupel zeigten, auf Kosten der Freiheit, der Selbständigkeit und der ohnehin prekären sozialen Situation der Studenten mit den Bürokratien Kompromisse zu schließen, um die Autokratie der Lehrstuhlinhaber zu retten. Das patriarchalische Verhalten der Ordinarien, ihre bis zur Rechtfertigung brutaler Unterdrükkung reichende politische Ignoranz, und ihre offenkundig primär an der Erhaltung der eigenen Privilegien orientierte Hochschulpolitik zerstörten die Illusion der studentischen Hochschulreformer und der Studentenvertreter, mit den Lehrenden — d. h. durch geschicktes Taktieren in den universitären Institutionen — die Veränderung erreichen zu können, die die Universität in die Lage versetzen würde, Ausbildungsstätte für mündige und politisch verantwortliche Menschen zu sein. Aus diesem Grund gingen die Studentenverbände und die Studentenvertreter immer mehr dazu über, möglichst große Teile der Studentenschaft in den Konflikten Formen des Protests diskutieren und probieren zu lassen, in denen sich die Studenten von einer an die etablierten und übermächtigen Institutionen geketteten politischen Praxis emanzipieren können, um zu einer autonomen Gegenpolitik vorzustoßen.

Erst Ende 1966 kam es zu ernsteren Konfrontationen der studentischen Bewegung mit der Berliner Administration, vor allem mit der Polizei. Das bedeutet natürlich nicht, daß nicht schon ab 1958 und verstärkt ab 1965 Presse und Parteien die Ansätze der studentischen Bewegung durchaus kampagneartig angelegten Diffamierungen unterzogen. Vor den Demonstrationen im Dezember 1966 versuchte der Berliner Senat, mit dem traditionellen Mittel „Reduzierung studentischer Finanzen"

diziplinierend Einfluß zu nehmen. Schon dabei, wenn auch noch nicht so ausgeprägt, zeigte sich, daß die Berliner Exekutive der Rechtmäßigkeit ihrer Maßnahmen geringe Aufmerksamkeit schenkt. Die Dezemberdemonstration, die zweifellos provokativen Charakter hatte, beantwortete der Berliner Senat bereits völlig offen mit einer terroristischen Einschüchterungspolitik: Zusammenschlagen von Demonstranten und Versuche politischer Justiz gegen Studenten, vor allem SDS-Studenten, die man als Drahtzieher der Unruhen ansah.

Bevor ich auf die Ereignisse des SS 1967 eingehe, muß noch über Dinge wie „Kommune", Provokation, Eier und Tomaten, Minderheiten und Rädelsführer kurz im Zusammenhang gesprochen werden. Mit der Behauptung, eine kleine Minderheit, einige wenige Rädelsführer betrieben manipulativ die studentischen Unruhen — also in dem man sowohl die studentische Bewegung als die einer dumpfen, manipulierten Masse denunzierte als auch ein repressives Konzept zu ihrer Bewältigung vorschlug — wurde bereits gearbeitet, noch ehe es die „Kommune" oder studentische Provokationen mittels Eiern und Tomaten gab. Das nicht-Manipulative und Öffentliche der studentischen Bewegung in jeder ihrer Phasen haben bislang alle aufmerksamen Beobachter konstatiert, selbst der CIA. In der Theorie der Rädelsführer und der manipulierten Masse offenbart sich die Unfähigkeit zu begreifen, daß Menschen unmanipuliert aus der verordneten Passivität ausbrechen können, verrät sich der Verstand derer, die als Zeitungsverleger, Politiker oder Gewerkschaftler in der Tat stets Menschen manipulativ für ihre Zwecke eingesetzt haben. Es offenbart sich das Unvermögen von Bürokraten, mit Menschen, die sich nicht mehr widerspruchslos verwalten lassen, anders umzugehen als vermittels abschreckender Exempel, die man an den bewußtesten oder isolierbarsten Individuen einer solchen sich emanzipierenden Gruppe statuiert. Verhaftungen, Disziplinarverfahren oder eine Razzia in den Räumen des SDS, bei der ohne jede Legitimation die Mitgliederkartei mitgenommen wurde, entsprechen dieser Rädelsführer — bzw. Minoritätentheorie.

Nicht weniger fragwürdig ist die Behauptung, die Studenten hätten unvermittelt provokativ die etablierten Spielregeln der „Wohlanständigkeit", welche meist mit der Demokratie gleichgesetzt werden, verletzt, mit der man die ohnmächtigen Studenten zu Terrorisierern machen will. Dabei wird verschwiegen, daß ernsthaften Provokationen durch die Studenten wie dem Abweichen von der ausgehandelten Demonstrationsroute Anfang Dezember 1966 eine Politik der Exekutive vorausging, die Demonstrationen nur noch in menschenleeren Gegenden gestattete; daß Provokationen wie der Störung einer Diskussion mit dem Rektor

im November 1966 eine Politik des Rektors und des Akademischen Senats vorausging, die der Forderung eines sit-in von über 4000 Studenten nach verbindlichen Diskussionen, d. h. nach Diskussionen, deren Ergebnisse nicht von der universitären Administration ignoriert werden, in der Weise Rechnung trug, daß sich der Rektor ein halbes Jahr später lediglich zu einem persönlichen Meinungsaustausch über unaktuelle Fragen herbeiließ. Die in keinem einzigen Falle gewalttätigen Versuche von Studenten, sich ihr politisches Betätigungsfeld nicht autoritativ bis zur Bedeutungslosigkeit reduzieren zu lassen, versuchen gerade diejenigen als Terror darzustellen, die ihre Gewaltausübung gegenüber einer in jeder Weise wehrlosen Personengruppe schlecht und recht dadurch legitimieren können, daß sie faktisch das Gewaltmonopol innehaben: die politische Bürokratie in Form von Staatsanwälten, Polizei und Ermessensspielräumen, die universitäre Administration in Form von institutioneller Übermacht und den Selbstverwaltungsorganen, Disziplinargewalt, Hausrecht und Prüfungsbefugnis.

Die Portion Irrationalität, die im Werfen von Eiern und Tomaten steckt, ist nicht die zur Gewalttätigkeit als Selbstzweck drängende Irrationalität der Faschisten, sondern diese Irrationalität ist die surrealistische und provokative Versinnlichung der Irrationalität einer Gesellschaft, die die Bedeutungslosigkeit politischer Vernunft und der Sprache der Humanität dadurch dokumentiert, daß sie ihr eine Hyde-Park-Ecke zur Verfügung stellt. Es zeigt sich zudem, daß die die eigene Ohnmacht ausdrückende Karikatur von Gewalt in Form von Eiern und Tomaten den sich tolerant gebenden Gewaltapparat dazu provoziert, die demokratischen und rechtsstaatlichen Umschweife beiseite zu lassen und ungeschminkt „zur Sache zu kommen", eben zur Gewalt über Menschen. So leistet diese provozierende Irrationalität offenbar mehr an politischer Aufklärung als die meisten politischen Podiumsdiskussionen. Freilich, diese Provokationen dürfen nicht zum Selbstzweck werden, und es darf vor allem nicht versäumt werden, sorgsam zu kalkulieren, welche Opfer die provozierte offene Gewalt der Institutionen eventuell fordern könnte.

Das SS 1967 begann mit einem neuen Höhepunkt der Repression seitens der universitären Administration. Der von Polizei und Presse zu einem aus Peking ferngesteuerten Sprengstoffattentat ausstaffierte Versuch der „Kommune", Pudding-, Farb- und Joghurtprojektile für den US-Vizepräsidenten zu präparieren, beantwortete der Akademische Senat — nach devoter Entgegennahme einer schwarzen Liste aus den Händen des Regierenden Bürgermeisters — damit, daß er erneut die Förderungswürdigkeit des SDS und das disziplinarische Vorgehen gegen die „Kom-

mune"-Mitglieder auf seine Tagesordnung setzte. Die Kürzung des AStA-Haushaltes durch das Kuratorium auf Antrag des Regierenden Bürgermeisters, sowie die Absicht des Akademischen Senats, der Studentenzeitschrift den Abdruck einer Seminarrezension zu verbieten, vervollständigten die Gründe für den AStA, die Studenten zu einer Vollversammlung während der Sitzung des Akademischen Senats einzuladen.
Die Vollversammlung ging nach einigen Stunden Beratung, während der eine Delegation zum Akademischen Senat entsandt, von diesem aber nicht empfangen wurde, zu einem sit-in in der Halle des Henry-Ford-Baus, in dem auch der Akademische Senat tagte, über. Der Rektor forderte die diszipliniert, wenn auch durchaus leidenschaftlich diskutierenden Studenten mehrmals, zuletzt persönlich auf, sofort die Halle zu räumen. Als diese ihre Diskussion fortsetzten, forderte der Rektor Polizei an. Die Polizei begann die sitzenden, keinerlei Widerstand leistenden Studenten einzeln hinauszutragen, brach aber nach etwa 20 Minuten das Unternehmen ab. Die Studenten diskutierten zu Ende. Sie hatten längst ihre Versammlung aufgelöst und lediglich ein Saubermachkommando war noch in der Halle tätig, als Rektor und Akademischer Senat mit Telefonaten zum Innensenator noch immer versuchten, einen erneuten Polizeieinsatz durchzusetzen, bis schließlich der Lagebericht einer Putzfrau sie von der Zwecklosigkeit ihrer Bemühungen überzeugte.
Die nächsten Tage verbrachte der Rektor im Auftrage des Akademischen Senats damit, beim Innensenator, beim Senator für Wissenschaft und Kunst und beim Regierenden Bürgermeister Beschwerde über den Abbruch des Polizeieinsatzes zu erheben, wobei sich Politiker und Rektor schließlich gütlich auf einen Stufenplan einigten, der von der Relegation einzelner „Rädelsführer" über eine „ideale" Relegationszahl von etwa 250 Studenten bis zur Schließung der Universität und der Einsetzung eines Staatskommissars reichte. Den Anfang machte der Rektor mit der Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die beiden AStA-Vorsitzenden und den Konventsvorsitzenden, denen er überdies ihre Vergütung als studentische Hilfskräfte entzog, sowie gegen einen ehemaligen AStA-Vorsitzenden und gegen einen bekannten SDS-Studenten.
Daraufhin beschloß der Konvent (das Studentenparlament) eine Urabstimmung über die Frage, ob die Studentenschaft den disziplinarisch bedrohten Studentenvertretern hinsichtlich ihres Verhaltens auf dem sit-in das Vertrauen ausspreche oder nicht. Der Rektor präzisierte diese Frage durch ein Zeitungsflugblatt und durch eine „Wahlreise" durch mehrere Vorlesungen dahingehend, ob die Studentenschaft Formen plebiszitärer Demokratie, die die repräsentativen Vertretungsfunktionen partiell ersetzen bzw. ergänzen, billigt oder ablehnt. Vornehmlich dieser

Zuspitzung der Urabstimmung wegen kann die Urabstimmung als in seiner Bedeutung kaum zu überschätzendes Ereignis angesehen werden. Denn die Frage nach der alleinigen Anerkennung der jede andere Form politischer Betätigung ablehnenden repräsentativen, kanalisierten Demokratie war in Folge der Entwicklung der studentischen Bewegung zu der Frage geworden, ob man sich auf den durch Akademischen Senat und Staat definierten Raum studentischer Selbst- und Mitverwaltung wieder würde einschränken lassen oder ob man in dem Versuch fortfahren würde, angesichts institutioneller Ohnmacht eine Gegenmacht zu den Institutionen zu entfalten. Das letzte würde heißen, daß die Studenten in weitgehender Unabhängigkeit von den Institutionen ihre Kritik an der Hochschule und darüber hinaus an der Gesellschaft partiell praktizieren in der Bildung von Komitees, in Versammlungen, Demonstrationen, Veranstaltungen, Vorlesungs- und Prüfungsrezensionen, in der öffentlichen Diskussion von für vertraulich erklärten Angelegenheiten der universitären Selbstverwaltung etc. Der Versuch der konservativen Studentenverbände, die Urabstimmungsfrage zur Vertrauensfrage für einzelne Personen umzudeuten, hatte soviel Erfolg, daß das Urabstimmungsergebnis zwar vernichtend für den Rektor ausfiel, aber nur knapp erfolgreich für die angegriffenen Studentenvertreter. Die Tatsache jedoch, daß sich annähernd 5000 Studenten gegen den Appell des Rektors entschieden, von der institutionalisierten, indirekten Demokratie allein alles Heil zu erwarten, signalisiert m. E. so etwas wie eine kleine Revolution im Bewußtsein von Studenten einer deutschen Universität. Rektor und Akademischer Senat ließen sich durch das Urabstimmungsergebnis nicht davon abhalten, auf der nächsten Sitzung des Akademischen Senats ohne jeden Anlaß die Einleitung des Verfahrens zur Aberkennung der Förderungswürdigkeit des SDS zu beschließen. Als daraufhin der Konvent die Studenten aufrief, sich während der nächsten Senatssitzung zu einer Protestversammlung im Auditorium maximum zu versammeln, delegierte der Rektor die Ordnungsgewalt in der Universität an den Staat; der Senator für Wissenschaft und Kunst unternahm den Versuch, den Teil des Konventsbeschlusses, der zur Protestversammlung aufrief, durch einen Entscheid aufzuheben, was der Konventsvorsitzende mittels einer einstweiligen Anordnung des Verwaltungsgerichts vereiteln konnte: der Rektor sagte die Senatssitzung ab und ließ für den fraglichen Tag den Henry-Ford-Bau geschlossen. Der fragliche Tag war der 3. Juni, also der Tag, der auf die abendliche Schlacht vor der Oper folgte, bei der Benno Ohnesorg sein Leben ließ.

Der grobe Ablauf des Massakers vor der Oper am Abend des 2. Juni ist durch die Berichte der überregionalen Presse bekannt, weitgehend

auch die Verschleierungsmanöver und die an Zynismus kaum überbietbaren Erklärungen der politischen Instanzen. Danach scheidet eine Interpretation, die in durchgehenden Nerven einzelner Beamter Erklärung sucht, ebenso aus wie die Annahme, die politischen Instanzen seien ohne Kenntnis vom Schlachtplan der Polizeiführung gewesen, wenngleich sicherlich die Details des Plans den politischen Instanzen tatsächlich nicht bekannt gewesen sein dürften. Der tote Student wird sicherlich auch von der Polizeiführung als peinliche „Panne" angesehen, weil dadurch das ganze Unternehmen „Füchsejagen" — so der polizeiinterne Titel der Aktion — auffliegen kann. Daß der erste, nachweislich falsche Polizeibericht und die Stellungnahmen des Regierenden Bürgermeisters von der Berliner Presse tagelang unbezweifelt weitergegeben wurden, die Presse also ihre entscheidend zu dem Massaker beitragende Pogromhetze gegen die Studenten dadurch fortsetzte, daß sie den Toten den demonstrierenden Studenten anlastete, dazu will ich mich auf die Feststellung beschränken, daß Springer fast 70 % der Berliner Zeitungen kontrolliert.

Die Studenten, und erstmals nicht nur die Studenten, erschütterte am meisten die Reaktion von Exekutive, Legislative, Parteien und Gewerkschaften, am Rande auch die der Mehrzahl der Professoren: Auf die am eigenen Leib erfahrene Verwandlung eines Organs der demokratisch legitimierten Exekutive zum faschistischen Terrorinstrument antworteten die demokratischen Institutionen mit der Verhängung des partiellen Ausnahmezustandes, mit eindeutig allein gegen die Studenten gerichtetem Demonstrationsverbot, mit der Ankündigung von Schnellgerichtsverfahren gegen die Demonstranten. Das Berliner Abgeordnetenhaus hielt diese eindeutig Verfassungsverrat bzw. Rechtswidrigkeiten darstellenden Maßnahmen der Exekutive für nicht erwähnenswert und beschäftigte sich stattdessen mit der Frage, wie die studentische Opposition zum Schweigen gebracht werden könne. Der Regierende Bürgermeister erklärte das Prinzip dieser Politik dem Akademischen Senat der FU: ein Dekan, der am 3. Juni den sich versammelnden Studenten das Fakultätsgebäude als Asyl öffnete, um die Studenten vor einer weiteren Niederknüppelung zu bewahren, dieser Dekan erhielt vom Regierenden Bürgermeister eine Rüge für seine Handlung mit der Begründung, daß es im Augenblick nicht so sehr darauf ankomme, einen erneuten Zusammenstoß zwischen Polizei und Studenten zu verhindern, als vielmehr darauf, die Studenten vom Demonstrieren abzubringen.

Diese klare Politik der politischen Institutionen sorgte mit großer Wirksamkeit dafür, daß die Studenten die Ereignisse vor der Oper nicht mißdeuten konnten: weder einzelne Beamte noch vielleicht eine undemokratisch ausgebildete Polizei noch allein eine faschistoide Presse

konnten als alleinige oder auch nur wesentliche Ursachen begriffen werden, sondern die demokratischen politischen Institutionen selbst decouvrierten sich den Studenten als Gewaltsapparate, die sich so lange demokratisch geben, wie die einzelnen Menschen an eigene selbständige demokratische Betätigung nicht denken. Die Studenten begriffen plötzlich, daß nicht erst die legale Ermöglichung des Notstands die Demokratie in Frage stellt; daß ein Protest gegen Notstandsgesetze, der sich auf die bestehenden demokratischen Institutionalisierungen beruft, illusionär ist, da er den demokratiefeindlichen, latent gewalttätigen und nur allzu schnell terroristischen Charakter des politischen Bürokratenapparats verkennt. Die Studenten, die in den Parteien verbundenen Studentenorganisationen tätig sind, erfuhren, daß es keinerlei relevante Einwirkungsmöglichkeiten auf die Parteibürokratien gibt. Das Vertrauen, daß eine Politik sinnvoll ist, die mit und in den etablierten politischen Institutionen ihre Ziele zu erreichen sucht, wurde fundamental erschüttert. Und ein Teil der Studenten begriff auch, daß der antidemokratische Charakter der politischen Institutionen keineswegs ein Sonderproblem Berlins ist; sie begriffen und formulierten, daß notwendig selbständige, spontane und entschieden demokratische Betätigung einer Personengruppe auf gewaltsame Unterdrückung durch einen Apparat stoßen müssen, der seine Interessen „reibungslos" nur mit einer Bevölkerung verfolgen kann, die sich widerstandslos verwalten und manipulieren läßt. Und sie zogen daraus die Konsequenz, daß eine ernsthafte demokratische Bewegung, die sich nicht zur Manipulation von Menschen bereit findet, außerhalb und gegen die etablierten politischen Institutionen Politik betreiben und ihre — in aller Ohnmacht — kaum zerstörbare Stärke darin finden muß, daß die in ihr engagierten Menschen als selbständige und mündige Individuen die politische Bewegung selbst bestimmen.

Diese antiinstitutionelle Politik war nach dem Tod Benno Ohnesorgs die Frage des Überlebens der oppositionellen Bewegung in Berlin: denn es mußte gelingen, die wahren Vorgänge selbst unanfechtbar und schneller aufzuklären, als sie von der Polizei und den politischen Instanzen verdunkelt werden konnten; es galt, die Irreführung der Bevölkerung durch improvisierte Öffentlichkeitskampagnen zu vereiteln; es mußte der juristische Angriff auf die widerrechtlichen und z. T. verfassungswidrigen Maßnahmen organisiert werden; schließlich galt es, den Studenten selbst und den politischen Institutionen zu beweisen, daß die so brutal terrorisierte Minderheit weiterhin in ihrer oppositionellen Politik fortfährt. Ein Warten auf das Parlament und auf die Dritte Gewalt hätte die studentische Bewegung nicht überlebt. Diese schwierigen Aufgaben konnten nicht mehr von den traditionellen Organen wie AStA oder

politischen Verbänden allein gelöst werden, zumal dies auch nicht mehr der tatsächlichen Zusammensetzung und dem Charakter der Bewegung entsprochen hätte. Vielmehr mußten räteartige Komitees für die verschiedenen Aufgaben gebildet werden, die von der ganzen Breite der Beteiligten getragen würden. Daß es dabei hin und wieder zu Koordinationsmängeln kam, kann nicht verwundern. Immerhin betrieben diese Komitees zusammen mit AStA und Studentenverbänden eine so wirksame autonome, d. h. von den politischen Institutionen unabhängige, von diesen aber nicht ignorierbare Gegenpolitik, daß die universitäre wie die politische Administration mit Recht entsetzt feststellten, daß ihr Handlungsmonopol partiell in Frage gestellt ist: die Aufklärung der Vorgänge am 2. Juni wird entscheidend bestimmt vom Studentischen Untersuchungskomitee, die Presse mußte sich den bekannt gemachten Tatsachen anbequemen, die Exekutive sieht sich mit einer immer weniger ignorierbaren Opposition konfrontiert, die universitäre Administration ist außerstande zu verhindern, daß die Studenten faktisch das Universitätsleben weitgehend bestimmen.

Inzwischen sind wieder Differenzierungsprozesse innerhalb der studentischen Bewegung zu beobachten, weil natürlich die erste Erschütterung über den Tod Benno Ohnesorgs auch keineswegs ausgetragene Differenzen zu überdecken vermochte. Diese Differenzen müssen sich innerhalb der politischen Praxis präziser artikulieren und ausgetragen werden. Die Perspektive einer Kontinuität erlangenden antiinstitutionellen demokratischen Politik zu erarbeiten, das ist die dringlichste nächste Aufgabe in Berlin. Diese Perspektive kann unmöglich länger eine rein universitätspolitische sein, sowenig sie andererseits von den notwendigen und möglichen Veränderungsaktionen in der Universität abstrahieren darf. Die Berliner Situation, die die etablierten Institutionen besonders leicht zu Terror und Gewalt verleitet, verspricht auf der anderen Seite antiautoritären Bewegungen eine Wirksamkeit und politische Relevanz, wie sie kaum an einer politisch anders strukturierten Stelle so leicht erreichbar wäre.

Dieter Boris

# Monopolkapital

Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, Monopoly Capital, New York und London 1966, deutsch Ffm 1967.

„Monopoly Capital" ist das letzte Werk Barans und gleichzeitig die wichtigste gesamtgesellschaftliche Analyse des fortgeschrittensten kapitalistischen Landes, die von den beiden Autoren versucht wurde. Die in Kapitel 2 unternommene Untersuchung der industriellen Großunternehmen: deren langfristige und rationalisierte Profitmaximierungsstrategie, des Rekrutierungsfeldes, der Aufstiegsbedingungen und Verhaltensweisen der Manager, des „correspective" Innehaltens der Konkurrenz, sowie die Analysen der sozio-ökonomischen Bedeutung der Rassendiskriminierung, die Bemerkungen über Kriminalität, Armut, die Wohnverhältnisse, das Verkehrssystem, das Erziehungswesen und schließlich die psychischen Verstümmelungen aufgrund von Entsublimierung und „repressive satisfaction" (Marcuse) machen — bei aller Wichtigkeit vieler Detailinformationen und der Versuche, diese Erscheinungen aus sozialökonomischen Gegebenheiten abzuleiten — noch nicht die Originalität dieses Buches aus.
Diese liegt vielmehr in der Weiterentwicklung der von Baran bereits 1957 präsentierten Konzeption des „ökonomischen surplus" und der konsequenten Anwendung dieser analytischen Kategorie bei der Erforschung der Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen amerikanischen Kapitalismus. Dieses Vorgehen wird schon in der Einleitung damit begründet, daß die Marxsche Theorie in ihren Hauptkategorien vom Konkurrenzkapitalismus ausgegangen sei und monopolistische Entwicklungstendenzen nur als quantitative und gleichsam periphere Veränderungen der grundlegenden Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktion angesehen habe. Um von dieser, die heutigen Tendenzen nur unzurei-

chend erklärenden Sichtweise „explizit und radikal" (S. 5) loszukommen, müsse man die Monopolsituation der Großunternehmen ins Zentrum der Analyse rücken und vor allem die Entstehung, die Größe und die Verwendung des „ökonomischen Surplus" untersuchen. Dieser wird zunächst schlicht definiert als „Differenz von dem, was eine Gesellschaft produziert und den Kosten, es zu produzieren" (S. 9). „Die Zusammensetzung des surplus zeigt, wie die Gesellschaft von ihrer Freiheit Gebrauch zu machen versteht: wieviel sie investiert, um ihre Produktionskapazitäten auszuweiten, wieviel in verschiedener Weise konsumiert wird, wieviel und auf welche Art verschwendet wird (S. 9 f.)." Aus der für den Spätkapitalismus charakteristischen Preisstabilität nach unten und der säkularen Preiserhöhung sowie aus der Tendenz, die Preiskonkurrenz durch die Kostenkonkurrenz zu ersetzen, leiten die Autoren das grundlegende Gesetz des Monopolkapitalismus ab: der surplus tendiert dahin, absolut wie auch relativ zu steigen. Das zentrale Problem des Monopolkapitalismus sei es, diesen stets größer werdenden surplus zu absorbieren. Baran und Sweezy zeigen dann in verschiedenen Kapiteln: 1. wie außerordentlich begrenzt eine rationale, gesamtgesellschaftlichen Interessen zugute kommende Verwendung des surplus ist, und innerhalb der bestehenden Verhältnisse auch nur sein kann (civilian government spending); 2. wie beschränkt die herkömmlichen Absorptionsmöglichkeiten des Kapitalistenkonsums und der Neuinvestitionen für produktive Zwecke sind (capitalists' consumption and investment) und schließlich 3. wie sehr die Verwendung des surplus irrationalen (sales effort) und lediglich das Herrschaftssystem als solches verteidigenden Zwecken (militarism and imperialism) zugeführt wird.

Im einzelnen bemerken Baran und Sweezy, daß die starke Zunahme der Regierungsausgaben (Anteil am Bruttosozialprodukt: 1929 9,8 %, 1961 28,8 %) keineswegs zu Lasten des privaten surplus gegangen sei, sondern im Gegenteil dessen Anteil am Sozialprodukt konstant gehalten bzw. vergrößert habe. Andererseits „profitieren" auch die Unterschichten — abgesehen von den nur über fixiertes Einkommen verfügenden Rentnern und Pensionären — von den Regierungsausgaben, die Arbeitsplätze und bessere „bargaining positions" schaffen. Der Interessenantagonismus erweist sich also nicht an der Frage, ob die Steuern und Regierungsausgaben erhöht werden sollen oder nicht, sondern an der spezifischen Verwendungsart dieser Ausgaben. Stiegen die nicht-militärischen Ausgaben von 7,5 % des Bruttosozialprodukts im Jahre 1929 auf 9,2 % 1957 und die, nur zum Teil Sozialleistungen enthaltenden, Transferzahlungen von 1,6 auf 5,9 %, so wuchsen die direkten Militärausgaben im selben Zeitraum von 0,7 % auf 10,3 % des Bruttosozialprodukts an. Diese Ent-

wicklung war offenbar für die US-Wirtschaft unumgänglich. Denn die Expansionsfähigkeit der zivilen Staatsausgaben in ihrer Höhe und Richtung ist durch die entgegenstehenden Privatinteressen derart beschränkt, daß durch sie — wie die gescheiterte Politik des New Deal beweist — das Absorptionsproblem keineswegs gelöst werden kann.

Da der Kapitalistenkonsum als Teil des surplus und noch mehr im Verhältnis zum gesamten Einkommen sinkt, müßte der immer größer werdende „investitionssuchende Teil des surplus" ausreichende Anlagemöglichkeiten finden. Durch die damit gegebene Tendenz der Ausdehnung der Produktionskapazitäten sowie durch den Mechanismus, daß der surplus und der investitionssuchende Teil des surplus bei voller Kapazitätsausnutzung überproportional zum gesamten output wachsen, umgekehrt aber der wiederanlegbare Teil des surplus bei schon wenig geringerer Kapazitätsausnutzung überproportional zurückfällt, werden Neuinvestitionen prinzipiell beschränkt, beziehungsweise von Zeit zu Zeit unmöglich gemacht. Die von Baran und Sweezy diskutierten drei Möglichkeiten, zusätzlichen surplus zu absorbieren (in bezug auf die wachsende Bevölkerung, die Auslandsinvestitionen und die Innovationsinvestitionen), erweisen sich als unzureichend, weil sie sich entweder als abhängige Variable (Bevölkerungswachstum), als bloße Problemverschiebung (Transferzahlungen bei getätigten Auslandsinvestitionen) oder als den technischen Fortschritt nur in geringem Maße beeinflussend herausstellen. Wegen der marktkontrollierenden Position der Monopole, durch die die selektive Lenkung des technischen Fortschritts nach Kosten- und Profitgesichtspunkten ermöglicht wird, wegen der Bedeutung der *Form* der Neuinvestitionen gegenüber der absoluten *Höhe* und wegen der Abschreibungspraxis der Großunternehmen stellen Baran und Seezy die These auf: „there is little if any correlation between innovation and investment outlets, and monopoly capitalism is increasingly able to take care of its investment needs from depreciation allowances (103 f.)."

Dagegen scheinen die irrationalen Verwendungsarten des surplus in entsprechendem Maße zuzunehmen. Die Werbekosten (gegenwärtig rund 20 Mrd. Dollar), die Produktdifferenzierung, die geplante Obsoleszenz, der aufwendige und rasche Modellwechsel u. a. haben die Funktion, die Kostenreduktion in der Produktionssphäre über den Preis in der Konsumtionssphäre wieder rückgängig zu machen, den in überschüssigen Gütern sich ausdrückenden surplus abzusetzen und schließlich den unmittelbar in der Werbebranche Tätigen Beschäftigung zu bieten („self-absorbing nature of surplus") und damit wieder effektive Nachfrage zu schaffen.

Die Funktionen der Rüstungswirtschaft und des Imperialismus sind be-

kannt: beide ermöglichen und rechtfertigen sich gegenseitig. Nicht nur sollen durch die Interventionen in der Dritten Welt die überseeischen Privilegien (Sonderprofite, Ankaufs- und Verkaufsvorrechte etc.) gesichert werden, sondern allgemein das Vordringen des Sozialismus verhindert oder rückgängig gemacht werden. Gleichzeitig dient der expandierende Militärapparat direkt internen wirtschaftlichen Bedürfnissen: Schaffung zusätzlicher Beschäftigung, überproportionaler Zuwachs effektiver Nachfrage (aufgrund des hohen Multiplikatoreffekts), Sicherung extrem hoher, risikoloser Profite, Finanzierung von Forschungsprojekten, soziale Integration weiter Kreise der Bevölkerung durch militärische Disziplinierung und zunehmende ökonomische Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion demonstrieren sinnfällig die im Sinne der Systemerhaltung notwendige Zusammenarbeit von Staat und Privatwirtschaft. Surplusabsorption in nicht-zivilen Bereichen durch den Staat wird so sehr zur Bedingung der gesamten Produktion, daß diese Art der Surplusabsorption selbst eine der wichtigsten Quellen der surplus-Entstehung wird. Die Grenzen der Verwendungsmöglichkeit des surplus sind ökonomischer und militärischer Natur. Der durch Militärausgaben wesentlich vorangetriebene technologische Fortschritt scheint durch eben diese Nebenresultate seinen beschäftigungsschaffenden Effekt sowohl für die Streitkräfte selbst, für die Rüstungsproduktion wie auch für die sonstige Privatwirtschaft allmählich selbst aufzuheben. Überdeckt wird diese Tendenz durch mittlere, begrenzte Kriege, wie etwa den in Vietnam.

So wertvoll die Analyse von Baran und Sweezy im einzelnen sein mag, auch der statistische Anhang zur Schätzung des „ökonomischen surplus" kann über die grundsätzliche Schwäche ihrer Hauptkatogorie nicht hinwegtäuschen. Sowohl theoretisch wie quantitativ läßt sich der „ökonomische surplus" schwer fassen. Nicht klar wird, ob — und wenn: wie — dieser Begriff sich vom Marxschen Mehrwertbegriff unterscheidet. Eine theoretische Begründung dieser Begriffsverschiebung oder eine exakte Neubestimmung läßt sich jedenfalls nicht finden, dafür tauchen Unschärfen und Widersprüche auf. Auf S. 10 f. wird der Marxsche Mehrwertbegriff (der die Summe aller Profite, Zinsen und Renten umfaßt) zu dem des surplus (im oben angegebenen Sinne) erweitert. Dies erscheint den Autoren notwendig, weil der surplus der USA von 46,9 % des Bruttosozialprodukts im Jahre 1929 auf 56,1 % im Jahre 1963 angewachsen sei, andererseits der Teil des surplus, der gewöhnlich mit dem Mehrwert identifiziert wird (Profite, Renten, Zinsen) in derselben Periode stark gefallen ist. 1929 betrug das Einkommen aus Erwerbsvermögen 57,5 % des gesamten surplus; 1963 waren es bloß 31,9 % (S. 11). Überraschend

ist es dann, wenn auf S. 72 — gerade bei der Definition eines fundamentalen Entwicklungsgesetzes des Monopolkapitalismus — gesagt wird: „If we provisionally (!) equate aggregate profits with society's economic surplus . . .“ Analog unklar bleibt auch der Kostenbegriff, der für die Bestimmung des surplus konstitutiv ist. Einmal erscheinen die Kosten als unmittelbare (betriebliche) Produktionskosten (S. 71 f.), dann wieder ist von surplus die Rede als „der Differenz von gesamtem Output und den sozial notwendigen Kosten, diesen Output zu produzieren“ (S. 76). Gesamtgesellschaftliche Kostenelemente wie die zivilen Staatsausgaben etwa für das Erziehungswesen werden so gleichzeitig als Teile des zu absorbierenden surplus aufgefaßt. Vollkommen ratlos aber wird der Leser, wenn ihm zur angebotenen Fülle der „surplus“-Begriffe auf S. 125 wiederum ein neuer nahegelegt wird. Hier ist der surplus „the difference between the aggregate net output and the aggregate real wages of productive workers“.

Problematisch sind auch jene Formulierungen, die der staatlichen Aktivität nicht nur eine für die Entstehung und Absicherung des surplus bedeutsame Rolle zuweisen, sondern sie gleichsam als zusätzliche, autonome surplus-Entstehungsquelle auffassen. „The structure of the monopoly capitalist economy is such that a continually mounting volume of surplus simply could not be absorbed through private channels; if no other outles were available, it would not be produced at all. What government absorbs is in addition to, not substracted from, private surplus . . . it follows that both the government and the private segments of surplus can and indeed typically do grow simultaneously (174 f.).“ Die begriffliche und theoretische Schwierigkeit zeigt sich auch in der Entwicklungsgeschichte und der verschiedenen Formulierung des „ökonomischen surplus“. Noch 1957 definierte Baran den ökonomischen surplus als „Differenz zwischen dem aktuellen Ausstoß einer Gesellschaft und der laufenden aktuellen Konsumtion“. Dazu merkt er an, daß der aktuelle ökonomische surplus definiert ist als bloß der Teil des Mehrwerts (im Marxschen Sinn), der, gleichviel in welcher Form, akkumuliert wird. „Er schließt, mit anderen Worten, *nicht* den Kapitalistenkonsum, Verwaltungsausgaben der Regierung, Militärausgaben usw. ein.“ (Political Economy of Growth, S. 22.) Neuerdings aber erscheinen gerade diese Posten als Ausdruck des zu absorbierenden surplus.

Auch anderen Widersprüchen und Unklarheiten fallen die Autoren zum Opfer. Wenn z. B. einerseits vom Monopolkapitalismus gesagt wird, „that in general there will be a slower rate of introduction of innovations than under competitive criteria“ (S. 94), andererseits die das „fundamentale Gesetz des Monopolkapitalismus“ begründende Aussage ge-

macht wird, „that with regard to the cost discipline which it imposes on its members the monopoly capitalist economy is no less severe than its competitive predecessor, and that in addition it generates new and powerful impulses to innovation." (S. 71) Wenn schon beide Tendenzen im Monopolkapitalismus zu konstatieren sind, so hätten doch die jeweiligen Umstände, unter denen sich die eine gegenüber der anderen durchsetzt, schärfer analysiert und mithin auch das Gesetz des absoluten und relativen Anstieges des surplus einer Differenzierung unterzogen werden müssen.

Teils im Gegensatz zu ihren eigenen Analysen, teils als Resultat ihrer Diskussion der Schwierigkeiten der surplus-Absorption kommen Baran und Sweezy auf die in den 30er Jahren auch von bürgerlichen Ökonomen vertretene These von der Stagnation des Kapitalismus zurück. „Except in war and periods of warrelated prosperity stagnation is now the normal state of the United States economy." (S. 76) In einer kürzlich publizierten Diskussion über „Monopoly Capital" [1]) haben sich vor allem M. E. Sharpe und M. Dobb gegen diese These gewandt. Methodisch gehe es nicht an, einen Aspekt der kapitalistischen Gesellschaft — ihre Tendenz zur ökonomischen Stagnation — herauszunehmen, ihn zur Grundlage für ein Modell zu machen und andere, von ihr hervorgebrachte Phänomene (Kriege, epochale Innovationen, Staatseintritt in den Wirtschaftsprozeß etc.), als „externe Stimuli" und „endogene Faktoren" zu behandeln. Auch von der Erfahrung her — etwa im Hinblick auf die Entwicklung im Nachkriegseuropa — kann diese These nicht gestützt werden. Ohnehin sei die Behauptung, die Situation des US-Kapitalismus sei für den westeuropäischen Kapitalismus paradigmatisch, schon im Hinblick auf die „ungleichzeitige Entwicklung des Kapitalismus" und die gänzlich andere Tradition der europäischen Arbeiterbewegung problematisch. Praktisch habe die Betonung der Stagnationsthese überdies zu einer politischen Haltung verführt, die ein „Warten auf ein nochmaliges 1929" impliziert. Demgegenüber hält es Dobb für richtiger, die Aufmerksamkeit auf das spezifisch Neue im gegenwärtigen Kapitalismus zu richten: auf die permanent inflationäre, möglicherweise Krisen produzierende Entwicklung, die verschiedenen Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus etc. Schließlich hat Dobb zu Recht kritisiert, daß Baran und Sweezy ihre Analyse in der bewußten Abstraktion vom Arbeitsprozeß vorgenommen haben. Sie haben dabei die Organisationen

[1]) Marxism and Monopoly Capital: A Symposium (M. E. Sharpe, M. Dobb, J. M. Gillmann, T. Prager, O. Nathan) in: Science & Society, Vol. XXX, No. 4 (Fall 1966), S. 461—496.

und (Lohn)kämpfe der Arbeiterklasse als potentielle revolutionäre Fermente in den entwickelten kapitalistischen Ländern völlig aus dem Bereich des Möglichen ausgeschlossen und reichlich unvermittelt ihre Hoffnung einzig und allein auf die revolutionären Massen der „Dritten Welt" und die besonders unterprivilegierten Schichten der amerikanischen Gesellschaft gesetzt.

Claus Rolshausen

# Monopolkapital und Werttheorie

Anstatt einer Besprechung von Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, Monopoly Capital, New York und London 1966, deutsch Frankfurt/M. 1967.

> Wir sind heute von den historischen Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise und selbst von der Zeit, in der Karl Marx *Das Kapital* schrieb, weit entfernt. (S. 49)

Im Modell des Konkurrenzkapitalismus werden alle Ressourcen einer nützlichen Verwendung zugeführt. Der Konkurrenzmechanismus erzwingt produktive Investitionen und entwickelt Produktivkräfte und Technologie: Verminderung der Kosten durch reinvestierte Gewinne liegt im Interesse der Profitmaximierung; erhöhte Profite erzielen zusätzliche Gewinne und ziehen Investitionskapital aus anderen Zweigen der Wirtschaft an. Die Konkurrenz unter den Arbeitern, perpetuiert durch das Bevölkerungswachstum, hält die Löhne auf dem Existenzminimum. Nach dem Say'schen Gesetz der Absatzwege steht der Gesamtproduktion eine ausreichende Nachfrage gegenüber; die Produktion ist die Konsumtion; der Prozeß ist frei von Verschwendung und Irrationalität. In dem System, das durch eine große Zahl von Unternehmen und wechselseitige Substituierbarkeit der Produkte gekennzeichnet ist, sind die Profitraten gestreut und damit die Ertragsraten investierten Kapitals ungefähr gleich. Der Mechanismus des Ausgleichs der Profitraten steuert die Verteilung der Ressourcen und hält das System im Gleichgewicht.
Freilich begreift nur die marxistische Analyse den Prozeß historisch. „Wir leben inmitten einer beständigen Bewegung des Anwachsens der Produktivkräfte, der Zerstörung sozialer Verhältnisse, der Bildung sozialer Ideen; unbeweglich ist nur die Abstraktion von der Bewegung —

mors immortalis[1])." In den Theoremen der modernen bürgerlichen Ökonomie, die sich nicht mehr als politische begreift, gerinnt er zu einem Kranz von Daten und einem ökonomisch rational motivierten Bereich instrumentellen Handelns. Gleichwohl hat die ökonomische Theorie ihr Interesse erweitert: einmal auf die Preisbildung unter monopolistischen Bedingungen, zum anderen auf die Untersuchung der konjunkturellen Entwicklung der Systeme: noch in ihren apologetischen Annahmen demonstriert sie zyklische, systemimmanente Schwankungen und unausgenutzte Ressourcen.

Der Monopolkapitalismus konstituiert sich durch „giant corporations". Sie werden von — ihre eigenen Existenzbedingungen ständig erneuernden — Managergruppen geleitet, sind finanziell unabhängig und untereinander durch den Zwang der Profitmaximierung verbunden; ihre Zahl ist gering[2]), das Gründungskapital hoch, die Produkte sind heterogen. Die klassischen Wachstumsbedingungen werden durch den Monopolkapitalismus gleichsam suspendiert: er ermöglicht weder die volle Ausnutzung der Ressourcen — Anzeichen dafür sind Arbeitslosigkeit und ungenutzte Kapazitäten —, noch den höchstmöglichen volkswirtschaftlichen Überschuß, definiert als Unterschied zwischen der Produktion bei Vollbeschäftigung und dem Existenzminimum.

Die monopolkapitalistische Warenproduktion hebt den Preismechanismus auf und ermöglicht zunehmend die Selbstfinanzierung von Investitionen, ohne ihren anarchischen Charakter zu verändern: die Krise ist in der wachsenden Chance planender Verfügung selbst angelegt.

Neuerungen, die die Produktionskapazität erhöhen, vermindern unter oligopolistischen Bedingungen die Profitraten. Preiskonkurrenz und kostensenkende Innovationen versprechen bei annähernd gleich starken Konkurrenten keinen Erfolg. Für Investitionskapital sind nur unter Konkurrenzbedingungen arbeitende Industriezweige mit niedrigem Konzentrationsgrad interessant; mit zunehmender Konzentration und Oligopolisierung reduziert sich dieser Teil der Wirtschaft auf einen durch technische Gegebenheiten bestimmten Sektor, der nicht länger als Investitionsventil für die überschüssigen Gewinne der Unternehmen dienen kann: dem wachsenden Monopolprofit entsprechend schwindende Inve-

[1]) K. Marx, Das Elend der Philosophie, Stuttgart 1892, S. 91.

[2]) Diese Entwicklung hat J. Steindl (Maturity and Stagnation in American Capitalism, Oxford 1952) idealtypisch skizziert: Im kapitalistischen System expandieren in der Regel große Firmen (large scale economies), da sie durch Einführung kostensparender technischer Neuerungen höhere Profitraten erzielen und intern Kapital akkumulieren können: die Grenzproduzenten werden tendenziell ausgeschaltet.

stitionschancen.

Baran und Sweezy diskutieren diese Phänomene im Zusammenhang mit dem tendenziellen Fall der Profitrate und den immanenten Schranken kapitalistischer Produktion. An die Voraussetzungen ihrer Interpretation sei kurz erinnert.

Während das von der klassischen Theorie entwickelte Modell krisenfrei war, hat Marx die in der durch privaten Tausch organisierten Produktion angelegten Krisen bezeichnet. „Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch ... Die einen sind beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumationskraft der Gesellschaft[3])." Dieser Krisentypus entsteht aus dem Widerspruch von Produktion und konsumativer Basis, einer Unterbrechung des Zirkulationsprozesses[4]). Der prozessierende Wert Kapital genügt seinem Zweck nur in ständigem Kapitalumschlag: individuelle, an Tauschwerten orientierte Kapitalumsetzungen konstituieren den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß, dessen Größe sich in der periodischen Wertschöpfung der Wirtschaft niederschlägt. Dabei zielt das Kapital grundsätzlich auf Profitmaximierung: die Natur des Zirkulationsprozesses erfordert Reinvestitionen oder ein Zurückhalten des Kapitals in Geldform bei reduzierten Profitraten.

Der zweite Krisentypus resultiert aus der höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals — der fortschreitenden Abnahme des variablen Anteils gegenüber dem konstanten: die Rate des Mehrwertes drückt sich bei gleichbleibendem und selbst bei steigendem Exploitationsgrad der Arbeit in einer sinkenden Profitrate aus. Der prognostizierte tendenzielle Fall der Profitrate, die Verringerung lebendiger Arbeit und damit der Relation von Mehrwert und aufgewendetem Kapital setzt eine Erfüllung des Wertgesetzes voraus: *Arbeit* allein erzeugt Reichtum innerhalb des Zusammenhangs gesellschaftlicher Arbeit[5]), Mehrwert entsteht nur in

[3]) K. Marx, Theorien über den Mehrwert, Stuttgart 1921, II, S. 272.

[4]) Vgl. auch W. I. Lenin: „Der Widerspruch zwischen dem Streben nach schrankenloser Erweiterung der Produktion und der Beschränktheit der Konsumtion ist nicht der einzige Widerspruch des Kapitalismus, der überhaupt ohne Widerspruch weder existieren noch sich entwickeln kann. Die Widersprüche des Kapitalismus zeugen von seinem historisch-vergänglichen Charakter, erklären die Bedingungen und Ursachen seiner Zersetzung und seiner Umwandlung in eine höhere Form — aber sie schließen weder die Möglichkeit des Kapitalismus noch seine Fortschrittlichkeit im Vergleich zu den vorangegangenen Systemen gesellschaftlicher Wirtschaft irgendwie aus." Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, Gs. Werke, III, Wien-Berlin 1929, S. 21.

[5]) Vgl. K. Marx, Brief an Kugelmann, vom 11. 7. 1868, Berlin 1952, S. 68.

der Produktion; der Arbeiter erhält nicht den erzeugten Wert, sondern die Reproduktionskosten. Mit steigender Akkumulation wachsen Arbeiterzahlen und Profitraten. Die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, die zunehmende Anlagenintensität der Produktion erhöht den Anteil des Sachkapitals an der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Die Profitrate sinkt tendenziell; die kapitalistische Produktion stagniert.

Mit der vordringenden Maschinenindustrie verliert der Produktionsprozeß seinen Charakter als *Arbeitsprozeß*. „In der Maschine und noch mehr in der Maschinerie als einem automatischem System, ist das Arbeitsmittel verwandelt seinem Gebrauchswert nach, d. h. seinem stofflichen Dasein nach in eine dem capital fixe und dem Kapital überhaupt adäquate Existenz und die Form, in der es als unmittelbares Arbeitsmittel in den Produktionsprozeß des Kapitals aufgenommen wurde, in eine durch das Kapital selbst gesetzte und ihm entsprechende Form aufgehoben [6])." Die Arbeit des Arbeiters wird zur Vermittlung der der Maschine und bloße Abstraktion. Gleichwohl entfaltet der mechanisierte Produktionsprozeß nur den Begriff des Kapitals in der Aneignung der lebendigen Arbeit durch die vergegenständlichte Arbeit. Vergegenständlichte Arbeit ist Vermehrung der Produktivkraft, Subsumierung unter die Maschinerie und Negation notwendiger Arbeit. Substrat erhöhter Produktivität aber ist allein vergegenständlichte Arbeit. „Die volle Entwicklung des Kapitals findet also erst statt — oder das Kapital hat erst die ihm entsprechende Produktionsweise gesetzt —, sobald das Arbeitsmittel nicht nur formell als *capital fixe* bestimmt ist, sondern in seiner unmittelbaren Form aufgehoben und das *capital fixe* innerhalb des Produktionsprozesses der Arbeit gegenüber als Maschine auftritt; der ganze Produktionsprozeß aber als nicht subsumiert unter die unmittelbare Geschicklichkeit des Arbeiters, sondern als *technologische Anwendung der Wissenschaft* [7])."

Marx reformuliert die arbeitswerttheoretische Voraussetzung, daß das Quantum der aufgewendeten Arbeit der entscheidende Faktor der Produktion sei: „In demselben Maße wie die Arbeitszeit — das bloße Quantum Arbeit — durch das Kapital als einzig bestimmendes Element gesetzt wird, in dem selben Maße verschwindet die unmittelbare Arbeit und ihre Quantität als das bestimmende Prinzip der Produktion — der Schöpfung von Gebrauchswerten — und wird sowohl quantitativ zu

[6]) K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 548.

[7]) K. Marx, a. a. O., S. 586. (Hervorhebung von mir C. R.)

einer geringeren Proportion herabgesetzt, wie qualitativ als ein zwar unentbehrliches, aber subalternes Moment gegen die allgemeine wissenschaftliche Arbeit ... wie gegen die aus der gesellschaftlichen Gliederung in der Gesamtproduktion hervorgehende allgemeine Produktivkraft — die als Naturgabe der gesellschaftlichen Arbeit (obgleich historisches Produkt) erscheint[8])." Den bei Marx im Begriff der Entfaltung des Kapitals selbst angelegten Zusammenhang von Mehrwert und Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses hat J. Habermas mit der autonomen Deutung des aus der Entwicklung technischer Produktivkräfte entspringenden Wertes „revisionistisch" aufgelöst[9]): Vorbereitungs- und Entwicklungsarbeit soll nicht mehr erfaßbar, das werttheoretische Instrument indifferent gegenüber dem Produktivitätszuwachs sein. D. Bell hat es am konsequentesten formuliert: „Der technologische Wandel, der dazu tendiert, die Maschine als individuelles Produktionsinstrument zu beseitigen, als ‚absolute Einheit', scheint den Marxschen Begriff der ‚organischen Zusammensetzung des Kapitals' und mit ihm die Theorie der Mehrwertbildung ungültig zu machen[10])." Die „bürgerliche Phrase" aber hypostasiert das Maschinensystem und übersieht die Verkörperung lebendiger Arbeit in der Maschine selbst, durch die sich die vergangene erhält und die gegenwärtige bestimmt wird. „Das Kapital wendet die Maschine vielmehr nur an, soweit sie den Arbeiter befähigt, einen größeren Teil seiner Zeit für das Kapital zu arbeiten ... Durch diesen Prozeß wird in der Tat das Quantum zur Produktion eines gewissen Gegenstandes nötige Arbeit auf ein Minimum reduziert, aber nur damit *ein Maximum von Arbeit in dem Maximum solcher Gegenstände verwertet werde*[11])."

Voraussetzung der an einfachen Modellen demonstrierten Geltung des Wertgesetzes ist eine steigende organische Zusammensetzung des Kapitals bei konstanter Mehrwertrate[12]). Freilich hat Marx selbst sechs entgegenwirkende Tendenzen angegeben, die den Fall der Profitrate hemmen: eine Steigerung des absoluten Mehrwerts — Verlängerung des Arbeitstages — eine Steigerung des relativen Mehrwerts — die Inten-

[8]) K. Marx, a. a. O., S. 587.
[9]) Vgl. J. Habermas, Theorie und Praxis, Neuwied und Berlin 1963, insbesondere S. 191 ff.
[10]) D. Bell, Automation and Major Technological Change, Washington 1958, S. 8.
[11]) K. Marx, a. a. O., S. 587. (Hervorhebung von mir C. R.)
[12]) Die Annahme einer konstanten Mehrwertrate verweist lediglich auf die Kovarianz zweier Größen, nicht auf ein historisches Gesetz: wenn die Mehrwertrate gleich bleibt, sinkt die Profitrate; bleibt die Profitrate gleich, steigt die Mehrwertrate. Vgl. N. Moszkowska, Das Marxsche System, Berlin 1929.

sivierung des Produktionsfaktors Arbeit; Senkung des Arbeitslohns unter den Wert der Arbeitskraft; Verbilligung der Elemente des Sachkapitals; lohndrückende Überbevölkerung, auswärtiger Handel und zunehmendes Aktienkapital. „Sie heben das Gesetz nicht auf, schwächen aber seine Wirkung ab. Ohne das wäre nicht das Fallen der allgemeinen Profitrate unbegreiflich, sondern umgekehrt die relative Langsamkeit dieses Falls. So wirkt das Gesetz nur als *Tendenz,* dessen Wirkung nur unter bestimmten Umständen und im Verlauf langer Perioden schlagend hervortritt [13])."

Obgleich sich der Anteil lebendiger Arbeit in den Waren vermindert, steigt unter realen Bedingungen der Mehrwert absolut und relativ. Die „relative" Profitrate fällt, weil die Arbeitsproduktivität steigt. „Steigende Rate des Mehrwerts und fallende Rate des Profits sind nur eine besondere Form, worin sich wachsende Produktivität der Arbeit kapitalistisch ausdrückt." „Das Gesetz des fortschreitenden Falls der Profitrate ... schließt in keiner Weise aus, daß die absolute Masse der vom gesellschaftlichen Kapital in Bewegung gesetzten und exploitierten Arbeit, daher auch die absolute Masse der von ihm angeeigneten Mehrarbeit wächst; ebensowenig, daß die unter dem Kommando der einzelnen Kapitalisten stehenden Kapitale eine wachsende Masse von Arbeit und daher von Mehrarbeit kommandieren, letztere selbst, wenn die Anzahl der von ihnen kommandierten Arbeiter nicht wächst ... Der Fall der Profitrate entsteht nicht aus einer absoluten, sondern aus einer nur relativen Annahme des variablen Bestandteils des Gesamtkapitalismus, aus ihrer Abnahme, verglichen mit dem konstanten Bestandteil [14])."

Baran und Sweezy knüpfen theoretisch nicht an die Analyse des Arbeitsprozesses an und übersehen diesen Zusammenhang: das Gesetz vom steigenden Surplus, dem gesellschaftlichen Mehrwert, soll das vom tendenziellen Fall der Profitrate nicht reformulieren, sondern ersetzen. „Die monopolistische Marktstruktur versetzt die Kapitalgesellschaften in die Lage, von den Früchten der steigenden Produktivität den Löwenanteil in Form von höheren Profiten direkt einzustecken. Das heißt, im Monopolkapitalismus sind fallende Kosten gleichbedeutend mit ständig wachsenden Profitspannen. Und ständig wachsende Profitspannen bedeuten wiederum Gesamtprofite, die nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zum Sozialprodukt steigen. Setzen wir die angehäuften Profite vorerst mit dem ökonomischen Surplus der Gesellschaft gleich, so können wir es ein Gesetz des Monopolkapitalismus nennen, daß der

[13]) K. Marx, Das Kapital, Werke, Berlin 1957, Bd. 25, S. 249.
[14]) K. Marx, a. a. O., S. 226.

Surplus in dem Maße, wie sich das System entwickelt, sowohl eine absolut wie relativ steigende Tendenz aufweist[15]."

Der Begriff des Surplus bezeichnet die Differenz zwischen der Gesamtproduktion, realisiert zu jeweiligen Preisen und den gesellschaftlich notwendigen Kosten[16]), er impliziert den Widerspruch zwischen der privaten Form der Meinung und dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Im Gegensatz zu der Produktions- und Verteilungslehre der bürgerlichen Ökonomie, die den „Wert" auf subjektive Nützlichkeit reduziert, konfrontiert er die bestehende Organisation und die Verteilung des Sozialprodukts mit der einer rational geordneten Wirtschaft und scheidet unproduktive von produktiver Arbeit: aus unproduktiver Arbeit gehen alle Güter und Dienstleistungen hervor, die allein innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nachgefragt werden. Empirisch können sie beschrieben werden als übermäßiger Verbrauch einer Gesellschaft, insbesondere der oberen Einkommensgruppen, als Produktionsverlust durch unproduktive Arbeiter und Arbeitsformen und als Produktionsverluste infolge Arbeitslosigkeit und mangelnder effektiver Nachfrage. Die technologisch begründete Erhöhung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität führt zu einem sinkenden Preisniveau; diesem Prozeß ist der der Kapitalverwertung gegenläufig: Preiszerfall würde den tendenziellen Fall der Profitrate fördern, gesellschaftlich angeeignete Ergebnisse der Arbeitsproduktivität würden die Akkumulation hemmen. Preise sind auf oligopolistisch verformten Märkten manipulierbar, der Verkehr über den Markt selbst planbar. Monopolgruppen verhindern Preissenkungen, obwohl die gegenseitige Substituierbarkeit der Waren zunimmt. Preiswettbewerb wird durch Innovationswettbewerb und Verkaufsstrategien substituiert.

Der Monopolpreis indiziert, daß die Tauschverhältnisse nicht mit den Arbeitszeitverhältnissen übereinstimmen. Die Entscheidungsmaximen der Manager unterliegen zwar dem Einfluß institutioneller Bezugsgruppen und dem Steuerungseinfluß politischer Instanzen; Selbstfinanzierung der Korporationen, unorganisierte, auf eine langsam wachsende Dividendenrate gerichtete Interessen der Aktionäre und die Übertragbarkeit von Kostenerhöhungen des Faktors Arbeit auf die Preise eröffnen jedoch große Entscheidungsspielräume. Das Management ist an der Erhaltung von Stabilität interessiert, Gewinnmaximierung eingeschränkt durch ein politisch zu rationalisierendes Machterhaltungsinteresse. „In der Praxis kann das Streben nach dem „Höchstprofit" nur in dem Streben nach der

[15]) Baran-Sweezy, S. 77.
[16]) Zu den Zurechnungsproblemen vgl. D. Boris, S. 15.

größten Steigerung der Profite bestehen, die in der bestehenden Situation möglich ist, wobei die Grundbedingung natürlich heißt, daß die Ausnutzung der heute gegebenen Profitmöglichkeiten nicht die von morgen zerstören wird[17]). Umgekehrt erlaubt jedoch gerade die Stabilisierung von Marktanteilen die Aneignung von Extraprofiten.

Das Verwertungsbedürfnis des Monopolkapitals richtet sich auf eine Profitrate, die einen effektiven Anreiz zur weiteren Akkumulation darstellt. Zentralisierung wendet die Entwertung ab: der Mehrwert wird zu dem größeren Kapital transferiert. In diesem Prozeß hebt die steigende Profitmasse die relativ sinkende Profitrate auf. Im Wettbewerbskapitalismus setzt sich das Wertgesetz unmittelbar durch: der Durchschnittsprofit resultiert aus den Gleichgewichtsmechanismen des Systems. Monopolistischer Normalprofit innerhalb einer nach den Bedingungen einzelner Sektoren strukturierten Hierarchie von Profiten ist Ausdruck einer Preis- und Investitionspolitik. Die Messung von Waren in Werten aber ist unabhängig von den besonderen Tauschverhältnissen; in den schwankenden Relationen setzt sich die gesellschaftliche Arbeit durch.

Investitionspolitik selbst wird durch die Grenzprofitrate bestimmt — die Rate des Profits einer zusätzlichen Investition, in welche die durch Ausstoßerhöhung und Preisreduzierung bedingten Verminderungen früherer Investitionen eingehen. Kostensenkende Produktionsmethoden werden durch die Tendenz zur Amortisierung bestehender Anlagen aufgeschoben; daher können nur größere technologische Verbesserungen, die die Zinslast des durch Austausch entstehenden Kapitalverlusts decken und in kurzer Zeit ausgleichen, wirksam werden. „Nach der vom Monopol vertretenen Auffassung über das Veralten werden neue Maschinen erst dann eingeführt, wenn der durch Abschreibung noch nicht voll gedeckte Wert der alten Maschine durch die Wirtschaftlichkeit der neuen Methoden zumindest aufgewogen wird. Auf diese Weise wird der Fortschritt verzögert und Möglichkeiten zu neuer Kapitalbildung werden abgeschnitten, die sich einer auf rücksichtslosere Konkurrenz gerichteten Gesellschaft bieten[18])."

Der Ausstoß wird im Interesse einer maximierten Profitrate eingeschränkt, die Einführung technischer Neuerungen reguliert; gleichzeitig erweitert sich das Verteilungssystem. Die stabilisierten Profitraten machen die Unternehmen von Krisen unabhängig; andererseits verschärfen sie den Widerspruch zwischen produktivem und konsumtivem

[17]) Baran-Sweezy, S. 35.

[18]) Paul A. Baran, Politische Ökonomie des wirtschaftl. Wachstums, Neuwied 1966, S. 86.

Sektor: Absorption wird Bedingung der Reproduktion des Systems. »(Der Monokapitalismus) hat die Tendenz, immer mehr Surplus zu erzeugen, ohne die Konsum- und die Investitionsmöglichkeiten schaffen zu können, die zur Absorbierung eines wachsenden Surplus und damit zum reibungslosen Funktionieren des Systems nötig wären. Da Surplus, der nicht absorbiert werden kann, nicht produziert wird, ist der Normalzustand der monopolkapitalistischen Wirtschaft die Stagnation. Bei einer bestimmten Kapitaleinlage und einer bestimmten Kosten- und Preisstruktur kann der Beschäftigungsgrad des Systems nicht über einen Punkt hinaus steigen, an dem die produzierte Surplusmenge die nötige Anlagemöglichkeit findet. Und das bedeutet, daß die menschlichen und materiellen Hilfsquellen, die uns zur Verfügung stehen, stets weniger genutzt werden, als das möglich wäre[19]).«

Analytisches Instrument für die Erklärung des mikroökonomischen Zyklus der corporations ist der von J. Steindl eingeführte Begriff der operating rate, der den gesamten Kapitalstock zum Unternehmerkapital in Beziehung setzt[20]). Die interne Akkumulation der corporations induziert Investitionen: Wachstum perpetuiert sich selbst. Gleichgewichtsbedingung des Systems in einer Periode ist die in gleichem Ausmaß veränderte Rate von Unternehmer- und Sparkapital, entscheidend für die Investitionsneigung ist die Ausnutzung der Kapazität: Während sich unter Konkurrenzbedingungen bei abnehmendem Kapitalwachstum und voller Kapazitätsauslastung die Profitrate verringert, vermindert sich unter monopolistischen Bedingungen der Grad der Ausnutzung.

In ihrer These stimmt diese endogene Theorie der Investitionen mit der von A. Hansen überein: eine stationäre Wirtschaft ohne Nettoinvestition mit vollständig konsumiertem Einkommen, ein sich auf gleicher Stufe reproduzierender Kreislaufprozeß, expandiert durch Verbindung externer Faktoren — technische Entwicklung, Entdeckung neuer Produkte, Produktionsprozesse und Ressourcen — mit Investitionskapital[21]). In der Spätphase der kapitalistischen Entwicklung schwinden die Investitionschancen bei zunehmenden Investitionsmitteln; systemimmennete Möglichkeiten zur Absorption und Verschwendung sind begrenzt: Erhöhung öffentlicher Unterstützungen und Einkommenredistribution widersprechen der immanten Logik des Systems; Absatz-

[19]) Baran-Sweezy, S. 109.

[20]) J. Steindl, $q = \frac{\text{Kapitalstock (Unternehmenskapital + Sparvolumen)}}{\text{Unternehmenskapital}}$

[21]) A. Hansen, Economic Progress and Declininig Population Growth, in: ders., Readings in Business Cycle Theory, Philadelphia-Toronto, S. 381.

strategien, zivile Verwaltung, Militarismus und Imperialismus spiegeln seine Irrationalität.

Zwar unterwerfen die großen corporations Segmente des Marktes wissenschaftlich angeleiteter Verwaltung. Mit der Rationalisierung von Teilbereichen aber, des Produktionsprozesses selbst, ist die Rationalität des Ganzen nicht verbürgt: die wissenschaftlich geplante Produktion kontrastiert mit der Naturwüchsigkeit des gesellschaftlichen Systems, Mangel mit potentieller Fülle. Die Unvermeidbarkeit des Mangels, die Definition von „Wirtschaften" als Verfügung über knappe Mittel ist Ausdruck dieser repressiven sozialen Ordnung selbst. Ihr gegenüber ist das Interesse der Autoren eigentümlich begrenzt. Die analytische Trennung von Arbeitsprozeß und Klassenkampf wirkt auf die Ergebnisse selbst zurück: nicht zufällig wird der Begriff der kapitalistischen Wirtschaft bloß deskriptiv, der Unterbau in seiner sozialpsychologischen Spiegelung erläutert. Die Theorie monopolistischer Preisbildung und institutionalisierter Verschwendung nimmt den Charakter einer Vorstudie zu einer Ökonomie an, die sich durch ihre Fragestellung als politische legitimiert.

Jan Myrdal

# Vietnam und die kommenden Kriege

I.

Die meisten von uns sind entrüstet über die Verbrechen, welche die Regierung der Vereinigten Staaten mit ihrem Präsidenten an der Spitze am vietnamesischen Volk begeht. Die chemische Kriegsführung, der Terror gegen die Zivilbevölkerung, die bewaffneten Angriffe ohne Kriegserklärung, die Behandlung von Kriegsgefangenen, all dies ist empörend, all dies sind auch Verbrechen von der Art, für welche die Herren des Dritten Reiches gehängt wurden. Die meisten Bürger in den Vereinigten Staaten sehen das nicht ein. Teils weil das Volk, gegen das diese Verbrechen verübt werden, aus Asiaten, aus Farbigen besteht, teils, weil es heißt, daß diese Handlungen in einem größeren Muster aufgehen. Ein großer Teil der Bürger der Vereinigten Staaten ist überzeugt, daß das große Ziel, die Bekämpfung des „Kommunismus", die Anwendung jedes Mittels rechtfertigt. Auch hier in Schweden können wir beobachten, wie eine moralische Wertung dessen, wessen sich die Vereinigten Staaten schuldig machen, mit praktischen Argumenten beantwortet wird. Man weist auf die Notwendigkeit hin; notfalls sagt man, daß wo die Gegenseite Gewalt anwende, die Vereinigten Staaten genötigt seien, im Dienste höherer Interessen technische und chemische Terrormethoden anzuwenden, um das Elend zu verkürzen.

Es wäre naiv, der Moral und dem sogenannten internationalen Recht eine selbständige Existenz zuzuerkennen. Man muß im Gegenteil einsehen, daß das Geschehen in Vietnam nur Vorübung ist. Wir gehen einem Zeitalter zunehmender Barbarisierung entgegen. Und es werden die hochentwickelten kapitalistischen Industrienationen sein, die diese Brutalisierung vorantreiben werden. Die Entrüstung, die wir erleben, die Solidarität, die wir mit Vietnams Volk fühlen, bleibt jedoch wirkungslos

und sinnlos, wenn wir nicht in der Lage sind, diese Brutalisierung in ihren historischen Zusammenhang zu bringen. Und, schlimmer noch, eine Entrüstung lediglich moralischer Natur, die nur auf das Völkerrecht verweist, ist schädlich für das vietnamesische Volk und gefährlich für uns, da sie uns daran hindert, klar zu sehen, zu einem effektiven Gegenangriff überzugehen und auf diese Weise gerade die Brutalisierung, gegen die sie sich richtet.

Das Völkerrecht spiegelte das Unmenschlichwerden des Krieges, den Zusammenbruch der feudalen Ideologien. Das Völkerrecht legalisierte auch das Bedürfnis des neuen Bürgertums nach Massenkrieg und Massenvernichtung. In seiner späteren Entwicklung waren es die Bedürfnisse der imperialistischen Mächte, die die Entwicklung des Völkerrechts gelenkt haben. Das galt jedoch nicht für die Kriege gegen arme, unterdrückte und abhängige Länder. Als in den sinnlosen Genfer Verhandlungen der Zwischenkriegszeit davon gesprochen wurde, die Bombardierung aus der Luft zu verbieten, behaupteten auch die Briten, daß sie lokale Luftstreitkräfte benötigten, um die aufsässige pathanische Bevölkerung im nordwestlichen Grenzgebiet Indiens zu zügeln.

Unsere moralische Entrüstung und unsere Solidaritätsgefühle gründen sich auf andere soziale Bedürfnisse als die der Oberklasse. Sollten wir unter Hinweis auf den langen geschichtlichen Zeitraum, in dem der Vietnamkrieg nur ein Teil ist, diese unsere Moral aufgeben und ganz zu einem machtpolitischen Raisonnement übergehen, dann dürften wir auch die Front vertauscht haben in dem langen Kampf zwischen der Gerechtigkeit der Privilegierten und dem Recht der Völker. Wenn Sozialisten privilegiert werden, pflegen sie diesen Schritt zu tun.

Aber die moralische Distanzierung von Krieg und Kriegsverbrechen wird — solange sie nur moralisch ist — zu einem Teil der Kriegsvorbereitungen. Mangel an Analyse macht Moral gefährlich. Man erinnere sich an die großen Friedensbewegungen der Zwischenkriegszeit. Sie drückten einerseits Bedürfnis nach und Willen zum Frieden bei den Völkern aus. Aber indem sie die Hoffnungen der Völker auf das Völkerrecht und den Völkerbund und die damals wie heute seltsamen Abrüstungsverhandlungen in Genf lenkte, machte die Friedensbewegung den Zweiten Weltkrieg unausweichlich. Mit der Ideologie der Privilegierten kann die Macht der Privilegierten nicht bekämpft werden.

Wenn ich deshalb sage, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit ihrem Präsidenten an ihrer Spitze Kriegsverbrechen begeht, so tue ich das nicht in der Hoffnung, daß die herrschenden Klassen in den imperialistischen Ländern aus diesem Sachverhalt den Schluß ziehen werden, daß die amerikanische Regierung und ihr Präsident als Kriegsverbrecher

zu behandeln sind. Ich sage dies, anstatt auf die Entwicklung zu weisen, die das internationale Recht, das Völkerrecht, nun durchmacht. In der kommenden Zeit wird sich der Imperialismus seiner völkerrechtlichen ideologischen Verkleidung entledigen — er hat dies zum großen Teil bereits getan. Auf gleiche Weise, wie seine Vorgänger einmal zu Zeiten des Aufkommens der Massenarmeen und der neuen Bourgeoisie gezwungen wurden, sich der „chevaleresken" Kriegsideologie des Mittelalters und des Feudalismus zu entledigen. Für uns ist das kein Fortschritt.
Wir müssen uns erinnern, daß die Bauernrevolten in Europa einst auf mittelalterliche Ideen zurückgreifen mußten, um der Bourgeoisie zu widerstehen; sie wurden niedergeworfen. Gehen wir auf den schon verlassenen Völkerrechtsgedanken zurück, dann sind wir schon geschlagen, dann verraten wir unsere Vernunft.

II.

Die große Frage, die beantwortet werden muß, wenn man von Vietnam spricht, lautet, ob der Krieg der Vereinigten Staaten gegen Vietnam ein isolierter Krieg ist, der sich beenden läßt, wenn die Gegner nur „guten Willen" zeigen oder ob er in ein größeres Muster eingeht, d. h. ob er nur viele kommende Kriege ankündigt.
Eine offizielle Auffassung in den Vereinigten Staaten sagt, daß dieser Krieg die Verteidigung der „freien Welt" gegen eine kommunistische Verschwörung ist. Der große Frieden-kehre ein, wenn die Kommunisten ihre Tätgkeit einstellten. Parallel zu dieser Auffassung laufen die Gedanken über die Dominotheorie. Wird Vietnam „rot", dann wird Thailand „rot", dann wird usw. usw. Wird andererseits Vietnam „beschützt", dann sind diese Länder „gesichert". Eine übergreifende Theorie meint, daß die Welt „Ruhe und Frieden" finden werde, wenn die USA nachweisen können, daß soziale und nationale Befreiungsbewegungen mit militärischen Mitteln niedergeworfen werden können.
In Schweden und anderen vergleichbaren Ländern begegnet man der Auffassung, daß wir „Stabilität und Ruhe" erreichen, wenn sich die „Großmächte einigen".
Der grundlegende Fehler in diesen Auffassungen ist, daß sie die geschichtlichen und sozialen Geschehnisse nicht geschichtlich und sozial, sondern konspirativ betrachten. Aber die Geschichte ist keine Konspiration. Ebensowenig wie Revolution und soziale Umwälzung ihren Ausgang im Jahre 1917 nahmen (oder bei der Geburt von Marx 1818), ebensowenig kann ihnen im Jahre 1966 „ein Riegel vorgeschoben werden". Auch wenn es — was unglaubhaft ist — den Vereinigten Staaten

gelingen sollte, in einer Nacht, ohne dem Rest der Welt Schaden zuzufügen, China auszulöschen, werden die sozialen Revolutionen weitergehen. Und auch dann, wenn sich alle organisierten Kommunisten und Sozialisten der Welt in einer großen Resolution darauf einigten, daß von diesem Datum an die Revolutionen aufzuhören hätten, würden Revolutionen und soziale Umwälzungen weitergehen. Um dies einzusehen, braucht man weder Sozialist noch Revolutionär zu sein. Auch ein intelligenter Mann von der Rechten sollte gelten lassen können, daß die Geschichte nicht plötzlich aufhört und auch nicht plötzlich durch irgendeinen Willensakt aufhören kann. Auch wenn die Heilige Allianz eine Zeitlang ihre Polizei verdächtige und subversive Elemente aufspüren lassen kann, so kann sie die Geschichte doch nie zum Abschluß bringen; auch ein Metternich konnte das europäische Bürgertum nicht verhindern.

Nun sagt man, daß Revolutionen und soziale Umwälzungen aufhören könnten, wenn alle Kriegsrüstungskosten in Entwicklungshilfe gesteckt werden und wenn alle reichen Länder allen armen Ländern helfen. Das ist ein schöner Gedanke. Auf gleiche Weise könnte die Welt in dem Augenblick glücklich werden, wenn alle Menschen zur christlichen Nächstenliebe bekehrt sind (idealisiert wohlgemerkt, nicht die, welche bislang existiert hat). Aber keine Unterklasse oder Volksminorität hat jemals etwas geschenkt bekommen. Was sie bekam, hat sie sich erkämpft. Konnte sie nicht kämpfen, ging sie unter.

Mit unserer derzeitigen Weltstruktur werden nationale Befreiung und soziale Umwandlung in den meisten Fällen sowohl notwendig als auch gewaltsam. In vielen Ländern, die formell selbständig wurden, herrscht eine dünne Schicht von Verwaltern und Aufkäufern.

Die kommenden — und unausweichlichen — sozialen Umwälzungen stehen dem Interesse der USA entgegen. Ihr Kapital ist durch viele Bande an diese privilegierten Gruppen geknüpft. In fast jedem Land wurden große Investitionen angegriffen und nationalisiert. Ganz abgesehen von ihrer Ideologie (ihrer „Mission"), werden die Vereinigten Staaten in ihrem eigenen Interesse intervenieren. Der Krieg in Vietnam ist — wie hervorgehoben wurde — ein Experiment im Antiguerillakampf. Vietnam wird nicht das einzige Land sein, das bluten muß. Die Umwandlung der amerikanischen Völkerrechtsideologie zum Nutzen für solche Kriege (d. h. die Bejahung chemischer Kriegsführung und die Verbrechen gegen die früher geltenden Regeln der Behandlung von Kriegsgefangenen und Zivilbevölkerung) ist nur ein Teil des Militarisierungsprozesses der Vereinigten Staaten.

In dieser gegebenen Situation wird jede Betrachtungsweise des Vietnam-

krieges gefährlich, die den Krieg als Einzelkrieg reduziert, der sich „lösen" läßt. Das heißt nicht, daß ich meine, Vietnam dürfe keinen Frieden bekommen. Ohne diesen Frieden zu analysieren: es gibt Friedensschlüsse, die zu neuen und schlimmeren Kriegen führten. Ein Frieden, der nicht den Rückzug der Amerikaner enthält, ist nur die erste Phase in einem neuen Großkrieg.

Björn Ahlander wies in einer Debatte in Uppsala darauf hin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nach Stabilität strebe. Ich meine, das ist richtig. Aber dann muß betont werden, daß dieses Streben nach Stabilität von der leitenden Schicht in der Sowjetunion geteilt wird. Aus verschiedenen, aber gleichen machtpolitischen Gründen wollen beide die Macht der Sowjetunion über die sozialistischen Länder Europas bewahren. Aus verschiedenen Gründen, aber gleichen machtpolitischen Gründen wollen auch beide ein Gleichheitszeichen setzen zwischen Moskaus nationalen Interessen und den sozialen Revolutionen. Zuweilen kann sich dies ziemlich roh ausdrücken, z. B. als zu Chruschtschows Zeiten die hungernden indischen Bauern Glück darüber empfinden sollten, daß die Russen immer mehr Butter verbrauchten (was sich übrigens später als Lüge erwies). Im Machtkampf hat die leitende Schicht der Sowjetunion den handgreiflichen Wunsch, für Moskau die Übersicht, am besten die Kontrolle, über die sozialen Revolutionen in anderen Ländern zu erlangen. Ich will nicht einmal behaupten, daß dies unmoralisch ist. Ganz ähnlich dem Satz, daß, was nützlich für General Motors ist, auch den USA nützt, wird hier das historische Geschehen so interpretiert, daß das, was den Leitenden im Kreml nützt, auch nützlich für das Weltproletariat ist. Auf diese Weise erreichte Stabilität hat die westeuropäische (französische, italienische) Arbeiterbewegung in Sterilität versetzt und bei sozialen Konflikten das soziale Geschehen zur Figur im machtpolitischen Brettspiel gemacht (das Hintergrundspiel um die Ereignisse in Ungarn und die Kubakrise). Nicht nur, daß diese Stabilität die Situation nicht stabilisiert, sie verschlimmert die Lage sogar. Dieses Schachspiel zwischen den Machteliten in den USA und in der Sowjetunion treibt uns dem großen Kernwaffenkrieg entgegen. Und im Spiel um Vietnam befindet sich das vietnamesische Volk ständig in der Gefahr, Opfer dieser Machtpolitik zu werden. Man kann es so ausdrücken, daß jedes Land, das sich unter den sowjetischen Schutz stellt, hernach nie mehr sicher sein kann. Es kann plötzlich aufhören, ein Land zu sein und zu einer Karte werden, die ausgespielt wird.

Wenn jemals ein Einvernehmen dieser Art zwischen allen drei großen Mächten zustande kommt — also China eingeschlossen — dann ist der große Krieg nahe und das Schicksal der Völker in den armen und ständig

aufs neue ausgeplünderten Ländern wirklich schwer. Dieses Einvernehmen, auf welches gegenwärtig Washington und Moskau hinarbeiten, wird tatsächlich ein Vertrag von München im Weltformat.
Darauf aufmerksam machen, heißt nicht, wie auf sowjetischer Seite behauptet wird, „antisowjetisch" zu sein. Es ist nur der Hinweis nötig, daß die Interessen, welche die privilegierten Schichten in der Sowjetunion als nationale empfinden, damit nicht automatisch zu den Klasseninteressen der schwedischen oder russischen Arbeiter, der indischen oder turkmenischen Bauern werden. Und die schwedische Außenpolitik, die den Konflikt zwischen der Sowjetunion und den USA als die wichtigste Sache in der Weltpolitik ansieht, unterschätzt die Interessengemeinschaft, welche die leitenden Schichten der beider Länder vereinigt. Eine solche Betrachtungsweise kann für Schweden peinliche Konsequenzen in noch nicht vorhersehbaren Lagen haben.

III.

Ich bin der festen Überzeugung, daß Krieg, Konzentrationslager, Giftgas und Unterdrückung die Zukunft solange prägen, wie die Mehrheit der Weltbevölkerung niedergehalten, ausgesaugt, unterdrückt wird. Ich bin überzeugt, daß die militärisch geprägte Entwicklung, die wir in den USA beobachten können, Einfluß auf die gesamte Entwicklung in den hochindustrialisierten Nationen ausüben wird. In dieser Situation internationalen Klassenkampfes verändern sich unsere Länder auf korporative militaristische Staaten hin. Ich bin deshalb überzeugt, daß unsere eigene Befreiung zu einem menschlichen Leben nur geschehen kann durch den Kampf der Ausgeplünderten um ihre Befreiung. Wer in Vietnam stirbt, stirbt für unsere Zukunft. Die Solidarität der europäischen Linken mit dem Waffenkampf in den ausgesaugten und abhängigen Ländern muß absolut sein.
Aber für das, was ich jetzt sagen will, sind diese Überlegungen Voraussetzung. Es trifft nicht zu, daß es eine einheitliche finstere Weltreaktion gibt. Sie ist nicht einheitlich, weder international gesehen, noch im mächtigsten kapitalistischen Staat.
Ich halte es für durchaus unglaubhaft, daß die Vereinigten Staaten ihren außenpolitischen Kurs verändern werden. Die zunehmende Monopolisierung, das Heranwachsen dessen, was Eisenhower den militärisch-industriellen Komplex nannte und die kommenden sozialen Revolutionen in vielen Ländern werden im Gegenteil wahrscheinlich diesen Kurs verschärfen. (Die inneren sozialen Spannungen in den Vereinigten Staaten, die nun periodenweise in bürgerkriegsartigen Formen aufflammen, wer-

den gerade glauben, daß sie zu einer entscheidenden sozialen Veränderung in den Vereinigten Staaten führen werden.) Es ist jedoch nicht ganz ausgeschlossen, daß in einer gewissen Lage die konservativen Kräfte, die eine längere Perspektive als die gegenwärtige Regierung besitzen, die Vereinigten Staaten in eine mehr — nennen wir sie: isolationistische Richtung treiben werden. Das ist jedoch Spekulation.

Dagegen ist sicher, daß die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und anderen kapitalistischen Ländern, wie Frankreich, vermehrt. Wir haben solange im Zeichen des „Kalten Krieges" gelebt, daß viele immer noch den Hauptkonflikt in der Welt zwischen Washington und Moskau sehen. Wenn wir einsehen, daß der entscheidende Konflikt zwischen dem stark monopolisierten und expansiven amerikanischen Kapital und der großen, armen, ausgesaugten und mit Füßen getretenen Mehrheit der Welt stattfindet — dann dürfen wir nicht vergessen, daß sich das amerikanische Kapital in offenem Konflikt mit den Kapitalgruppen anderer entwickelter Länder befindet.

Der Gaullismus ist nichts Zufälliges. Er ist Ausdruck der einfachen Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nur in der Nachkriegszeit, als sie völlig übermächtig waren, auch die Hegemonie in der kapitalistischen Welt innehaben konnten. Die Entwicklung geht nicht in Richtung auf Stabilität und „Eintracht" der Supermächte, sondern auf eine bedeutend mehr veränderliche wechselhafte Welt.

Es gibt keinen Grund, sich den alten General als Sozialisten auszumalen. Seine Politik ist auch nicht prorevolutionär. Seine Interessen sind nicht die der afrikanischen und asiatischen Völker. Dagegen können sie in gewissen Situationen mit diesen zusammenfallen: teils in der gemeinsamen Verteidigung gegen die Dominanz der Vereinigten Staaten, teils auch durch die größere politische Flexibilität der gaullistischen Politik, eine Flexibilität, die mit den Wörtern „historisch-bewußt" ausgedrückt werden kann. Es war nicht „Solidarität" mit den Algeriern, die de Gaulle bewog, einen kleineren Bürgerkrieg in Frankreich in Kauf zu nehmen und sich aus Algerien zurückzuziehen. Es geschah auf Grund des Interesses des weiter sehenden französischen Kapitals. Wenn er fordert, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen aus Asien abziehen sollten, so ist diese Forderung eine realistische Einsicht in die Situation.

Bislang ist die Vietnamdebatte in Schweden eine Rechts-Links-Debatte gewesen, ein Ausdruck unseres Provinzialismus. Aber auch im schwedischen Bürgertum zeichnen sich unter dem Druck der abenteuerlichen Politik der Vereinigten Staaten — und der immer stärkeren Offensive des amerikanischen Kapitals in Schweden — Verschiebungen in den Auf-

fassungen ab, die von Interesse werden können. Es ist nicht meine Aufgabe, der Bourgeoisie ihre Ideologie klarzumachen, aber es kann der Linken nicht gleichgültig sein, welche Regierungspolitik geführt wird; auch dann nicht, wenn die Regierung eine bürgerliche ist. Wir können in eine Situation kommen, wo die Linke gewisse bürgerliche Richtungen gegen andere USA-verbundene Richtungen unterstützen darf. Und es ist anzunehmen, daß, wenn wir eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit finden, dieser Punkt als Schnittpunkt zwischen den Ideologien in der Einstellung zu den nationalen Wertungen liegt. Es ist also möglich, die gleichen historischen Ereignisse mit verschiedenen Wertungen zu betrachten, aber doch zusammenzuarbeiten. Mit dem Teil des europäischen Bürgertums, der die Gefahr durch die Politik der Vereinigten Staaten zeitweilig sieht und der ausreichend historisches Bewußtsein hat, um — wie de Gaulle — nicht unnötig die sozialen Konflikte zu Interventionskriegen zu treiben, muß die Linke in Europa zusammenarbeiten. Sonst unterstützt sie die Politik der Vereinigten Staaten.

Denn die Lage ist sehr kritisch. Die Politik der Vereinigten Staaten in Vietnam hat mehrere Ziele gehabt. Teils wollte sie zeigen, daß sie mit ihrer technologischen Überlegenheit in der Lage ist, das Land, in dem die Bevölkerung eine soziale und nationale Befreiung durchzuführen versucht, zu vernichten, teils wollte sie mit der sogenannten Machtbalance der Nachkriegszeit Schluß machen. Das erstere ist den USA noch nicht gelungen; bei dem letzteren haben sie Erfolg gehabt. Die Sowjetunion hat es nicht geschafft, den Vereinigten Staaten mit Gegeneskalation zu begegnen. Die „Glaubwürdigkeit" der Sowjetunion ist verloren gegangen.

Berichte, die ernst genommen werden sollten, haben ergeben, daß die Vereinigten Staaten die ausländischen Militärattachés — einschließlich des sowjetischen — darüber unterrichtet haben, daß sie die letzten sowjetischen Raketenversuche gegen die Ziele im Pazifischen Ozean als Ausgangspunkt sowohl einer allgemeinen Alarmübung als eines Experiments mit Anti-Raketen-Raketen genommen haben. Die Versuche bewiesen, daß die Sowjetunion nicht in der Lage ist, in einen Eskalationswettlauf einzutreten. Dies könnte auch die unsichere und unruhige sowjetische Politik der letzten Zeit erklären.

Staaten wie Großbritannien versuchen die Sowjetunion aus dieser Situation zu retten. Sie tun das aus Unruhe über die totale Vorherrschaft der Vereinigten Staaten. Die Sowjetunion selbst sucht die Aufmerksamkeit von dieser Niederlage durch Eskalation ihres ideologischen (und ökonomischen) Feldzuges gegen China abzulenken. Dabei können sich die USA und die Sowjetunion entgegenkommen. Aus dieser Lage der Dinge teilt

de Gaulle mit, daß Frankreich mit den Vereinigten Staaten durch nichts anderes verbunden ist als durch den Fall eines „unprovozierten" Angriffes von seiten der Sowjetunion. Das Wichtige hierbei ist das Wort „unprovoziert". In dieser Situation also beginnt Europa sich sowohl von den Vereinigten Staaten wie von der Sowjetunion zu lösen. Das Machtspiel ist vorüber, aber wir haben keinen Beifall gespendet.

Wir müssen uns über die Bedeutung dieser doppelten Entwicklung im klaren sein. Das vietnamesische Volk hat bewiesen, daß es nicht möglich ist — nicht einmal mit Technologie, psychologischer Kriegsführung und Terror — eine nationale und soziale Befreiungsbewegung, die eine feste Verankerung im Volk hat, niederzuwerfen. Daß die Vereinigten Staaten mitteilen, sie würden vielleicht noch mehr Truppen einsetzen, mehr Gas, mehr Napalm, schließlich auch Kernwaffen, ändert nichts. Aber es ist möglich, Vietnam auszulöschen, wenn es isoliert werden kann.

Vietnams Volk hat mit seinem Kampf nun den Weg gezeigt. Viele werden ihm folgen. Und in den neuen Kriegen werden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich auch frühere Alliierte gegen sich haben.

Den Führern in der Sowjetunion haben die Konfrontation, das vor der Welt offenkundige Unvermögen, ihre Alliierten zu schützen, und die klare militärische Impotenz der Sowjetunion gezeigt, daß die ganze Waffentheorie, auf die sie ihre Politik in den letzten Jahren aufgebaut haben, zusammengebrochen ist. Aber die Sowjetunion ist immer noch ein mächtiger Staat. Außerdem ist es gerade jetzt gefährlich, daß die Führer der Sowjetunion aus innenpolitischen Gründen ein München-Abkommen akzeptieren könnten, das sie zum Juniorpartner der Vereinigten Staaten macht. Sie würden dann eine Art neues England werden. Ihre derzeitigen Ablenkungsmanöver gegen China deuten darauf hin, daß sie diesen Weg akzeptieren könnten. Aber ihre lange Abhängigkeit von waffentechnischem Denken kann sie auch zu Abenteuerlichkeiten anderer Art treiben.

Vietnam war für die Führer der Sowjetunion die Stunde der Wahrheit. Ihre Theorien brachen zusammen, ihr Unvermögen wurde offenbar und damit werden sie vor die direkte Wahl zwischen Großkrieg oder Kapitulation gestellt. Ihre eigene Politik hat diese Wahl geschaffen. Da sie sich auf Waffen verlassen haben, aber ihre Waffen unterlegen sind, können sie den Großkrieg nicht annehmen. In dieser Situation von ihnen (wie Sartre es tut) die Erfüllung einer Art Pflicht zu verlangen, ist gefährlich. Solche Forderungen treiben sie lediglich in die Arme der Vereinigten Staaten und in den Angriff auf China. Behandeln wir dagegen die Sowjetunion nicht wie eine sozialistische Großmacht mit gewissen Verpflichtungen, sondern wie eine bürgerliche Großmacht mit

einer spezifischen sozialen Privilegienstruktur, dann kann es möglich sein, diese Krise zu vermeiden. Das ist, wie de Gaulle gesagt hat, Europa vom Atlantik bis zum Ural. Die innere Umwandlung in der Sowjetunion wird dann die eigene Angelegenheit des sowjetischen Volkes.

IV.

Die Kriegsverbrechen der amerikanischen Regierung in Vietnam sind nur der Auftakt der Epoche. Bestenfalls zieht sie ihre Truppen bald aus Vietnam zurück. Aber dann nur, um sie an anderen Stellen einzusetzen, in anderen Ländern, gegen andere Völker. Das macht in der nächsten Zeit die Einstellung zur Regierung der Vereinigten Staaten zur Kernfrage aller Politik. Auf diese Frage hin muß man jeden Politiker, jede politische Bewegung, jede Regierung beurteilen. Auch wenn gewisse Gruppen in Schweden am Krieg der Vereinigten Staaten gegen das vietnamesische Volk verdienen, so sind doch die Waffen der Vereinigten Staaten letztlich auch gegen diese Gruppen gerichtet. Nun stehen wir alle vor der Frage wie zu Beginn der vierziger Jahre: heute wie damals, lieber ein aufrichtiger Bürger als ein sozialistischer Anpasser, der von „Verständnis" spricht.
Damals redeten die Anpasser von „Verständnis" für Hitler, nun sprechen sie von „Verständnis" für die Regierung der Vereinigten Staaten.
(Aus dem Schwedischen von San E. Sanssen)

Che Guevara

## Brief an die Tricontinentale

● ● ●

Vor etwa zwei Jahren haben die Amerikaner begonnen, die Volksrepublik Vietnam systematisch zu bombardieren, in einem weiteren Versuch, die Kampfbereitschaft des Südens einzudämmen und eine Konferenz mit für sie günstigen Machtpositionen zu erzwingen. Die Bombenangriffe waren zunächst mehr oder weniger vereinzelt und erfolgten unter dem Vorwand, sie seien Repressalien gegen angebliche Provokationen des Nordens. In der Folgezeit haben die Bombenangriffe an Intensität zugenommen, sie wurden methodisch, bis sie sich in eine gigantische Schlacht der amerikanischen Luftwaffe verwandelten, die Tag um Tag auf das Ziel hinarbeitete, jedes Kennzeichen der Zivilisation im nördlichen Teil des Landes zu vernichten. Das ist eine Episode jener Eskalation, die inzwischen einen traurigen Ruhm genießt.

Die objektiven Ziele der Yankee-Welt sind zum größten Teil erreicht worden, trotz des entschlossenen Widerstandes der vietnamesischen Luftabwehr, trotz der 1700 abgeschossenen Flugzeuge, und trotz der Unterstützung des sozialistischen Lagers mit Kriegsmaterial.

Es gibt eine schmerzliche Realität: Vietnam, diese Nation, die die Hoffnungen, die Siegeserwartungen einer ganzen vergessenen Welt verkörpert, steht auf tragische Weise allein.

Die Solidarität der fortschrittlichen Welt mit dem vietnamesischen Volk ähnelt der düsteren Ironie, mit der sich den römischen Gladiatoren die Anfeuerung durch die Plebs darbot. Es handelt sich nicht darum, dem Opfer der Aggression den Sieg zu wünschen, sondern darum, sein Schicksal zu teilen, es im Sieg oder im Untergang zu begleiten.

Wenn wir die vietnamesische Einsamkeit analysieren, erfüllt uns Zorn über diesen unlogischen Aspekt der Menschlichkeit.

Der amerikanische Imperialismus ist der Aggression schuldig; seine Verbrechen sind ungeheuerlich und gelten der ganzen Welt. Das wissen

wir, meine Herren! Aber schuldig sind auch jene, die in der Stunde der Entscheidung gezögert haben, Vietnam zu einem unverletzlichen Bestandteil des sozialistischen Lagers zu machen, wobei sie sicherlich das Risiko eines Weltkrieges eingegangen wären, aber damit auch die amerikanischen Imperialisten gezwungen hätten, sich zu entscheiden. Und schuldig sind jene, die einen Krieg der Beleidigungen und kleinen Schikanen führen, wie er bereits vor einiger Zeit zwischen den Vertretern der beiden größten Mächte des sozialistischen Lagers begonnen hat.

Stellen wir die Frage, um eine ehrliche Antwort zu bekommen: ist Vietnam isoliert oder nicht, ausgeliefert dem gefährlichen Gleichgewicht zwischen den beiden streitenden Mächten? . . .

Wir wissen noch nicht, ob Präsident Johnson ernstlich daran dachte, einige der Reformen einzuleiten, die notwendig wären, um die Schärfe der Klassenwidersprüche zu mildern, die mit explosiver Gewalt und immer häufiger auftreten.

Gewiß ist, daß die pompös als „Große Gesellschaft" angekündigten Verbesserungen in Vietnam zu Grabe getragen wurden.

Die größte der imperialistischen Mächte fühlt im Innern den Druck eines armen, zurückgebliebenen Landes, und ihre ungeheure Wirtschaft verspürt die Auswirkungen des Krieges. Töten ist nicht mehr das bequemste Geschäft der Monopole . . .

Der Imperialismus verliert in Vietnam; er sieht keinen Ausweg und sucht verzweifelt nach einem Mittel, um sich mit Anstand aus einer gefährlichen Situation zu befreien.

Alles weist darauf hin, daß der Friede — dieser gefährdete Friede, der diesen Namen nur trägt, weil noch kein globaler Zusammenstoß erfolgt ist — wiederum in Gefahr steht, durch irreversible und unakzeptierbare Schritte der Nord-Amerikaner gebrochen zu werden.

Und uns, den Ausgebeuteten der Welt, welche Rolle bleibt uns? Die Völker dreier Kontinente beobachten Vietnam und lernen daraus. Angesichts des Drucks, den die Imperialisten mit ihrer Drohung des Kriegs auf die Menschheit ausüben, heißt die richtige Antwort, keine Furcht vor dem Krieg zu haben. Die allgemeine Taktik der Völker muß heißen, an jedem Ort der Konfrontation hart und ununterbrochen anzugreifen.

Und was wird unsere Aufgabe sein, in der Lage, in die uns dieser elende Friede gebracht hat? Uns um jeden Preis zu befreien.

Das Panorama der Welt ist komplex . . .

Das wichtigste Gebiet der Ausbeutung durch den Imperialismus umfaßt die drei zurückgebliebenen Kontinente: Amerika, Asien und Afrika. Jedes Land hat seine eigenen Besonderheiten, aber auch die einzelnen Kontinente.

Amerika bildet eine mehr oder weniger homogene Einheit, und fast auf seinem gesamten Territorium besitzen die amerikanischen Monopolkapitalisten eine absolute Vorherrschaft. Die Marionettenregierungen — oder, im besten Falle, die schwachen und furchtsamen Regierungen — können sich den Befehlen der herrschenden Yankees nicht widersetzen. Die Amerikaner haben die politische und wirtschaftliche Herrschaft errungen und können nicht weiter vorrücken; jede Veränderung der Situation könnte sich in eine Bedrohung ihrer Herrschaft verwandeln. Ihre Politik heißt, das Errungene zu bewahren. Ihr Vorgehen beschränkt sich im Moment auf den brutalen Einsatz ihrer Macht, um die Befreiungsbewegungen jeder Art auszulöschen.
Unter der Parole „Wir werden kein zweites Kuba erlauben" verbirgt sich die Möglichkeit, gefahrlos Aggressionen zu begehen, wie jene gegen die Dominikanische Republik oder früher gegen Panama, ebenso wie die deutliche Ankündigung, die amerikanischen Truppen seien bereit, überall zu intervenieren, wo in Amerika die bestehende Ordnung und die amerikanischen Interessen gefährdet seien. Diese Politik erfreut sich fast absoluter Straflosigkeit; die OAS ist trotz ihrer Diskreditierung eine bequeme Maske; die UNO zeigt eine Wirkungslosigkeit, die man tragisch oder lächerlich nennen muß; die Armeen sämtlicher amerikanischer Staaten sind bereit einzugreifen, um ihre Völker auszulöschen. Tatsächlich hat sich eine Internationale des Verbrechens und des Verrats gebildet.
Weiterhin haben die nationalen Bourgeoisien völlig ihre Fähigkeit verloren, sich dem Imperialismus zu widersetzen — wenn sie diese Fähigkeit jemals besessen haben — und sie bilden inzwischen sein Hinterland. Es gibt keine anderen möglichen Veränderungen mehr: entweder die sozialistische Revolution oder die Karikatur der Revolution.

Asien ist ein Kontinent mit unterschiedlichen Kennzeichen. Die Befreiungskämpfe gegen eine Reihe europäischer Kolonialmächte führten zur Einsetzung mehr oder weniger fortschrittlicher Regierungen, deren Entwicklung in einigen Fällen darin gipfelte, die ersten Ziele der nationalen Befreiung zu vertiefen, in anderen Fällen jedoch in der Rückkehr zu pro-imperialistischen Positionen.
Unter ökonomischen Gesichtspunkten hatten die Vereinigten Staaten wenig zu verlieren und viel zu gewinnen. Veränderungen bringen ihnen Vorteil; man kämpft um die Ausschaltung anderer neo-kolonialer Mächte, um die wirtschaftliche Durchdringung der neuen Interessenbereiche, manchmal direkt, manchmal unter Ausnutzung Japans.
Es bestehen jedoch — besonders auf der indochinesischen Halbinsel —

besondere politische Bedingungen, die Asien Kennzeichen von außergewöhnlicher Bedeutung verleihen und die eine wichtige Rolle in der globalen Militärstrategie des amerikanischen Imperialismus spielen. Dieser zieht um China einen Kreis, der über Südkorea, Japan, Taiwan, Südvietnam und Thailand verläuft.

Diese zwiespältige Situation: nämlich auf der einen Seite ein strategisches Interesse an der Einschließung der chinesischen Volksrepublik und auf der anderen Seite der Ehrgeiz des amerikanischen Kapitals, Zugang zu den großen Märkten zu erhalten, die es noch nicht beherrscht — diese zwiespältige Situation macht Asien zu einem der explosivsten Gebiete der heutigen Welt, trotz der scheinbaren Stabilität, die heute außerhalb der vietnamesischen Zone herrscht.

Geographisch zu diesem Kontinent gehörig, aber mit eigenen Widersprüchen ist der Nahe Osten am Kochen, ohne daß man das Ausmaß voraussagen könnte, das dieser kalte Krieg zwischen dem von den Imperialisten gestützten Israel und den progressistischen Ländern dieser Region annehmen wird. Hier ist ein weiterer jener Vulkane, die die Welt bedrohen.

Afrika bietet die Kennzeichen eines für die neo-koloniale Invasion fast jungfräulichen Gebiets. Hier sind Veränderungen erfolgt, die die neokolonialen Mächte in einem gewissen Ausmaß dazu gezwungen haben, ihre alten, fast absoluten Vorrechte aufzugeben. Wenn sich jedoch diese Prozesse ohne Unterbrechung fortsetzen, folgt dem Kolonialismus ein unblutiger Neo-Kolonialismus, dessen Auswirkungen, was die wirtschaftliche Herrschaft angeht, die gleichen sind.

Die Vereinigten Staaten hatten in diesem Gebiet keine Kolonien und kämpfen inzwischen um den Einbruch in die alten Schutzgebiete ihrer Partner. Man kann feststellen, daß Afrika in den strategischen Plänen des amerikanischen Imperialismus die Rolle eines Reservoirs für später spielt; die jetzigen amerikanischen Investitionen sind lediglich in der südafrikanischen Union bedeutend; der amerikanische Einbruch beginnt erst im Kongo, in Nigeria und in anderen Ländern, in denen sich ein heftiger (bisher noch friedlicher) Konkurrenzkampf mit anderen imperialistischen Mächten abspielt.

Der Imperialismus hat hier noch keine starken Interessen zu verteidigen, außer seinem behaupteten Interventionsrecht, wo immer seine Monopole in Profiten schwimmen oder wo sich große Rohstoffreserven befinden.

Wenn wir Afrika analysieren, sehen wir, daß in den portugiesischen Kolonien Guinea, Mozambique und Angola mit einer gewissen Intensität gekämpft wird, mit bemerkenswertem Erfolg in Guinea, mit wech-

selndem Erfolg in den beiden anderen. Auch der Kampf zwischen den Nachfolgern Lumumbas und den alten Komplizen Tschombés im Kongo ist noch nicht abgeschlossen, ein Kampf, der im Moment von den letzteren gewonnen zu werden scheint, die zu ihrem eigenen Profit einen großen Teil des Landes „befriedet" haben, wenn der Krieg auch noch latent weitergeht.

In Rhodesien stellt sich ein anderes Problem: der britische Imperialismus hat sämtliche ihm verfügbaren Mechanismen genutzt, um die Macht an die weiße Minderheit zu übertragen, die sie im Moment innehat. Der Konflikt ist vom englischen Standpunkt aus absolut inoffiziell, abgesehen davon, daß diese Macht mit ihrer üblichen diplomatischen Geschicklichkeit — die man auch offen heuchlerisch nennen könnte — eine Fassade des Unbehagens zeigt gegenüber den Maßnahmen der Regierung Smith, und ihre Haltung wird von der Unterstützung einiger Länder des Commonwealth begünstigt, jedoch angegriffen von einem guten Teil der Länder Schwarzafrikas, ob sie nun fügsame Vasallen des britischen Imperialismus sind oder nicht.

Die Situation in Rhodesien kann überaus explosiv werden, wenn sich die Bemühungen der schwarzen Patrioten im Kampf kristallisieren und wenn diese Bewegung tatsächlich die Unterstützung der benachbarten afrikanischen Nationen erhält. Im Moment werden alle diese Probleme jedoch in so unwirksamen Organismen wie der UNO, dem Commonwealth oder der OUA diskutiert.

Nichtsdestoweniger läßt die politische und soziale Entwicklung Afrikas keine kontinentale revolutionäre Situation voraussehen. Die Befreiungskämpfe gegen die Portugiesen müssen zum Siege führen, aber Portugal ist unbedeutend auf der Liste der Handlanger des Imperialismus. Konfrontationen von revolutionärem Gewicht sind jene, die den gesamten imperialistischen Apparat herausfordern, aber deshalb dürfen wir niemals aufhören, für die Befreiung der drei portugiesischen Kolonien und für die Vertiefung ihrer revolutionen Weiterentwicklung zu kämpfen. Sobald die schwarzen Massen Südafrikas oder Rhodesiens ihren echten revolutionären Kampf begonnen haben werden, wird in Afrika eine neue Epoche begonnen haben; oder auch, wenn die verelendeten Massen zur Aktion schreiten, um den herrschenden Oligarchien ihr Recht auf ein würdiges Leben zu entreißen.

Bis heute folgt nur ein Staatsstreich dem anderen, wobei eine Offiziersgruppe eine andere oder einen Herrscher ersetzt, wenn diese nicht mehr den Kasteninteressen oder den Interessen der Mächte dienen, die sie kontrollieren; aber es gibt keine Bewegungen des Volkes. Im Kongo hat die Erinnerung an Lumumba vorübergehend deren Kennzeichen belebt;

in den letzten Monaten haben sie jedoch ihre Kraft verloren.
In Asien ist die Situation explosiv, wie wir gesehen haben, und die Spannungspunkte finden sich nicht nur in Vietnam oder in Laos, wo gekämpft wird. Gleichermaßen finden sie sich in Kambodscha, wo jederzeit die direkte amerikanische Aggression beginnen kann, wie auch in Thailand, in Malaysia, und offensichtlich in Indonesien, wo wir uns nicht vorstellen können, daß das letzte Wort bereits gesprochen sein soll, trotz der Vernichtung der kommunistischen Partei dieses Landes, als die Reaktionäre die Macht übernahmen. Und dann gibt es auch den Nahen Osten.

In Lateinamerika kämpft man bewaffnet in Guatemala, in Kolumbien, in Venezuela und in Bolivien, und die ersten Anzeichen zeigen sich bereits in Brasilien. Es gibt noch weitere Zentren des Widerstandes, die auftreten und wieder verschwinden. Aber fast alle Länder dieses Kontinents sind reif für einen ähnlichen Kampf, dessen siegreicher Ausgang mindestens die Entstehung einer Regierung von sozialistischer Tendenz voraussetzt.
Auf diesem Kontinent spricht man praktisch nur eine gemeinsame Sprache, außer in Brasilien, dessen Bevölkerung jedoch aufgrund der Verwandtschaft der beiden Sprachen den spanisch sprechenden Völkern zugeordnet werden kann. Zwischen den Klassen dieser Länder besteht eine so große Identität, daß sie zu einer Identifikation „international amerikanischen" Charakters gelangen, vollständiger als auf anderen Kontinenten. Sprache, Sitten, Religion, dieselbe Herrschaftsschicht sind die Faktoren, die sie vereinigen. Grad und Formen der Ausbeutung sind in Bezug auf ihre Auswirkungen identisch, sowohl für die Ausbeuter als auch für die Ausgebeuteten der meisten Länder unseres Amerika. Und die Rebellion reift in beschleunigtem Rhythmus heran.
Wir können uns fragen: wie wird diese Rebellion Früchte tragen? Welche Form wird sie annehmen? Wir haben seit langem die Ansicht vertreten, daß der Kampf in Amerika angesichts der Gleichartigkeit der Kennzeichen in seinem Verlauf kontinentale Dimensionen annehmen wird. Amerika wird Schauplatz zahlreicher großer Schlachten sein, die die Menschheit um ihre Befreiung kämpfen wird.
Im Rahmen dieses Kampfes von kontinentalem Ausmaß sind die Kämpfe, die zur Zeit aktiv durchgeführt werden, nur Episoden, aber sie haben bereits Märtyrer hervorgebracht, die in der amerikanischen Geschichte ihren Platz einnehmen werden, weil sie ihr Leben gegeben haben in jenem notwendigen letzten Stadium des Kampfes um die volle Freiheit des Menschen. Dazu gehören die Namen Turcios Lima, Pater

Camilo Torres, Fabricio Ojeda, Lobatón und Luis de la Puente Uceda, Führer der revolutionären Bewegungen Guatemalas, Kolumbiens, Venezuelas und Perus.

Aber die aktive Mobilisierung des Volkes bringt neue Führer hervor; César Montes und Yon Sosa in Guatemala, Fabio Vázquez und Marulanda in Kolumbien, Douglas Bravo im Westen und Américo Martín in den Bergen Venezuelas.

Neue Kriegsgebiete entstehen in diesen und in anderen amerikanischen Ländern, wie es bereits in Bolivien der Fall ist, und sie vergrößern sich mehr und mehr mit all den Gefahren, die der gefährliche Beruf des modernen Revolutionärs mit sich bringt. Viele werden als Opfer ihrer Irrtümer sterben, andere werden in dem harten Kampf fallen, der bevorsteht; neue Kämpfer und neue Führer werden in der Glut des revolutionären Kampfes emporsteigen. Schritt für Schritt bringt das Volk selbst seine Kämpfer und seine Führer im Auswahlprozeß des Krieges hervor, und die Agenten der amerikanischen Repression werden sich vervielfachen. Heute gibt es bereits Berater in allen Ländern, in denen der bewaffnete Kampf herrscht; die peruanische Armee hat anscheinend mit Erfolg einen Feldzug gegen die Revolutionäre dieses Landes geführt, angeleitet und ausgebildet von den Yankees. Wenn aber die Guerillazentren mit ausreichender politischer und militärischer Intelligenz geführt werden, werden sie unschlagbar werden und neue Verstärkungen der Yankees notwendig machen. In Peru selbst reorganisieren neue noch unbekannte Kräfte mit Hartnäckigkeit und Festigkeit den Guerillakrieg. Schritt für Schritt weichen die veralteten Waffen, die ausreichten, um kleine bewaffnete Banden zu unterdrücken, modernen Waffen; die Beratergruppen werden durch amerikanische Soldaten ersetzt, bis sie sich in einem bestimmten Augenblick gezwungen sehen, wachsende Zahlen regulärer Truppen zu entsenden, um die relative Stabilität einer Macht zu sichern, deren nationale Marionettenarmee unter den Schlägen der Guerilla zerbricht. Das ist der Kurs, den Vietnam eingeschlagen hat; das ist der Weg, dem die Völker folgen müssen; das ist der Weg, dem Amerika folgt, mit dem besonderen Kennzeichen, daß die bewaffneten Gruppen Koordinationsräte werden bilden können, um die Unterdrükkung durch den Yankeeimperialismus zu erschweren und die eigene Sache zu erleichtern.

Amerika, der von den jüngsten politischen Befreiungskämpfen vergessene Kontinent, der beginnt, sich bei der Tricontinentale durch die Stimme der Vorhut seiner Völker vernehmlich zu machen — durch die kubanische Revolution — wird noch eine weitaus wichtigere Entlastungsaufgabe vor sich haben: ein zweites oder drittes Vietnam zu schaffen.

Definitiv muß man die Tatsache berücksichtigen, daß der Imperialismus ein globales System ist, die höchste Stufe des Kapitalismus, und daß er in einer großen globalen Auseinandersetzung bekämpft werden muß. Das strategische Ziel dieses Kampfes muß die Vernichtung des Imperialismus sein. Die Rolle, die uns dabei verbleibt, uns, den Ausgebeuteten und Unterentwickelten der Welt, lautet, die Unterstützungsbasen des Imperialismus auszuschalten: unsere unterdrückten Länder, aus denen sie Kapital, Rohstoffe, Techniker und billige Arbeitskräfte beziehen und in die sie aufs Neue Kapital — Herrschaftsinstrumente — exportieren, Waffen und alle Sorten von Waren, und uns damit einer absoluten Abhängigkeit unterwerfen.

Das grundlegende Element dieses strategischen Ziels wird also die wirkliche Befreiung der Völker sein; die Befreiung, die sich in den meisten Fällen durch den bewaffneten Kampf vollziehen wird, und der in Amerika unausweichlich die Kennzeichen einer sozialistischen Revolution aufweisen wird.

Um die Vernichtung des Imperialismus ins Auge zu fassen, genügt es, seinen Kopf zu identifizieren, der nichts anderes ist als die Vereinigten Staaten von Amerika.

Wir haben eine Aufgabe allgemeinen Charakters zu erfüllen, deren taktisches Ziel darin besteht, dem Feind sein Element zu rauben, ihn zum Kampf in einer Umgebung zu zwingen, in dem seine Lebensgewohnheiten in Widerspruch zu dem ihn umgebenden Milieu stehen. Man darf den Gegner nicht unterschätzen; der amerikanische Soldat hat technische Fähigkeiten und er genießt die Unterstützung einer derartigen Skala von Mitteln, daß er gefährlich wird. Im Wesentlichen fehlt ihm die ideologische Motivation, die seine verhaßten Rivalen von heute in sehr hohem Maße besitzen: die vietnamesischen Soldaten. Wir können über diese Armee nur in dem Maße triumphieren, in dem es uns gelingt, ihre Moral zu untergraben. Und diese Moral wird untergraben, sobald man dieser Armee Niederlagen zufügt und ihr wiederholt Verluste beibringt.

Aber dieses hübsche Bild künftiger Siege impliziert von seiten des Volkes ungeheure Opfer, Opfer, die ab heute offen gefordert werden müssen, und die vielleicht weniger schmerzhaft sein werden als diejenigen, die wir erdulden müßten, wenn wir ständig dem Kampf auswichen, um uns die Kastanien von anderen aus dem Feuer holen zu lassen.

Offensichtlich wird das letzte Land, das sich befreit, dies ohne bewaffneten Kampf tun können, und ohne die Leiden eines langen und grausamen Krieges, wie sie die Imperialisten verursachen werden. Aber vielleicht wird man diesem Kampf oder seinen Konsequenzen in einem

Weltkonflikt nicht ausweichen können, in dem man genauso leiden wird oder noch mehr. Wir können die Zukunft nicht voraussagen, aber wir dürfen niemals der Versuchung nachgeben, die Bannerträger eines auf Befreiung hoffenden Volkes zu sein, das sich jedoch des durch diese Befreiung implizierten Kampfes enthält und den Sieg wie ein Bettler erwartet.

Es ist völlig gerechtfertigt, jedes nutzlose Opfer zu vermeiden. Deshalb ist es so wichtig, die effektiven Möglichkeiten zu beleuchten, über die das abhängige Amerika verfügt, um sich durch gewaltlose Mittel zu befreien. Die Antwort auf diese Frage ist für uns klar und eindeutig; der gegenwärtige Moment kann der richtige sein oder auch nicht, um den Kampf zu entfesseln, aber wir können uns nicht der Illusion hingeben — und zu dieser Illusion haben wir auch nicht das Recht — wir könnten uns die Freiheit kampflos erobern. Und diese Kämpfe werden keine einfachen Straßenschlachten sein, Steine gegen Tränengas, oder allgemeine friedliche Generalstreiks; und es wird auch nicht der Kampf eines wütenden Volkes sein, das in zwei oder drei Tagen das Unterdrückungsinstrumentarium der herrschenden Oligarchien zerschlägt; es wird ein langer Kampf sein, ein blutiger, erbitterter Kampf, dessen Front in den Unterschlupfen der Guerillas zu finden sein wird, in den Städten, in den Wohnungen der Kämpfer, wo die Unterdrückung leichte Opfer inmitten der Angehörigen suchen wird, bei der hingemetzelten Landbevölkerung, in den von feindlichen Bomben zerstörten Dörfern und Städten.

Man hat uns diesen Kampf aufgezwungen; es bleibt uns keine andere Wahl, als ihn vorzubereiten und uns zu entschließen, ihn zu führen. Der Anfang ist nicht leicht. Er wird überaus schwierig sein. Sämtliche Möglichkeiten der Unterdrückung, alle Brutalität und Demagogie der Oligarchien werden eingesetzt werden. Unsere Aufgabe wird sich in der ersten Zeit darauf beschränken, zu überleben, dann: zu handeln, das ständige Beispiel der Guerilla zu geben, die die bewaffnete Propaganda verwirklicht, entsprechend dem vietnamesischen Gebrauch dieses Begriffs.

Die große Lehre der Unbesiegbarkeit der Guerillas wird die Massen der Enteigneten durchdringen. Die Mobilisierung des nationalen Bewußtseins, die Vorbereitung auf sehr schwierige Aufgaben, um der gewalttätigsten Unterdrückung zu widerstehen. Der Haß als Faktor des Kampfes; der intransigente Haß auf den Feind, der die natürlichen Grenzen des menschlichen Wesens überschreitet und es in eine wirkungsvolle, gewalttätige, selektive und kalte Tötungsmaschine verwandelt. Unsere

Soldaten müssen so sein; ein Volk ohne Haß wird über einen brutalen Feind nicht siegen.
Der Krieg muß so geführt werden, wie der Feind ihn führt: bei ihm, an den Orten, an denen er sich vergnügt; er muß total geführt werden. Man darf ihm keine Minute der Ruhe gönnen, keine Minute der Entspannung außerhalb der Kasernen, und auch darinnen nicht; man muß ihn angreifen, wo man ihn findet; damit er das Gefühl eines gejagten Tieres hat, wo immer er sich befindet. Dann wird er Schritt für Schritt seine Moral einbüßen. Er wird noch bestialischer werden, aber man wird an ihm die Zeichen des Verfalls entdecken.
Und man muß einen echten proletarischen Internationalismus entwikkeln; mit internationalen proletarischen Armeen, bei denen die Fahne, unter der man kämpft, zur heiligen Sache der Wiedergewinnung der Menschlichkeit wird, damit der Tod für die Sache Vietnams, Venezuelas, Guatemalas, Laos, Guineas, Kolumbiens, Boliviens, Brasiliens, um nur die aktuellen Schauplätze des bewaffneten Kampfes zu nennen, für Amerikaner, Asiaten, Afrikaner und selbst für Europäer gleichermaßen ruhmreich und wünschenswert wird.
Jeder Blutstropfen, der in einem Land vergossen wird, dessen Fahne nicht die des eigenen ist, bildet eine Erfahrung, die denjenigen belohnt, der sie überlebt, um sie dann im Kampf um die Befreiung seines eigenen Landes einzusetzen. Und jedes Volk, das sich befreit, ist eine gewonnene Etappe im Kampf um die Befreiung des eigenen Volkes.
Es ist an der Zeit, unsere Differenzen zurückzustellen und alles in den Dienst des Kampfes zu stellen.
Daß die um Freiheit kämpfende Welt von großen Debatten bewegt wird, wissen wir alle und brauchen es nicht zu verharmlosen. Daß diese Diskussionen eine Form und eine Schärfe angenommen haben, die den Dialog und die Versöhnung überaus schwierig, wenn nicht gar unmöglich erscheinen lassen, wissen wir auch. Methoden zu suchen, um einen Dialog zu beginnen, den die Gegner ablehnen, ist nutzlos. Aber der Feind existiert; er schlägt jeden Tag zu und bedroht uns mit neuen Schlägen; und diese Schläge werden uns heute, morgen oder übermorgen vereinen. Diejenigen, die die Notwendigkeit spüren und sich auf diese notwendige Einheit vorbereiten, werden von den Völkern anerkannt werden. Angesichts der Schärfe und der Intransigenz, mit denen jedes Interesse verteidigt wird, können wir anderen, wir Enteigneten, nicht für die eine oder andere Form des Ausdrucks der Verschiedenheiten Partei ergreifen, selbst wenn wir mit bestimmten Positionen der einen oder anderen Partei einverstanden sind, oder mehr mit der einen als mit der anderen Partei. Im Augenblick des Kampfes bildet die Form, die diese

Verschiedenheiten annehmen, eine Schwäche; aber sie in dem Zustand, in dem sie sich befinden, mit Worten ausgleichen zu wollen, ist eine Illusion. Die Geschichte wird darüber entscheiden, welche Position entkräftet, welche bestätigt wird.

In unserer kämpfenden Welt muß jede Verschiedenheit, die sich auf die Taktik, auf die Aktionsweisen zur Erreichung begrenzter Ziele bezieht, mit dem nötigen Respekt für die Einschätzungen anderer analysiert werden. Was das große strategische Ziel angeht, die vollständige Vernichtung des Imperialismus durch den Kampf, müssen wir unerbittlich sein.

Fassen wir unsere Hoffnungen auf den Sieg noch einmal zusammen: Vernichtung des Imperialismus durch Ausschaltung seiner stärksten Bastion: die imperialistische Herrschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Als taktische Aufgabe die schrittweise Befreiung der Völker behandeln, einzeln oder in Gruppen, den Feind zu der Aufrechterhaltung eines schwierigen Kampfes auf fremdem Gebiet zwingen; seine Stützpunkte, die abhängigen Gebiete, liquidieren.

Das bedeutet einen langen Krieg. Und — wir wiederholen es noch einmal — einen grausamen Krieg. Darüber sollte sich niemand hinwegtäuschen, wenn es darum geht, ihn auszulösen; und niemand sollte, aus Furcht vor den möglichen Konsequenzen für sein Volk, zögern, ihn auszulösen. Der Krieg bildet fast die einzige Hoffnung auf den Sieg.

Wir können der Forderung des Augenblicks nicht ausweichen. Das lehrt uns Vietnam mit seinem ständigen Heroismus, mit seiner Tragik und der täglichen Lektion des Kampfes und des Krieges um den schließlichen Sieg.

In Vietnam lernen die Soldaten des Imperialismus die Lage dessen kennen, der mit einem Lebensstandard wie dem amerikanischen einem feindlichen Land gegenüberstehen muß; die Unsicherheit dessen, der keinen Schritt tun kann, ohne zu fühlen, daß er sich in einem feindlichen Land befindet; den Tod derer, die sich aus ihren befestigten Stützpunkten herauswagen; die ständige Feindseligkeit der gesamten Bevölkerung. All das hat Rückwirkungen auf das innere Leben der Vereinigten Staaten, und läßt einen Faktor an Bedeutung gewinnen, der die Kraft des Imperialismus schwächt: der Klassenkampf auf seinem eigenen Gebiet.

Wie nahe und leuchtend wäre die Zukunft, wenn auf der Erde zwei, drei oder noch mehr Vietnams entstünden, mit ihrem Tod und ihren ungeheuren Tragödien, mit ihrem täglichen Heroismus, mit ihren wiederholten Schlägen gegen den Imperialismus, mit ihrem Druck auf diesen, seine Kräfte zu zersplittern, unter dem Ansturm des wachsenden Hasses aller Völker der Welt!

Und wenn wir uns alle vereinigen könnten, um härtere und nachhaltigere Schläge zu führen, damit die unterschiedliche Hilfe an die Völker noch wirksamer würde, wie groß und wie nahe wäre die Zukunft!
Wenn wir auf einem kleinen Flecken der Weltkarte die Pflicht erfüllen, die von uns fordert, das wenige, was uns zu geben erlaubt ist, in den Dienst dieses Kampfes zu stellen: unser Leben, unsere Opfer — dann kann es eines Tages geschehen, daß wir auf eigenem Gebiet den letzten Atemzug tun, auf einem Boden, den wir mit unserem Blut durchtränkt haben. Der Umfang unserer Möglichkeiten ist beschränkt; wir betrachten uns nur als Teile der großen Armee des Proletariats; aber wir sind stolz, daß wir von der kubanischen Revolution und ihrem großen Führer gelernt haben, was sich aus seiner Haltung in diesem Teil der Welt ergibt: „Was bedeuten die Gefahren oder Opfer eines einzelnen oder eines Volkes, wenn es um das Schicksal der Menschheit geht."
Unser gesamtes Vorgehen ist ein Aufruf zum Krieg gegen den Yankee-Imperialismus und ein Ruf nach Einheit der Völker gegenüber dem großen Feind des Menschengeschlechts: den Vereinigten Staaten von Nordamerika.
Wo immer der Tod uns überrascht: er soll willkommen sein, wenn unser Aufruf zum Krieg auch nur ein williges Ohr erreicht hat, wenn eine andere Hand nach unserer Waffe greift, und wenn andere Menschen bereit sind, im Rattern der Maschinengewehre erneut zu Kampf und Sieg aufzurufen.
(Der ungekürzte Text dieses Briefes ist, zusammen mit einer Rede Fidel Castros vom 13. 3. 67, im Münchener Tricont-Verlag erschienen.)

Horst Stemmler/Walmot Falkenberg

# Der Konflikt im Nahen Osten (I)

„Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen."
(Theodor Herzl, Eine Lösung der Judenfrage, 1895)

„Last week a tiny Western Community, surrounded by immensely superior numbers of the underdeveloped peoples, has shown itself able to impose its will on the Arabs of today almost as effortlessly as the first whites were able to do on the Afro-Asian natives in the imperial heyday *)."
(Sunday Telegraph, 10. Juni 1967)

Seit dem Ende des 2. Weltkriegs hat sich die politische und soziale Struktur des Nahen Ostens und zugleich seine Stellung im System der internationalen ökonomischen und politischen Beziehungen entscheidend verändert. Die militärstrategische Lage und der Ölreichtum dieses Gebietes erklären dessen besondere Bedeutung für die Politik der Großmächte. Die Entschlossenheit des Westens, seine imperialistischen Positionen zu behaupten, hatte zur Folge, daß durch jeden relevanten Ansatz innerarabischer Machtverschiebungen internationale politische Konflikte und militärische Interventionen ausgelöst wurden.
Da die Herrschaftsverhältnisse und die sozialen Privilegien der Oligarchien in den traditionalistischen arabischen Ländern wesentlich ab-

*) „In der letzten Woche hat sich eine winzige westliche Gemeinschaft, eingekreist von zahlenmäßig ungeheuer überlegenen Massen unterentwickelter Völker, fähig gezeigt, den Arabern von heute ihren Willen fast ebenso mühelos aufzuzwingen, wie es den ersten Weißen gegenüber den afro-asiatischen Eingeborenen in der Blütezeit des britischen Imperiums gelungen ist."

hängen von der engen ökonomischen und politischen Kooperation und Kollaboration der dort etablierten Regimes mit den USA und Westeuropa, müssen die Konflikte zwischen den Westmächten und jenen arabischen Regierungen, die immer stärker auf antiimperialistischen Kurs gedrängt werden, sich in den Beziehungen zwischen den beiden arabischen Lagern, wenn auch in veränderter Gestalt, reproduzieren. Die von den führenden republikanischen Staaten ausgehende Forderung nach Einheit der arabischen Welt ist Ausdruck der Notwendigkeit, politische und ökonomische Bedingungen herzustellen, unter denen die sozioökonomische Entwicklung der arabischen Länder vorangetrieben werden kann: dadurch nämlich, daß die — vorwiegend traditionalistisch-feudalen — Regimes der erdölproduzierenden Länder einerseits unter Druck gesetzt werden, sich einer gemeinsamen antiimperialistischen Front anzuschließen (wozu sie in bestimmten Konfliktfällen auch gezwungen sind), und andererseits bekämpft werden als Garanten der Sozialsysteme, in denen die nahezu ausschließlich parasitäre Verwendung der vorhandenen Ressourcen die Entwicklung der produktiven Kräfte im eigenen Land wie in der ganzen arabischen Region weitgehend blockiert und so die ökonomische Unterprivilegierung der erdölarmen arabischen Länder perpetuieren hilft. Dieser Widerspruch zwischen der Strategie der arabischen Aktionseinheit im antiimperialistischen Kampf und dem Zwang zur Führung eines regionalen arabischen Kampfes zwischen den ökonomisch unterprivilegierten Ländern und den Regimes ökonomisch privilegierter (und von den Westmächten direkt abhängiger) Länder wird überdeckt durch die gemeinsame Frontstellung gegen Israel, der sich bislang keine arabische Regierung, mit Ausnahme der Tunesiens, entziehen konnte.

Israel war infolge der ökonomischen und sozialen Implikationen der zionistischen Besiedlung Palästinas von Anfang an ein Konfliktfaktor im Nahen Osten. Am sichtbarsten dokumentieren das seit 20 Jahren die arabischen Flüchtlingslager jenseits der Grenzen. Der zunächst lokale arabisch-israelische Konflikt mußte aber notwendig in dem Maße einem Funktionswandel unterliegen, in dem die Interessen der ehemaligen Kolonialmächte mit Emanzipationsbestrebungen einzelner arabischer Regierungen kollidierten.

Hat der Einfluß der Westmächte auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der arabischen Welt seine festeste ökonomische und soziale Basis generell in den erdölproduzierenden Ländern, so muß dieser Einfluß, damit diese Basis ungeschwächt erhalten werden kann, zugleich gegen eine Gefährdung seitens der militanten republikanischen Regimes verteidigt werden. Deren weitgehend bonapartistischer Charakter be-

stimmt entscheidend die Formen und inhaltlichen Beschränkungen ihres Emanzipationskampfes. Primär mit nationalistischen Parolen müssen sie die Massen im Rahmen einer formalen, bei substantiellen Interessenwidersprüchen erzwungenen Einheit der arabischen Welt mobilisieren, um imperialistischen Interventionen und (meist von westlichen Geheimdiensten gelenkten) reaktionären Putschversuchen Widerstand entgegensetzen zu können; die Auseinandersetzungen mit den politisch wie ökonomisch mit den Westmächten Kollaborierenden lassen sich unter diesen Bedingungen dann nur noch mit einer modernen Militärmaschine (gegen Feisal und die mit seinem und amerikanischem Geld gekauften Bergstämme im Jemen) oder mit chauvinistischen Terrorbanden (gegen Hussein und seine Söldnertruppen), nicht aber als sozialrevolutionäre Befreiungskämpfe führen.

Israel, das seine ökonomischen und politischen Beziehungen zu Westeuropa und den USA mit dem Ergebnis einer außerordentlich raschen Hebung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus ausbaute, fungiert inmitten der arabischen Welt als zweiter Garant jener formalen arabischen Einheit. Aber Israels Politik schützt westliche Interessen nicht nur indirekt dadurch, daß sie infolge nur unzureichender Anstrengungen zur Lösung des Flüchtlingsproblems bei gegebenem Niveauunterschied der sozioökonomischen Entwicklung den arabischen Chauvinismus permanent stabilisieren und so die innerarabischen sozialen Auseinandersetzungen abschwächen hilft; sondern zugleich durch periodische, als Vergeltungsaktionen für arabische Terroranschläge deklarierte maßlose militärische Aktionen, die in konkreten Fällen auch direkt der Durchsetzung unmittelbar imperialer Interessen der Westmächte dienen. Mit der Verschärfung der ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen den Westmächten und den bonapartistischen arabischen Regimes gewinnt der ursprünglich lokale arabisch-israelische Konflikt den Charakter eines chauvinistisch verbogenen antiimperialistischen Kampfes.

Diese partielle Reduktion der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus auf einen politisch-militärischen Konflikt mit Israel behindert entscheidend die notwendige sozioökonomische Emanzipation des Nahen Ostens, die in den arabischen Ländern selbst durch politische, ökonomische, soziale und militärische Kämpfe auf allen Ebenen und gegen imperialistische Interventionen erzwungen werden muß. Nicht weniger behindert die abenteuerliche und provokative arabische Israelpolitik die Entfaltung der innerisraelischen sozialen Widersprüche; ja sie trägt wesentlich zur Entstehung der Bedingungen aggressiver und interventionistischer Militäraktionen Israels bei, indem sie die israelische Bevölkerung politisch an die herrschenden Machteliten bindet.

## Die jüdische Besiedlung Palästinas

Noch immer ist die permanente Krise im Nahen Osten, obwohl sie nicht mehr aus dem weltweiten Konfliktzusammenhang herausgelöst werden kann, entscheidend mitbestimmt durch die Geschichte der jüdischen Besiedlung Palästinas.

Solange nur eine geringe Zahl jüdischer Immigranten sich in Palästina ansiedelte, kam es nicht zu nennenswerten Spannungen zwischen Juden und Arabern. Diese entstanden erst, als die kontinuierliche Zunahme jüdischer Einwanderung nach dem 1. Weltkrieg langsam den Charakter einer systematischen Kolonisation Palästinas anzunehmen begann.

Angesichts des niedrigen Entwicklungsniveaus der palästinensischen Wirtschaft war die Integration der aus Europa kommenden Einwanderer in das bestehende Sozialsystem bald nahezu ausgeschlossen. Der chronischen Unterbeschäftigung entsprach ein äußerst niedriges Lohnniveau, das zwar den arabischen Arbeitern und Bauern die Reproduktion des gewohnten Lebens ermöglichte, für die neueingewanderten Juden hingegen die Befriedigung ihrer an europäischen Standards orientierten sozialen und kulturellen Ansprüche nicht hinreichend sichern konnte. Die einzige Möglichkeit ihrer Beschäftigung unter angemessenen Lohnbedingungen sahen die Einwanderer darin, einen eigenen, gegenüber der arabischen Bevölkerung weitestgehend abgeschlossenen Produktions- und Distributionszusammenhang herzustellen: jüdische Betriebe sollten nur jüdische Arbeitskräfte beschäftigen, während die Produkte dieser Betriebe gegenüber den von Arabern angebotenen billigeren Waren den Vorrang haben sollten.

Die Aufgabe, diesen Mechanismus, auch gegenüber jüdischen Unternehmen, durchzusetzen und zu stabilisieren, übernahm der 1920 gegründete jüdische Gewerkschaftsbund Histadruth, dem nicht allein keine arabischen Arbeiter beitreten konnten, sondern der zudem einen Zwangsbeitrag zugunsten eines Fonds erhob, der die Aussperrung arabischer Arbeiter und den Boykott arabischer Waren ermöglichte. Dementsprechend gab es 1948 in Tel Aviv unter den inzwischen 300 000 Einwohnern noch immer keinen einzigen Araber, und ebensowenig hatte die gesamte Kibbuzbewegung auch nur ein einziges arabisches Mitglied aufgenommen [1]).

Im Gegensatz zur traditionellen Praxis der europäischen Kolonialmächte und derjenigen Kolonisation unentwickelter Gebiete durch europäische

[1]) Cf. T. Cliff, The Struggle in the Middle East, International Socialism Pamphlet, London 1967, S. 1.

Emigranten, die die einheimische Bevölkerung einem kolonialen Ausbeutungs- und Herrschaftssystem unterwarf, vollzog sich die jüdische Besiedlung Palästinas in der Form einer partiellen Verdrängung der arabischen Bevölkerung (durch Ankauf des Bodens von Großgrundbesitzern) und deren weitgehenden Ausschluß vom separat entstehenden sozialen System der eingewanderten Minderheit.
Da in diesem Konkurrenzkampf die jüdischen Immigranten wegen ihrer finanziellen Unterstützung aus dem Ausland und wegen der differenzierteren Qualifikationsstruktur ihres Arbeitskräftepotentials die sehr viel bessere Ausgangsposition hatten, ließ die nach 1933 sprunghaft zunehmende Einwanderung die Araber auch in Palästina immer nachdrücklicher die Errichtung eines unabhängigen arabischen Staates fordern[2]). Kategorisch verlangten sie von der britischen Mandatsverwaltung zumindest die Festsetzung von Einwanderungsquoten. Dieser Forderung wurde dann zwar stattgegeben; die Einwanderungsbeschränkung konnte jedoch durch organisierte illegale Immigration teilweise umgangen werden.

## Die zionistische Konzeption

Die Politik der zionistischen Organisationen reagierte durchaus auf die innerpalästinensischen wie weltpolitischen Veränderungen, die für die jüdische Besiedlung Palästinas von Bedeutung waren. Im Ansatz ist sie jedoch dieselbe geblieben. Herzl, der Begründer des politischen Zionismus, suchte die Unterstützung des türkischen Sultans und des deutschen Kaisers. Aufgrund der internationalen Machtverschiebungen durch den 1. Weltkrieg richteten sich die Bemühungen des Zionismus auf die britische Regierung, deren koloniale Interessen im Nahen Osten nicht in Widerspruch standen zu der Bereitschaft, „die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk“[3]) zu unterstützen.
Unter der ‚nationalen Heimstätte‘ wurde nicht von vornherein ein pri-

[2]) Schon während des 1. Weltkrieges hatte Großbritannien die Befreiung der ostarabischen Länder von osmanischer Herrschaft und ihre volle Unabhängigkeit als Gegenleistung für ein arabisches Engagement auf der Seite der Entente zugesichert. Nach dem Kriege jedoch integrierten Großbritannien und Frankreich einen Teil dieser Region als Mandatsgebiete in ihr Kolonialsystem und setzten in dem restlichen Gebiet kollaborationswillige Monarchen ein. Daraufhin drangen nationalistische Bewegungen immer stärker auf die Gewährung der vollen Unabhängigkeit für alle arabische Staaten, einschließlich der Mandatsgebiete.

[3]) Aus der Erklärung, die der britische Außenminister Lord Balfour in Form eines Briefes an Lord Rothschild 1917 abgab.

mär von jüdischer Bevölkerung besiedeltes Gebiet unter der Kontrolle souveräner jüdischer Institutionen verstanden — auch innerhalb der zionistischen Bewegung nicht. Noch 1937 erklärte Ben-Gurion: „Für die Lösung des jüdischen Problems . . . ist es nicht notwendig, daß Palästina einen selbständigen Staat bildet[4])." Bis Anfang der 40er Jahre setzten einzelne Gruppen wie die ‚Aliyah Chadasha' und der ‚Brith Shalom' den Plänen einer Staatsgründung ohne entsprechende Vereinbarungen mit den Arabern Widerstand entgegen. Dieser Ansatz entsprach jedoch nicht den Implikationen der offiziellen Politik der ‚Jewish Agency'; Selbstverständnis und Praxis des politischen Zionismus fanden ihren adäquaten Ausdruck vielmehr in der Erklärung Ben-Gurions von 1937: „Wir werden nur zu glücklich sein, wenn das jüdische Nationalheim . . . ein Glied in einer großen Einheit werden würde, nämlich der englischen Völkergemeinschaft[5])."

Die zionistische Bewegung stand zu dieser Zeit vor der Aufgabe, gegen wachsenden arabischen Widerstand die Einwanderung einer zunehmenden Zahl von europäischen Flüchtlingen zu ermöglichen. Es stellt sich die Frage, ob nicht in der radikalen Abkehr von der bisherigen Siedlungspolitik der ‚Jewish Agency' die einzige Chance bestand, die Aufnahme der aus Europa vertriebenen Juden jedenfalls zu gewährleisten und zugleich die politischen und sozialen Verhältnisse zu verändern, die die Konflikte zwischen Arabern und Juden produzierten. Ben-Gurions Strategie, die auf die Kollaboration des Zionismus mit dem britischen Kolonialismus setzte, ist in doppelter Hinsicht gescheitert: sie konnte weder die britische Schaukelpolitik, die sich u. a. in der massiven Beschränkung der jüdischen Einwanderung äußerte, noch die Verschärfung der arabisch-jüdischen Auseinandersetzungen verhindern. Die Anpassung an die bestehenden Machtverhältnisse war von vornherein unvereinbar mit einer Vermittlung der Interessen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung. Um diese Vermittlung politisch einzuleiten, hätten allerdings hinreichend starke und entschlossene oppositionelle Kräfte den *gemeinsamen* Kampf von Juden und Arabern gegen die koloniale Abhängigkeit Palästinas initiieren müssen mit dem Ziel, auch die Segregation durch die soziale Emanzipation der Gesamtbevölkerung zu überwinden. Ansätze dazu sollen in der linkssozialistischen Kibbuzbewegung ‚Hashomer Hatza'ir', die sich 1948 parteipolitisch in der ‚Mapam' organi-

[4]) Cf. A. Schoenenbaum, Der Nahe Osten rückt näher, München 1957, S. 81.
[5]) Ibd.

sierte, vorhanden gewesen sein [6]).

Im Verlauf der zunehmend schärferen und seit 1935 fast permanenten Auseinandersetzungen zwischen beiden Bevölkerungsteilen mußte jedoch die jüdische Opposition gegen den politischen Kurs der ‚Jewish Agency' immer schwächer werden. Ausdruck der verfahrenen Situation waren die Existenz und die Tätigkeit legaler und illegaler bewaffneter Verteidigungs- und Terrororganisationen. Schon 1921 war die ‚Haganah' als zentral geleitete zionistische Geheimarmee gegründet worden, die nicht nur einen Großteil der jüdischen Bevölkerung militärisch ausbildete, sondern auch im Rahmen der Besiedlung wichtige zivile Aufgaben übernahm. Neu organisiert, beteiligte sich die ‚Haganah' — in dieser Form Vorläufer der Israelischen Armee — an der Niederschlagung eines Jahre währenden antibritischen und antijüdischen Aufstands der Araber, der 1936 begann, nachdem allein im Jahr zuvor 60 000 jüdische Einwanderer ins Land gekommen waren. Neben der illegalen ‚Haganah', jedoch zum größten Teil aus deren Mitgliedern rekrutiert, existierte eine offiziell anerkannte Hilfspolizei, die im Frühjahr 1939 21 000 Mitglieder zählte und faktisch eine legal bewaffnete jüdische Truppe war. Terroristische Gruppen, die als angemessene Strategie der Errichtung eines jüdischen Staates systematische Gewaltanwendung propagierten, richteten ihre Anschläge zunächst gegen die arabische Bevölkerung und später auch gegen die Mandatsverwaltung. Als entschiedenste und fanatischste Terrororganisation trat die ‚Stern'-Gruppe auf. Kaum weniger brutal agierte der ‚Irgun Zwa'i Le'umi', aus dem die rechtsradikale ‚Cherut'-Partei hervorging; deren „Führer" Menachem Beigin, der schon damals die konsequenteste annexionistische Politik vertrat, wurde drei Tage vor Beginn des 3. israelisch-arabischen Krieges zusammen mit einem der prominen-

[6]) Cf. F. Ansprenger, Der arabisch-israelische Konflikt, in: Merkur, Jg. 21/1967, Heft 232, S. 667—683, hier: S. 682. Gleichwohl hatte die Erklärung, die ein Vertreter des ‚Hashomer Hatza'ir', Epstein, 1944 — unter freilich dann schon veränderten Bedingungen, aber auch für diese Zeit nicht minder entlarvend — in einer Militärgerichtsverhandlung abgab, nicht gerade einen ausgeprägt antikolonialistischen Charakter: „Sie, die Sie aus England kommen, werden sicherlich die Schwierigkeiten und Gefahren einzuschätzen wissen, die mit der Entwicklung und Kolonisierung eines rückständigen Landes verbunden sind. Keine Kolonisierung in der Geschichte der Menschheit war möglich, ohne auf den Haß der Einheimischen zu stoßen. Es vergehen Jahre und manchmal Generationen, bis diese Menschen den Segen dieser Unternehmungen auch für ihre Zukunft schätzen und begreifen lernen. Aber das britische Volk schreckte nicht davor zurück, diese rückständigen Länder zu entwickeln, da Sie wußten, daß Sie dadurch eine historische und humane Mission erfüllten. Sie haben die besten Ihrer Söhne auf dem Altar des Fortschritts geopfert." Cf. T. Cliff, a. a. O.

ten alten ‚Haganah'-Kämpfer, Moshe Dayan, in das israelische Kriegskabinett aufgenommen.
Noch vor dem 2. Weltkrieg hatten sich Komplikationen im Verhältnis zu Großbritannien ergeben, da Einwanderung, Landkauf und Ansiedlung stark eingeschränkt worden waren. Diese Zugeständnisse der britischen Regierung an die Araber mußte die Tendenzen zur Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates verstärken und, insbesondere im Zusammenhang mit der Organisation der illegalen Einwanderung, zunehmend zu Konflikten mit der Mandatsverwaltung führen. Im 2. Weltkrieg wurden die Gegensätze zwar zurückgestellt, und palästinensische Juden kämpften auf der Seite der Alliierten. Am Ende des Krieges nahmen die zionistischen Organisationen die Auseinandersetzung mit der britischen Palästinapolitik jedoch sofort wieder auf, während die palästinensischen Araber ihrerseits, gemeinsam mit den umliegenden selbständigen arabischen Staaten, die Unabhängigkeit Palästinas erneut verlangten.

## Die Staatsgründung Israels

Verschiedene Vermittlungsversuche und Teilungspläne blieben erfolglos. Die UN-Vollversammlung nahm schließlich 1947 einen Teilungsplan an — nicht ohne daß die USA derart massiven Druck auf die Delegationen der unentschlossenen und ablehnenden Staaten ausgeübt hatten, daß der amerikanische Verteidigungsminister Forrestal zu dem Urteil kam: „Die Methoden ... grenzten an Skandal[7])." Starke Unterstützung erhielt dieser Teilungsplan auch von der Sowjetunion, die damals die Ansprüche der arabischen Bevölkerung noch nicht zur Kenntnis genommen hatte und vor allem an einer Schwächung des britischen Kolonialismus interessiert war.
Waren die Araber schon aus prinzipiellen Gründen nicht bereit, der Gründung eines jüdischen Staates zuzustimmen — nicht zuletzt deshalb, weil sie in ihm das Ergebnis einer unehrlichen, die arabischen Interessen systematisch verletzenden Politik der englischen Mandatsmacht sahen —, so wandten sie sich noch entschiedener gegen diesen Teilungsplan. Er sah vor, daß die jüdische Bevölkerung vor allem die fruchtbaren Gebiete des Landes erhalten sollte, die Araber hingegen zwar die Hälfte der Jordanebene, ansonsten aber überwiegend wenig fruchtbares und wasserarmes Bergland. Den Juden, in deren Besitz sich damals nur 6 % des

[7]) Zit. n. G. Knauss, Der Staat Israel, die Araber und die Bundesrepublik, in: Frankfurter Hefte, Jg. 15/1960, Heft 9, S. 609—619, hier: S. 618.

Bodens befanden, sollten 56 % der Fläche Palästinas zugesprochen werden, und 497 000 Araber (ein Drittel der arabischen Bevölkerung) hätten im jüdischen Teil unter der politischen Herrschaft einer knappen Majorität von 498 000 Juden leben sollen (vorausgesetzt, der übrige Teil der insgesamt 650 000 Juden wäre in dem den Arabern zugesprochenen Gebiet geblieben) [8]).

Einen Tag nach der Verkündung des Teilungsbeschlusses und dessen Annahme durch die ‚Jewish Agency' (am 29. 11. 1947) begannen Araber, unterstützt von der arabischen Befreiungsarmee Palästinas, jüdische Siedlungen anzugreifen. Sie wurden besiegt. Am 14. 5. 1948 wurde der Staat Israel proklamiert. Als tags darauf die britische Mandatsmacht das Land verließ, intervenierten Truppen der Arabischen Liga, die im März 1945 auf Vorschlag Edens gegründet worden war. Der Angriff der arabischen Streitkräfte, unterbrochen von Vermittlungsaktionen der Vereinten Nationen, wurde abgewehrt. Nach bilateralen Verhandlungen kamen Waffenstillstandsvereinbarungen zustande, zuerst mit Ägypten im Februar und zuletzt mit Syrien im Juli 1949. Friedensverhandlungen fanden nicht statt, da die Arabische Liga sich weigerte, den Staat Israel völkerrechtlich anzuerkennen.

**Die Flüchtlingsfrage**

Das noch immer nicht gelöste Problem der arabischen Flüchtlinge, die während der Kampfhandlungen zu Hunderttausenden das Land verließen, hat seinen Ursprung in dem Interessenkonflikt zwischen dem arabischen und dem jüdischen Bevölkerungsteil Palästinas; darin, daß die zionistische Kolonisation die ländlich feudalen Arbeitsformen ebensowenig wie die insgesamt rückständigen Lebensbedingungen der arabischen Bevölkerung in den Prozeß der ökonomisch-kulturellen Entwicklung einbezog. Hatte dieser soziale Konflikt — mit zunächst längeren Unterbrechungen — schon seit den 20er Jahren zunehmend die Form bürgerkriegsähnlicher bewaffneter Auseinandersetzungen angenommen, so mußten die unmittelbaren Fluchtmotive der Araber — und gleichermaßen das Verhalten auf jüdischer Seite — von der Rolle und den Erfahrungen in diesen Auseinandersetzungen wesentlich mitbestimmt sein. Sicher hat es Terroranschläge gegeben, wie das Massaker des ‚Irgun' in dem arabischen Dorf Deir Yassin, am 12. April 1948, dem die Ermordung fast aller Bewohner der jüdischen Siedlung Kfar Etzion durch arabische Freischärler am 13. Mai 1948 gegenübersteht. Sicher sind anderer-

[8]) Cf. ibd.

seits Araber von jüdischer Seite aufgefordert worden, in ihren Orten zu bleiben, wie in Haifa, nachdem die ‚Haganah' in Straßenkämpfen gesiegt hatte; daß die arabische Bevölkerung die Stadt dann doch verlassen hat, erklärt eine andere Quelle damit, daß ‚Irgun'-Mitglieder, verkleidet als Soldaten der Arabischen Legion, von Lautsprecherwagen aus die Parole verbreitet hätten: „Beeilt euch, die Stern-Gruppe kommt!" [9]) Sicher haben Panikmeldungen überhaupt, neben selbst erlebten jüdischen Terroraktionen auch die Furcht vor ihnen, eine nicht geringe Rolle gespielt. Darüber hinaus ist kein Aufruf einer arabischen Regierung oder einer anerkannten Autorität der Palästina-Araber bekannt, der zum Bleiben aufforderte; die israelische Regierung ihrerseits konfiszierte mittels Ausnahmegesetzen den Besitz geflohener Araber. Der französische jüdische Autor Roger Akriche jedenfalls hält es gegenwärtig „... nicht mehr für möglich zu glauben, die arabischen Einwohner Palästinas seien nur auf Anweisung ihrer Führer im Augenblick der Gründung des Staates Israel aus Israel geflohen. An der Quelle ihres Unglücks finden wir in der Mehrzahl der Fälle die Vertreibung durch die Israeli zu verschiedenen Zeitpunkten während des Krieges von 1947—49." [10])

Demgegenüber lautet die Gegenargumentation: „In vielen Fällen, wie zum Beispiel in Haifa, folgten die Araber den Befehlen ihrer Führer, die sie zum Verlassen ihrer Heimstätten aufgefordert hatten, damit sie nicht zu Opfern der bevorstehenden militärischen Operation gegen Israel würden. Diese Aufforderung wurde oft von der Drohung begleitet, daß jeder zurückbleibende Araber als Verräter angesehen würde. Das stärkste Motiv für die Massenflucht aber war die feste Überzeugung der Flüchtlinge, daß die Armeen der benachbarten arabischen Länder binnen weniger Tage die ‚Zionisten' ins Meer werfen und Palästina für seine arabischen Bewohner zurückerobern würden." [10a])

Daß sich innerhalb der Staatsgrenzen Israels 1949 nur noch rund 145 000 Araber aufhielten, während rund 550 000 in den Gazastreifen, nach Westjordanien, Syrien und in den Libanon geflohen waren, kam fraglos — auch unabhängig von der Schuldfrage — den Interessen Israels entgegen: der Zwang, diese große Gruppe von zumeist ökonomisch und kulturell Unterprivilegierten nun innerhalb des israelischen Staatsgebiets zumindest teilweise in den gesellschaftlichen Prozeß zu integrieren,

[9]) Cf. F. Ansprenger, a. a. O., S. 672.

[10]) Roger Akriche, Le problème des réfugiés — propositions pour la paix, in: Esprit, Paris (September) 1966, zit. n. F. Ansprenger, a. a. O., S. 673.

[10a]) W. Bretholz, Aufstand der Araber, München 1960, zit. n. B. Frei, Israel zwischen den Fronten, Wien-Frankfurt-Zürich 1965, S. 171 f.

hätte die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes außerordentlich verlangsamen müssen. So aber war der ehemals innerpalästinensische soziale Konflikt vermittels der Flüchtlingsfrage internationalisiert worden — mit dem Ergebnis, daß der wachsende Niveauunterschied der sozio-ökonomischen Entwicklung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern bis heute die feste Grundlage der politischen Auseinandersetzungen bildet.

Die israelische Regierung hat es bisher abgelehnt, einer Rückkehr der Flüchtlinge zuzustimmen; was unter den gegebenen ökonomischen und innen- wie außenpolitischen Bedingungen auch gar nicht anders denkbar ist. Das Argument allerdings, zwischen Israel und den arabischen Ländern habe gleichsam ein partieller Bevölkerungsaustausch stattgefunden, da Israel aus arabischen Ländern etwa ebensoviel jüdische Flüchtlinge aufgenommen habe, die niemals für ihr zurückgebliebenes Eigentum entschädigt worden seien — dieses Argument unterstellt fälschlich gleiche Voraussetzungen und gleiche Möglichkeiten der Integration von Flüchtlingen. Zudem hat Israel sich zum Einwanderungsland aller Juden proklamiert, und zionistische Organisationen arbeiten in vielen Ländern, um Juden zur Immigration zu bewegen. Möglich war diese Einwanderungspolitik nur aufgrund enorm hoher Zahlungen aus dem Ausland, die es dem Staat gestatteten, die erforderlichen infrastrukturellen Maßnahmen vorzunehmen.

Wie sehr sich die sozioökonomischen Voraussetzungen der Eingliederung unterscheiden, kann hier nur angedeutet werden.

Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung betrug 1964 in Ägypten £ 51, in Jordanien £ 80 und in Israel £ 488[11]). 1960 waren von den 7,8 Mill. Erwerbspersonen Ägyptens 4,4 Mill. (56 %) in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt[12]), in Israel waren es 17 % der Erwerbspersonen[13]). In Syrien leben rund 70 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft, in Jordanien 50 %[14]). Nur 4 % der Fläche Ägyptens können landwirtschaftlich genutzt werden; die Bevölkerung ist daher im Niltal konzentriert[15]). Der industrielle Beitrag zum Volkseinkommen betrug 1961 in Ägypten 22 %, 1964 in Syrien 13 % und in Israel 27 %[16]). Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten beträgt in Syrien 350 000 — vorwiegend in Kleinbetrieben (Herstellung von Ge-

[11]) Cf. The Economist, 10. 6. 1967.
[12]) Cf. FAZ, Nr. 130, 8. 6. 1967.
[13]) Cf. Statistical Abstract of Israel, Nr. 16/1965, Jerusalem 1965, S. 306.
[14]) Cf. FAZ, Nr. 130, 8. 6. 1967.
[15]) Cf. ibd.
[16]) Cf. United Nations, Statistical Yearbook 1965, New York 1966, S. 539 ff.

brauchsartikeln), daneben in wenigen größeren Betrieben der Textil- und Nahrungsmittelindustrie. Jordanien, neben Syrien das ärmste der arabischen Länder, lebte bisher vor allem vom Tourismus; der Anteil der gewerblichen Wirtschaft am Bruttosozialprodukt beträgt 13 %, Industrie gibt es kaum. In Ägypten waren 1960 zwei Drittel der insgesamt 700 000 Industriearbeiter in der stark konzentrierten Textil- und in der Nahrungsmittelindustrie beschäftigt, die 60 % der Industrieanlagen umfaßten [17]).

Die hohen Arbeitslosenziffern, vor allem Syriens und Jordaniens, verstärken dann nur noch den Eindruck, daß unter derartigen ökonomischen Bedingungen die materiellen Voraussetzungen einer Integration der arabischen Flüchtlinge in Jordanien, Ägypten und Syrien kaum gegeben sind, abgesehen von der Tatsache, daß der größere Teil eben nicht mehr in Lagern lebt, gleichwohl aber noch zu den Empfängern von Lebensmittelrationen der UNRWA [18]) zählt [19]). Die Beschäftigtenstruktur dieser Länder ist der Ausdruck ihrer relativ wenig fortgeschrittenen Industrialisierung und zugleich ihrer rückständigen Produktionsweise in der Landwirtschaft. Zusätzliche Arbeitsplätze können auf diesem Entwicklungsniveau nur beschränkt aus eigenen Mitteln geschaffen werden, da die Kapitalbildung nicht ausreicht, um industrielle Investitionen und Infrastrukturprogramme hinreichend zu ermöglichen. Andererseits müssen unter den gegebenen Bedingungen Maßnahmen zur Rationalisierung der bestehenden Produktionsformen — etwa in der Landwirtschaft, wo die größten Differenzen zu Israel bestehen — teilweise unterbleiben, da sie ihrerseits Arbeitskräfte freisetzen würden. Die Chance, diesen Zusammenhang bei gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen mit dem politischen Konzept der ‚Revolution von oben' zu durchbrechen, hängt deshalb entscheidend von ausländischer Kapitalhilfe ab; der ägyptische Assuan-Staudamm ist dafür ein Musterbeispiel.

Nachdem unmittelbar nach der Staatsgründung eine starke Einwanderungswelle eingesetzt hatte, lebten 1949 in Israel 900 000 Juden und

[17]) Cf. Jean Ziegler, Politische Soziologie des Neuen Afrika, München 1966, S. 209.

[18]) United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugies in the Near East.

[19]) Insgesamt sind im Jahresbericht der UNRWA für 1965/66 1 317 749 Flüchtlinge angegeben, von denen die Hälfte jünger als 17 Jahre ist. Sehr wahrscheinlich ist die tatsächliche Zahl der Flüchtlinge niedriger, da sich auch Nichtflüchtlinge registrieren lassen, um die UNRWA-Rationen zu erhalten. Cf. F. Ansprenger, a. a. O., S. 673.

159 000 Nichtjuden (110 000 Moslems, 35 000 Christen und 14 000 Drusen)[20]. Die ökonomisch-kulturelle Integration der fast 1,2 Millionen jüdischen Einwanderer, die seit 1948 vorwiegend aus Osteuropa, Nordafrika und dem Mittleren Osten ins Land kamen, stellte Israel vor schwerwiegende Probleme nicht nur ökonomischer Art. Die finanziellen Mittel, die zur Herstellung der infrastrukturellen Voraussetzungen einer schnellen Einbeziehung der Einwanderer in das israelische Sozialsystem und zur Sicherung der militärischen Überlegenheit gegenüber den arabischen Ländern erforderlich waren, flossen dem Staat überwiegend aus dem Ausland zu: von 1949 bis 1964 insgesamt $ 6 Mrd. (Zahlungen seitens der US-Regierung, ‚Wiedergutmachungs'-Zahlungen der BRD an den Staat Israel und Spenden von Juden im Ausland) — das sind $ 3000 pro Kopf der Bevölkerung. Selbst 1966, in einem Jahr der Depression, betrug der Kapitalimport Israels $ 505 Mill.[21]. Die wachsende Auslandsverschuldung und die unentgeltlichen Übertragungen vom Ausland erlauben Israel eine ständig passive Handelsbilanz. So deckten z. B. 1964 die Exporterlöse nur 43,8 % der Importe — ein Außenhandelsdefizit von $ 182 pro Kopf der Bevölkerung[22]; die Staatsschuld gegenüber dem Ausland beträgt fast 3 Mrd. Israelische Pfund (IL), davon 2,8 Mrd. IL in ausländischer Währung — das sind fast 50 % der Staatsschuld überhaupt. Am wenigsten ausgeglichen ist die Handelsbilanz zwischen Israel und den USA[23]. In ausländischem Besitz befanden sich Wertpapiere im Werte von 1962 — 164 Mill. IL, 1963 — 315 Mill. IL und 1964 — 355 Mill. IL[24].

Durch diese Stützung der israelischen Wirtschaft von außen und die so ermöglichte großzügige Sozialpolitik erreichte Israel sehr schnell einen weit über dem der arabischen Nachbarstaaten liegenden, europäischen Maßstäben entsprechenden Lebensstandard. Der starke Einfluß von Gewerkschaftsbund und Genossenschaften in Landwirtschaft, Handel und Industrie hat dazu beigetragen, daß die Verteilung des Sozialprodukts in Israel gleichmäßiger ist als in anderen westlich-kapitalistischen Ländern. Allerdings: Die Sozialstruktur ist gekennzeichnet auch durch eine deutliche Differenzierung zwischen den aus Europa und den USA eingewanderten Juden und denen, die nach der Staatsgründung aus dem Orient, aus Afrika und Asien immigrierten. Im Unterschied der mate-

[20]) Cf. Statistical Abstract of Israel, Nr. 16/1965, S. 20.
[21]) Cf. S. Zarhi, Peace and the Israeli Economy, New Outlook, Tel Aviv Februar 1967; zit. n. T. Cliff, a. a. O., S. 1.
[22]) Statistical Abstract of Israel, Nr. 16/1965, S. 238.
[23]) Ibd., S. 257.
[24]) Ibd., S. 525.

riellen Lebensbedingungen reproduziert sich trotz formaler Gleichstellung die Privilegierung der Industrienationen gegenüber der Dritten Welt; darin liegt auch die Ursache manifester sozialer Konflikte zwischen beiden Bevölkerungsgruppen. Gehoben wurde, wenn auch langsam, der Lebensstandard des arabischen Bevölkerungsteils, der zwar, aufgrund einer umfassenden, politisch motivierten sozialen Diskriminierung, auf der untersten sozialen Stufe rangiert, aber unter weit besseren Lebensbedingungen, als sie durchschnittlich in den arabischen Ländern gegeben sind.

Gleichwohl war Israels im Vergleich zu den umliegenden arabischen Ländern stürmische Wirtschaftsentwicklung für das Problem einer angemessenen Lösung der Flüchtlingsfrage nur insofern von Bedeutung, als sie den politischen Konfliktmechanismus stabilisieren half. Israel als einziger — nur infolge der engen Bindung an die westlichen Großmächte — weit entwickelter kapitalistischer Wohlfahrtsstaat in der ‚Dritten Welt' mußte dem Nationalismus in der arabischen Welt zusätzlich Auftrieb geben. Dieser Nationalismus, der sich seit dem 1. Weltkrieg in den antikolonialen Unabhängigkeitsbestrebungen manifestierte und zunehmend an Stärke gewann, befand sich schon in Widerspruch zur zionistischen Besiedlung Palästinas, die mit dem britischen Kolonialsystem identifiziert wurde. Die Orientierung des Mufti von Jerusalem auf die deutsche Nazi-Regierung während des 2. Weltkriegs gibt davon ein trauriges Zeugnis. Konnten die feudalen und bourgeois-parasitären Regimes des Nahen Ostens gegen die Kolonialmächte oft nur Scheingefechte führen, weil sie zum Schutz ihrer Herrschaft und Privilegien von diesen abhängig waren, so vermochten sie sich gegen die zionistischen Staatsgründungspläne — nun auch mit partieller britischer Duldung und Unterstützung — zu vereinigen. Durch die Errichtung des Staates Israel und die Niederlage in den Kämpfen von 1947 bis 1949 nur noch mehr provoziert, verfestigte sich der arabische Nationalismus in einer primär anti-israelischen Integrationsideologie, die die sich entfaltenden inneren Widersprüche der Sozialsysteme verdecken half. Die Flüchtlingsfrage wurde zum politischen Instrument der Herrschenden. Insofern konnten die palästinensischen Flüchtlinge in den arabischen Ländern nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus politischen Gründen nicht integriert werden. Dementsprechend wurde ihnen die Rückkehr nach Palästina versprochen und dem israelischen Staat die Anerkennung verweigert.

Auf zionistischer Seite war man sich freilich darüber klar, daß die Gründung des jüdischen Staates Israel gegen den Willen der palästinensischen Araber von diesen nicht widerstandslos hingenommen werden würde.

Der arabische Nationalismus akzeptierte, was durch die jüdische Besiedlung im Zeichen des Zionismus provoziert worden war: daß die sozialen Widersprüche in einen nationalistisch gewendeten Konflikt überführt wurden. Dieser Konflikt hat in Israel und in den arabischen Ländern eine integrierende Funktion erhalten. Seine permanente Aktualisierung trägt zur Stabilisierung der etablierten Systeme entscheidend bei.

Verlauf und Konsequenzen der zionistischen Besiedlung Palästinas, der seit 20 Jahren andauernde Konflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten, ist jedoch nur eines der Momente, die den Konflikt im Nahen Osten wiederholt die Form der militärischen Auseinandersetzung annehmen ließen. Der 3. israelisch-arabische Krieg war zugleich Ausdruck der weltpolitischen Implikationen der politischen Ökonomie des Imperialismus. Der zweite Teil dieses Artikels wird sich deshalb vor allem mit der Bedeutung des israelisch-arabischen Konflikts für die Bemühungen des imperialistischen Lagers beschäftigen, seine ökonomischen, politischen und militärstrategischen Interessen im Nahen Osten unter den besonderen Bedingungen des arabischen Nationalismus durchzusetzen. Die innere Entwicklung Ägyptens und seine Stellung in der arabischen Welt, das Engagement der Weltmächte, die innerarabischen Auseinandersetzungen und Israels Funktion im Nahen Osten — dies sind einige der Aspekte, die im nächsten Heft untersucht werden.

Gert Meyer

# Der neue sowjetische Fünfjahrplan (1966-1970)

## I

Die staatlich subventionierte Sowjetologie hat der Öffentlichkeit eine Reihe von „Kriterien" an die Hand gegeben, die es erlauben, Wandlungen in der Politik und Gesellschaft sozialistischer Länder zu „deuten", ohne die überkommenen Positionen eines antikommunistischen Denkens verlassen zu müssen, das die Welt in eine freiheitliche und eine diktatorisch regierte Hälfte eingeteilt weiß.

Großer Beliebtheit erfreut sich zunächst die Interpretation der neuen Erscheinungen als Folge von persönlichen „Machtkämpfen", wobei zwar die offiziellen Dokumente für eine eingehende Analyse der jeweiligen „Machtpositionen" häufig ungenügend sind, da hier die Personenaufzählung in alphabetischer Reihenfolge vorgenommen wird; allein, aus diesem Dilemma helfen dann in der Regel die Sitzordnungen, die „in einer kommunistischen Partei immer die Spiegelung der Machtverhältnisse sind" [1].

Erscheint diesem personalisierenden Verfahren die Geschichte als blinde Dynamik und eine Ansammlung von bloßen Zufälligkeiten, so spricht die von der Sowjetologie oft im selben Atemzug geäußerte These vom „unverändert totalitären Charakter des gegenwärtigen Sowjetsystems" [2] diesem zugleich jegliche Wandlungsfähigkeit ab. Unter dem Begriff des Totalitarismus wird nach dem bekannten Schema C. J. Friedrichs sowohl der Faschismus wie das sowjetische Herrschaftssystem subsumiert;

[1] F.A.Z. vom 30. 3. 66. Vgl. besonders auch die Untersuchungen B. Meissners zum XXIII. Parteitag der KPdSU im „Europaarchiv" 13/1966 und in „Osteuropa" 7/8 1966.

[2] „Osteuropa" 7/8 1966 S. 427.

die begriffliche Gleichsetzung der ‚roten' und ‚braunen' mit der ‚totalitären' Diktatur, der dann ein gegenwärtiges ‚demokratisches' System entgegengestellt werden kann, erfüllt vorzüglich die doppelte Aufgabe der Bewältigung der Vergangenheit und der ‚Abwehr des Kommunismus', und es ist kein Zufall, daß sie so tief ins politische Bewußtsein Westdeutschlands eingedrungen ist[3]).

Mit dieser Totalitarismuskonzeption hat die populäre Interpretation der Sowjetmacht als einer oligarchisch strukturierten „Prophetenherrschaft"[4]) den **Formalismus** gemein, der von allen inhaltlichen Besonderheiten verschiedener Gesellschaftsformationen abstrahiert; dasselbe gilt auch für die durch Djilas bekanntgewordene Theorie einer „neuen Klassengesellschaft" in den Ostblockstaaten.

Allen diesen Erklärungen, der personalistischen, der totalitaristischen wie der klerikalen, ist es gelungen, die entscheidende soziale Differenz zwischen ‚Ost' und ‚West', nämlich das unterschiedliche Verhältnis der Menschen zu ihren gesellschaftlichen Mitteln der Produktion, aus der Analyse auszuschließen. Das bürgerliche Bewußtsein kann das sozialistische Gesellschaftssystem nur durch das Verfahren der **Analogie** verstehen und in Kategorien fassen, die ihm aus der eigenen sozialen Umwelt bekannt sind: Das ‚Machtstreben', die zufällig wechselnde Personenkonstellation an der Regierungsspitze, der bestimmende Einfluß der Kirche und die Klassenspaltung der Gesellschaft — dies alles soll auch in einer sozialistischen Ordnung die gleiche Bedeutung besitzen wie im Kapitalismus. So stellen diese Deutungen einen ideologischen Selbstschutz der erwerbswirtschaftlichen Gesellschaft gegenüber dem erklärten Ziel des Sozialismus dar, mit der Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums die Voraussetzungen zur Aufhebung dieser „ganzen alten Scheiße" (Marx)[5]) zu schaffen.

II

Auf diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, daß die meisten west-

[3]) Vgl. hierzu das „Argument" 33, bes. S. 27 ff.
Auch die „kritische Theorie" hat sich dieser Argumentation angeschlossen, wenn sie von einem „Kollektivismus rechter oder linker Observanz" im „Zeitalter des chinesischen und russischen Faschismus" spricht. Siehe M. Horkheimer in der F.A.Z. vom 7. April 1966.

[4]) Vgl. D. Sternberger, Erwartung und Vollstreckung als Kategorien des Handelns im Bolschewismus, in: Festschrift für H. Barth, Zürich 1964, S. 261 ff. Ähnlich auch die Analysen E. Voegelins und M. Garders, der spätestens für 1970 den „Todeskampf der marxistisch-leninistischen Theokratie in Rußland" prophezeit (Die Agonie des Sowjetsystems, Berlin 1966, S. 148).

[5]) K. Marx, Die Deutsche Ideologie, Berlin 1960, S. 32.

lichen Analysen des XXIII. Parteitags der KPdSU vom April letzten Jahres oft schon in institutionellen oder bloß nominellen Veränderungen „im Kreml", etwa in der Wiedererrichtung des ‚Politbüros' oder der Ernennung Breshnews zum ‚Generalsekretär', Symptome einer ‚Restalinisierung' erblicken — und dies, obwohl gerade die Diskussion um die Überwindung der materiell-ökonomischen Folgen des Stalinismus durch den neuen volkswirtschaftlichen Fünfjahrplan auf dem Kongreß den weitesten Raum einnahm.

Dieser Plan sieht eine weitere Annäherung der grundlegenden wirtschaftlichen Proportionen vor:

> „Einst mußten wir uns bewußt einschränken, um ein hohes Entwicklungsniveau der Schwerindustrie zu sichern. Heute besitzen wir mächtige Produktivkräfte. Sie gestatten uns, die Zweige der gesellschaftlichen Produktion rascher voranzubringen, die die materiellen, kulturellen und sonstigen Bedürfnisse der Werktätigen unmittelbar befriedigen" (Breshnew) [6]).
>
> „Jahrelang ging die Erzeugung von Bedarfsgütern merklich langsamer vonstatten als die Produktion von Produktionsmitteln. Der Entwicklungsstand, den die Volkswirtschaft erreicht hat, gestattet es, für die neuen fünf Planjahre einen bedeutend schnelleren Aufstieg der Landwirtschaft und eine Annäherung ihres Tempos an das der Industrie vorzunehmen, innerhalb der Industrie wiederum eine Annäherung des Tempos, in dem Gebrauchsartikel und desjenigen, in dem Produktionsmittel erzeugt werden" (Kossygin) [7]).

Nun ist diese Betonung eines ausgeglichenen Wachstums der hauptsächlichen Produktionszweige keineswegs neu, sondern charakterisiert die gesamte sowjetische Wirtschaftspolitik seit Beginn des ‚Neuen Kurses' unter Malenkov 1953, als zum erstenmal die Engpässe in den konsumnahen Produktionszweigen die weitere Entwicklung auch des schwerindustriellen Sektors in Frage stellten [8]).

Die ‚ursprüngliche Akkumulation' der ersten sowjetischen Fünfjahrespläne, die entgegen den Prinzipien einer ökonomischen „Gleichgewichtstheorie" [9]) mit dem vorrangigen Ausbau der Produktionsmittelindustrie

[6]) Pravda 30. 3. 1966, dt: XXIII. Parteitag der KPdSU, Moskau 1966, S. 80.
[7]) a. a. O., S. 205.
[8]) W. Hofmann, Wohin steuert die Sowjetwirtschaft? Berlin 1955.
[9]) Lange Zeit hindurch hatte Stalin diese — besonders von Bucharin vertretene — Theorie von der Notwendigkeit einer gleichmäßigen Entwicklung des sozialistisch-industriellen und privatbäuerlichen Wirtschaftsbereiches geteilt. Als 1929 die inneren Schwierigkeiten der NEP immer deutlicher wurden, erklärte er, daß „diese Theorie mit dem Marxismus natürlich nichts gemein habe" (Fragen des Leninismus, Berlin 1955, S. 393).

auf Kosten der Landwirtschaft und Leichtindustrie [10]) in möglichst kurzer Frist die „asiatische" Rückständigkeit des Landes und seine Verteidigungsschwäche überwinden wollte [11]), war zu Beginn der fünfziger Jahre in ein Stadium eingetreten, in dem die Unterproduktion in den vernachlässigten Abteilungen nicht länger ohne Auswirkung auf den Fortschritt der gesamten Volkswirtschaft bleiben konnte.

1953 hatte sich z. B. die Erntemenge von Getreide gegenüber 1928 nur um knapp 16 % vermehrt; die ha-Erträge konnten in diesem Zeitraum nicht gesteigert werden, da die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion ihrer Kollektivierung nicht sogleich nachgefolgt war. Ebenso hatte der Viehbestand unter der Stalinschen Politik der Industrialisierung gelitten. Noch 1957 lag die Pro-Kopf-Produktion von Rindfleisch und Getreide unter dem Stand von 1913 [12]).

Auch nach den Reformen unter Malenkov und Chruschtschow setzte sich die ungleichmäßige Entwicklung zwischen Landwirtschaft und Industrie — und hier wiederum zwischen der Konsumtions- und der Produktionsmittelsphäre — fort, wie die folgende Tabelle der Entwicklung der Bruttoproduktionswerte zeigt (1940 = 100):

[10]) Verteilung der staatlichen Gesamtinvestitionen zwischen 1929 und 1952 auf die einzelnen Bereiche der Volkswirtschaft in Mrd. Rubel:

| | |
|---|---|
| Schwerindustrie | 638 |
| Leichtindustrie | 72 |
| Transport | 193 |
| Landwirtschaft | 94 |

(Nach: W. Hofmann, a. a. O. S. 116.)

[11]) Am 4. 2. 1931 erklärte Stalin — 10 Jahre vor dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschland: „Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder wir bringen das zuwege, oder wir werden zermalmt" (in: Fragen des Leninismus, Berlin 1955, S. 462).

[12]) Nur durch ein stärkeres Anwachsen der landwirtschaftlichen Marktleistungen gegenüber der Produktionsleistung konnte der gewerbliche Überbau versorgt werden; folgende Tabelle zeigt das tribunäre Verhältnis der Landwirtschaft gegenüber der Industrie während der „ursprünglichen Akkumulation":

| | 1913 | 1957 |
|---|---|---|
| Getreideproduktion pro Kopf der Bevölkerung (dz) | 5,7 | 5,1 |
| Rindviehproduktion pro 100 Ew. (Stück) | 43,4 | 32,6 |

Entwicklung des Marktanteils der Getreideproduktion (in %):

| | |
|---|---|
| 1913 | 26,0 |
| 1926/27 | 13,3 |
| 1928/29 | 11,0 |
| 1937 | 26,0 |
| 1941 | 40,0 |

(Nach O. Schiller, Das Agrarsystem der SU, Tübingen 1960, S. 119 ff.)

| Jahr | Industrie insgesamt | hiervon Abteilg. I | Abteilg. II | Landwirtschaft |
|---|---|---|---|---|
| 1940 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| 1945 | 92 | 112 | 59 | 60 |
| 1950 | 173 | 205 | 123 | 99 |
| 1958 | 430 | 536 | 277 | 156 |
| 1960 | 524 | 666 | 326 | 160 |
| 1962 | 627 | 814 | 374 | 167 |
| 1964 | 726 | 967 | 409 | 173 |

Im Vergleich zu 1940 betrug das Wachstumstempo der Schwerindustrie gegenüber der Landwirtschaft im Jahre 1950 2,1:1; im Jahre 1958 3,4:1 und 1964 5,6:1 [13]).

Besonders die starken Schwankungen der jährlichen Ernteerträge, die in den letzten 10 Jahren bei Getreide zwischen 103 und 152 Mio. t lagen und für die Planung der Volkswirtschaft die schwierigsten Probleme aufwarfen, sowie die zu geringe Fleisch- und Milchproduktion waren die Ursache für die immer wiederkehrenden Engpässe in der städtischen Versorgung, die nur durch Auslandskäufe (1963: 11 Mio. t Weizen, 1964: 3,5 Mio. t, 1965: 8—9 Mio. t) [14]) behoben werden konnten. Jedes willkürliche Experimentieren mit diesem „schwächsten Kettenglied" der sowjetischen Ökonomie mußte unabsehbare Folgen haben. Chruschtschows „subjektivistische und voluntaristische" Agrarpolitik, die mißglückte Neulandkampagne im semiariden Kasachstan und der Maisfeldzug in den hierfür klimatisch ebenfalls ungeeigneten Westgebieten vergrößerten noch die Krise auf dem landwirtschaftlichen Sektor, dessen Produktion im 1965 ausgelaufenen Siebenjahrplan nur um 14 % gesteigert werden konnte; die Kennziffern der Direktiven für 1966—70 lie-

[13]) I. Laptev, Tempo und Proportionen der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung, „Voprosy Ekonomiki" 12/1965, dt. Auszüge in: Osteuropäische Probleme 7/1966.

[14]) „Osteuropäische Rundschau" 9/1966. Vgl. auch die von Breshnew (XXIII. Parteitag der KPdSU, a. a. O., S. 89) angeführten Zahlen über den relativen Produktionsrückgang einzelner landwirtschaftlicher Produkte:
Zuwachs gegenüber dem Jahresdurchschnitt des jeweils vorangegangenen Jahrfünfts (in %):

| | 1956—60 | 1961—65 |
|---|---|---|
| Getreide | 6,5 | 1,4 |
| Zuckerrüben | 13,7 | 5,2 |
| Gemüse | 6,1 | 2,2 |
| Kartoffeln | 4,9 | Rückgang um 1,6 |
| Fleisch | 6,8 | 3,4 |

gen noch unter den ursprünglich für 1965 geplanten Werten[15]):
Bruttoproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse

| | Ursprüngl. Plan-zahlen d. 7-J.-Pl. für 1965 | Planzahlen des neuen 5-J.-Pl. | Ist-Zahlen für das Mittel 1961—1965 |
|---|---|---|---|
| Getreide (Mio. t) | 164—180 | 167,0 | 130,2 |
| Baumwolle (Mio. t) | 5,7—6,1 | 5,6—6,0 | 5,0 |
| Fleisch, Schlacht-gewicht (Mio. t) | 16,0 | 11,0 | 9,3 |
| Eier (Mrd. Stück) | 37,0 | 34,0 | 28,7 |

Die wirtschaftliche Entwicklung der SU wies in den letzten Jahren der Regierung Chruschtschow eindeutige Zeichen einer drohenden allseitigen Stagnation auf. „Das Zurückbleiben der Agrarproduktion (hatte) begonnen, (den) Vormarsch merklich zu hemmen" (Breshnew)[16]):

1. es war ein stetiges Abnehmen der industriellen Zuwachsraten zu bemerken (1959: 11,4 % — 1960: 9,5 % — 1961: 9,1 % — 1962: 7,9 % — 1963: 8,5 % — 1964: 7,1 %),
2. 1964 stieg das Nationaleinkommen nur noch um 5 % (gegenüber 7—8 % 1962/63 und 8 % 1965),
3. die Reallöhne wuchsen nur noch minimal (1963: 1 % — 1964: 2,5 % — 1965 dagegen wieder um 7 %),
4. das Wachstum der Arbeitsproduktivität schwächte sich ab (es betrug im Durchschnitt der Jahre 1956—60 6,5 % — 1961—65 nur noch 4,6 %; man schätzt, daß die Arbeitsproduktivität damals gerade halb so groß war wie in den USA),
5. die schlechte Qualität der industriellen Verbrauchsgüter brachte — trotz der großen Nachfrage im Lande — Absatzstockungen mit sich; 1964 betrug der Wert solcher nicht abgesetzter Güter über 2 Mrd. Rubel (allein bei den Konfektionswaren 1/2 Mrd.),
6. die mangelnde Koordination zwischen den regionalen Volkswirtschaftsräten führte dazu, daß jedes Jahr zusätzliche Mrd.-Rubelbeträge

[15]) „Osteuropa" 7/8 1966, S. 501.

[16]) XXIII. Parteitag der KPdSU, a. a. O., S. 66. Folgende Daten nach I. Deutscher, The Failure of Khrushchevism, in: Ironies of History, Essays on Contemporary Communism, London 1966; UN: World Economic Survey, N. Y. 1966, S. 161; S. H. Cohn, Soviet Economic Development over its First Half Century: Growth, Efficiency, and Structure, München 1966 (Man.) und E. Germain, Die Liberman-Trapeznikowschen Reformen in der Verwaltung der sowjetischen Betriebe, „die internationale", Sept. 1965.

in nicht fertiggestellten Bauprojekten „einfroren" (1963 waren dies mehr als 27 Mrd. Rubel),

7. diese relative Stagnation kommt auch im internationalen Vergleich zum Ausdruck:

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der privaten Pro-Kopf-Konsumtion (in %)

| | 1950—58 | 1958—64 |
|---|---|---|
| SU | 2,2 | 4,2 |
| BRD | 2,6 | 6,2 |
| Großbritannien | 2,8 | 5,3 |
| USA | 1,6 | 1,1 |

Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts im jährlichen Durchschnitt (in %)

| | Absolut | | pro Kopf | |
|---|---|---|---|---|
| | 1950—58 | 1958—64 | 1950—58 | 1958—64 |
| SU | 7,1 | 5,3 | 5,2 | 3,5 |
| BRD | 7,6 | 5,8 | 6,4 | 4,6 |
| Großbr. | 2,4 | 3,9 | 1,9 | 3,1 |
| USA | 2,9 | 4,4 | 1,2 | 2,7 |

III

Um einen Umschwung in diesem Entwicklungstrend zu erreichen, soll fortan der so lange vernachlässigten Agrarproduktion „erstrangige Bedeutung" [17]) zugemessen werden. Damit sich die landwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt gegenüber dem gleichen Wert des vorausgegangenen Jahrfünfts um 25 % steigert, sind vor allem folgende Maßnahmen vorgesehen:

— die staatlichen Investitionen sollen sich in dieser Zeitspanne verdoppeln und 41 Mrd. Rubel (von 310 Mrd. Rubel Gesamtinvestitionen) ausmachen,
— um **stabile** Ernteerträge zu erreichen, soll besonders das Nichtschwarzerdegebiet des europäischen Landesteiles gefördert werden; hier sollen über 6 Mio. ha Sümpfe trockengelegt werden,
— wachsende Chemisierung der Landwirtschaft (Lieferung von 55 Mio. t Mineraldünger, Anwendung agrarwissenschaftlicher Produktionsmethoden usw.) für die **Intensivierung** der Produktion und die

[17]) Vgl. die „Direktiven" des Fünfjahresplanes, „Izvestija, 10. 4. 66.

Steigerung der — noch immer niedrigen — ha-Erträge[18]),

— der Stromverbrauch in der Landwirtschaft soll sich verdreifachen (gegenwärtig verbraucht das Land noch nicht einmal 5 % der erzeugten Elektroenergie; 12 % aller Kolchosen fehlt noch die Beleuchtung). Ausbau des Maschinenparks (Lieferung von 1,8 Mio. Traktoren und 1,1 Mio. Lastwagen),

— verstärkte soziale Fürsorge für die ländliche Bevölkerung, die in der Sowjetunion immer noch die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmacht: Einführung einer staatlichen Altersrente, Angleichung des allgemeinen Lebensniveaus an das der Stadt, Erhöhung der Einkünfte der Kolchosbauern um 35—40 % gegenüber 20 % der städtischen Löhne, Förderung des Wohnungsbaus und des Einzelhandelsumsatzes, der bisher pro Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur 1/3 so groß war wie der in den Städten, garantierte Mindestlöhne,

— Förderung der wirtschaftlichen Initiative und Selbständigkeit der Kolchosen und Sowchosen durch erhöhte staatliche Ankaufpreise ihrer Produkte und ein neues investitionsförderndes Prämien- und Kreditsystem (vgl. die neue Kreditordnung vom 5. 1. 1966),

— die starken saisonalen Schwankungen des landwirtschaftlichen Arbeitskräftebedarfs sollen durch die Errichtung von kleineren Gewerbebetrieben für die Weiterverarbeitung der Agrarerzeugnisse, die Baustoffproduktion aus örtlichen Rohstoffen, den Ausbau des Reparaturgewerbes usw. ausgeglichen werden.

Die besondere Bedeutung dieser Maßnahme wird klar, wenn man bedenkt, daß gegenwärtig im Winter fast 10 Mio. Kolchosbauern beschäftigungslos sind:

Im Juli 1964 arbeiteten 24,4 Mio. K.-Bauern 498 Mio. Arbeitstage, im Dezember 1964 arbeiteten 14,9 Mio. K.-Bauern 278 Mio. Arbeitstage[19]). In der russischen Sowjetrepublik (RSFSR) wurden 1963 von den in der Landwirtschaft Beschäftigten im Jahresdurchschnitt nur 241 Tagewerke geleistet (bei einer rationellen Norm von 270), in anderen Unionsrepubliken sogar noch viel weniger (Armenien: 207, Aserbeidschan: 187). Die Verwirklichung dieses Programmpunktes würde eine entscheidende Ursache der strukturellen Schwäche des sowjetischen Agrarsektors beseitigen helfen, deren Wurzel in der Zerschlagung des einst so bedeut-

[18]) Tabelle der ha-Erträge (dz/ha):

| | Weizen | Roggen | Mais |
|---|---|---|---|
| SU (1964) | 10,9 | 8,1 | 26,0 |
| USA (1964) | 17,7 | 12,2 | 39,0 |

(Nach: Stat. Jb. der DDR, 1966, S. 58 ff.)

[19]) „Novyj Mir", 8/1966.

samen russischen Bauernhandwerks (‚kustar'-Gewerbe) durch die Kollektivierung liegt. Damals sollte zum einen die Rückkehr der in die Städte umgesiedelten Bauern — zwischen 1929 und 1935 waren dies annähernd 18 Mio. — verhindert werden, die nun nach der Kollektivierung ihres Landes auch von ihrer gewerblichen Tätigkeit abgeschnitten wurden. Zum anderen wurde ein Abfließen freier Mittel der unabhängigen handwerklichen Kleinproduzenten in lukrative, aber nicht als vorrangig angesehene Sektoren vermieden: die beschleunigte Entwicklung der Schwerindustrie hatte im ganzen Land einen akuten Warenmangel erzeugt, der privaten Spekulationen Auftrieb geben mußte, denen so durch staatlichen Zwang die materielle Basis entzogen wurde[20]). Die Folgen dieser Maßnahme sind noch 35 Jahre später in der Sowjetwirtschaft zu spüren.

IV

Die erfolgreiche Durchführung des Agrarprogramms setzt voraus, daß in der Industrie die verbrauchsnahen Zweige mehr als bisher gefördert werden. Während in den nächsten 5 Jahren die gesamte Industrieproduktion um 47—50 % vergrößert werden soll, ist für die Produktionsmittelindustrie ein Wachstum von 49—52 %, für die Konsumgüterindustrie von 43—46 % vorgesehen; die Entwicklungsproportionen beider Abteilungen sollen sich also in einem bisher nicht gekannten Maße annähern; 1961—65 wuchs die erste Gruppe um 58 %, die zweite um nur 36 %. Gegenüber den tatsächlichen Ausgaben in den letzten 5 Jahren sollen die Investitionen für die Leichtindustrie auf das 2,4fache ansteigen[21]). Weiter ist der Import von mehr als 1000 kompletten Ausrüstungen für Betriebe besonders der chemischen und der Nahrungsmittelindustrie aus den Comecon-Ländern geplant. Das Volumen der chemischen Industrie, einer Schlüsselindustrie in der Phase der **intensiven** Industria-

[20]) Vgl. A. Nove, Ökonomische Aspekte des modernen Totalitarismus, „Osteuropa-Wirtschaft" 2/1959 und auch W. Hofmann, Die Arbeitsverfassung der SU, Berlin 1956, S. 29 u. 35. Bereits Marx hat auf die wichtige Rolle des russischen kustar-Gewerbes hingewiesen (Kapital II, Berlin 1961, S. 237 f.).

[21]) Nach 1962 war das Wachstum der II. Abt. schneller zurückgegangen als das der I.:

| | 1962 | 1963 | 1964 |
|---|---|---|---|
| Wachstum der gesamten Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr (in %): | 10 | 8 | 7 |
| Produktionsgüter | 11 | 9 | 8 |
| Konsumtionsgüter | 7 | 5 | 4 |

(United Nations World Economic Survey 1964, New York 1965, S. 150.)

lisierung, soll sich verdoppeln.

Neben der Förderung der Verbrauchsgüterindustrien sollen für die „Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Sowjetvolkes" die folgenden Maßnahmen getroffen werden:

— Erhöhung der Realeinkünfte pro Kopf um 30 % sowie der Durchschnittslöhne um 20 % auf 115 Rubel (einschließlich des gesellschaftlichen Konsumtionsfonds auf 155 Rubel), wobei sich die verschiedenen Einkommensgruppen allmählich aneinander angleichen sollen [22]);
— allgemeiner Übergang zur 5-Tage-Woche (41 Stunden);
— Steigerung des Einzelhandelsumsatzes um mehr als 43 %;
— Erhöhung des Umfanges der Dienstleistungen auf das 2,5fache (auf dem Lande um mehr als das 3fache);
— der Wohnungsbau, lange Zeit das Stiefkind der ‚ursprünglichen Akkumulation', soll auf das 1,3fache erweitert werden;
— weiterer Ausbau des Volksgesundheitswesens (bereits jetzt ist die UdSSR das Land mit der geringsten Sterblichkeitsziffer);
— Übergang zur allgemeinen 10klassigen Mittelschulbildung;
— Förderung des Hochschulwesens, so daß 1970 5 Millionen Studenten

[22]) Während der Phase der ‚sozialistischen Akkumulation' war die Spanne zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen außerordentlich groß, sie hat sich nachher bedeutend verringert: das Verhältnis der Durchschnittseinkommen der obersten 10 % der Arbeiter und Angestellten zu den untersten 10 % betrug

| | |
|---|---|
| 1934 | 8:1 |
| 1959 | 5,8:1 |
| 1960 | 3,8:1 |

Die Durchschnittslöhne des technischen Personals in den Betrieben (Ingenieure usw.) betrugen gegenüber denen der einfachen Arbeiter

| | |
|---|---|
| 1932 | 263 % |
| 1950 | 175 % |
| 1955 | 165 % |
| 1960 | 150 % |

(Vgl. den Aufsatz von M. Yanowitsch mit dem signifikanten Titel: The Soviet Income Revolution, „American Slav. Rev.", Dez. 1963 S. 638 ff.)

Selbst nach sowjetischen Angaben ist der Lebensstandard der eigenen Bevölkerung noch recht gering, auch im Vergleich mit den übrigen sozialistischen Ländern:

1963 wurde das „Lebensniveau" der Bevölkerung dieser Staaten nach verschiedenen Indices berechnet (UdSSR = 100):

| | |
|---|---|
| Bulgarien | 99 |
| Ungarn | 110 |
| DDR | 150 |
| Polen | 106 |
| ČSSR | 138 |

(Vgl. „Internat. Leben" [Moskau] 4/1966 S. 17.)

die Universitäten besuchen (jetzt: 3,8 Mio. Bereits 1960 kam in der SU auf jeweils 158 Bewohner 1 Student — in der BRD hingegen einer auf je 265).

V

Bei aller Betonung der konsumnahen Wirtschaftszweige soll jedoch auch im neuen Fünfjahrplan die I. Abteilung (Schwer- und Grundstoffindustrie, Produktion von Produktionsmitteln) am schnellsten wachsen, wobei im einzelnen folgende Kennziffern erreicht werden sollen:

| Stromerzeugung | 1965 | 1970 | (Vergleich USA 1965) |
|---|---|---|---|
| (Mrd. kWh) | 507 | 830—850 | 1157 |
| Erdöl (Mio. t) | 243 | 345—355 | 383 |
| Kohle (Mio. t) | 578 | 665—675 | 480 |
| Stahl (Mio. t) | 91 | 124—129 | 121 |
| Zement (Mio. t) | 72,4 | 100—105 | 62,5 |

Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Notwendigkeit eines **überproportionalen** Wachstums dieser Abteilung nicht aus dem Marxschen Reproduktionsschema abgeleitet werden kann[23]). Wohl aber muß bei erweiterter Reproduktion das Produktionsvolumen der Abteilung I jeweils relativ größer sein als das der Konsumtionsmittelabteilung, denn für eine vermehrte Verbrauchsgüterproduktion muß Abteilung I immer schon die hierfür benötigten Sachmittel (II c im Marxschen Schema) bereitgestellt haben; für einen vermehrten Konsum müssen zunächst Grundstoffe, Maschinen usw. produziert werden. Da der Umfang des Produktionsmittelfonds, den bisher die sozialistische Revolution von der alten Gesellschaft erbte, bisher immer nur sehr gering gewesen ist, wird sie gezwungen, längere Zeit hindurch Abteilung I gegenüber II überproportional zu entwickeln, damit die für die Erfüllung des Prinzips ‚Jedem nach seinen Bedürfnissen' notwendige **absolute** Größe der Produktionsmittelbasis erst erreicht wird. Dieser „Umweg" der Produktion ist um so größer, je geringer die ökonomische Hinterlassenschaft der vorsozialistischen Periode ist. In der Sowjetunion erscheint die „materiell-technische Grundlage des Kommunismus . . ., die für die gesamte Bevölkerung einen Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern sichert"

[23]) H. H. Höhmann, Die Produktionsabteilungen I und II bei Karl Marx und der „Politischen Ökonomie", in: „Osteuropa-Wirtschaft" 2/1961.

(nach dem Parteiprogramm von 1961, an dem sich auch der neue Fünfjahrplan orientiert, soll diese Basis bis 1980 gelegt sein), nur dadurch erreichbar, daß weiterhin der Akzent auf den Ausbau der I. Abteilung gelegt wird.

VI

Doch erklären die Sowjetführer selbst den Vorrang der Schwer- und Investitionsgüterindustrie nicht nur mit der Notwendigkeit, für eine angemessene „kommunistische" Bedürfnisbefriedigung zunächst die materiellen und technischen Voraussetzungen schaffen zu müssen; auf ihre wirtschaftspolitischen Entscheidungen wirkt zumindest ebenso stark die außenpolitische Lage ein, die sie in letzter Zeit zunehmend durch eine nicht länger verhüllte aggressive Politik der westlichen Staaten gekennzeichnet sehen. Mit der Tatsache, daß in den letzten drei Jahren die amerikanischen Verteidigungsausgaben von 50 auf über 75 Mrd. US-Dollar gestiegen sind, wird auch die Erhöhung des eigenen Militärbudgets im Haushaltsjahr 1967 um 1,1 Mrd. Rubel (= 8,2 %) auf insgesamt 14,5 Mrd. Rubel motiviert (Izvestija 15. XII. 1966). Hierbei mag auch die Haltung der BRD gegenüber dem geplanten Atomwaffensperrvertrag mitgespielt haben, die in der gesamten osteuropäischen Presse eine ungeheure Bestürzung und zugleich den Willen zu noch stärkeren Verteidigungsanstrengungen hervorgerufen hat. Der kürzlich verstorbene Marschall Malinowskij hat immer wieder darauf hinweisen können, daß Bonn in den vergangenen 10 Jahren über 200 Mrd. DM für seine Rüstung ausgegeben hat — „mehr als doppelt soviel, als Hitler für die Vorbereitung des 2. Weltkrieges benötigt hat" [24]).
In der Sowjetunion kann man (im Gegensatz zum öffentlichen Bewußtsein des Landes, das ihn begonnen hat) diesen Krieg nicht vergessen, der von ihr über 20 Mio. Tote forderte und etwa ein Drittel des Nationalreichtums vernichtet hat.

Obgleich sich die Ungeheuerlichkeiten des deutschen Überfalls nicht in Zahlen ausdrücken lassen, seien doch folgende Einzelheiten genannt:

— 1945 waren mehr als 70 000 Dörfer, 28 000 MTS-Stationen, 1700 Städte und 31 000 Betriebe zerstört. Der städtische Konsum war auf 40 % des — ohnehin niedrigen — Vorkriegs-

[24]) Vgl. etwa „Pravda" 9. 5. 66. — In letzter Zeit ist öfter das offizielle CSU-Organ „Bayernkurier" zitiert worden, das am 1. 3. 67 unmißverständlich den Wunsch nach eigenen westdeutschen Kernwaffen geäußert hatte.

standes gesunken. Der Landwirtschaft stand nach dem Krieg nicht einmal mehr die Hälfte des Maschinenparks von 1940 zur Verfügung, als 1946 eine furchtbare Dürre über das Land einbrach, in deren Gefolge nur 60 % der Vorkriegsernte eingebracht werden konnte.

— Die tatsächlichen Bevölkerungsverluste dieses Krieges wagte Stalin aus Angst vor der demoralisierenden Wirkung im Innern und der Schwächung seiner Position in der Außenpolitik bis zu seinem Tode nicht bekanntzugeben; 1946 nannte er 7 Mio. Als Chruschtschow 1956 in der Presse erwähnte, daß die SU gerade 200 Mio. Einwohner besitze, stieß er allgemein auf Unglauben, denn man hatte überall mit 210—225 Mio. gerechnet. Den Geburtenausfall während des Krieges mitgerechnet, hätte die SU 1960 nicht 215, sondern 265 Mio. Einwohner — 25 % mehr — besessen [25]).

Ökonomisch hatte der Krieg zur Folge, daß die opferreiche Phase der „ursprünglichen Akkumulation" noch einmal — und nun mit einem ungeheuer geschwächten Arbeitskräftepotential (z. B. besaß die SU noch 1955 weniger männliche Arbeitskräfte als 1940) — durchlaufen werden mußte, wobei die Investitionen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche noch größere Disproportionalitäten aufwiesen als während der ersten Fünfjahrpläne. Betrug das Anteilsverhältnis von Landwirtschaft, Konsumgüterindustrie und Produktionsgüterindustrie an den staatlichen Gesamtausgaben in den Jahren 1928—40 1 : 0,75 : 4 und erreichte in der Zeit des Weltkrieges 1941—45 den extremen Wert von 1 : 1,7 : 24, so lag es in der Nachkriegszeit (1946—50) bei 1 : 0,8 : 6 [26]). Angesichts der wachsenden außenpolitischen Spannungen nach dem Ende des II. Weltkrieges (Fulton-Rede Churchills vom März 1946, Ablehnung der sowjetischen Friedens- und Abrüstungsvorschläge in der UNO durch die USA 1946/1947, „Truman-Doktrin" 1947 usw.), als die USA in der internationalen Politik keinen Moment irgendeinen Zweifel an ihrem Atomwaffenmonopol aufkommen ließen, mußte wiederum ein beträchtlicher Teil des Nationalprodukts dem doppelt unproduktiven Rüstungssektor zugeführt werden, der dem volkswirtschaftlichen Kreislauf Arbeitskräfte wie Sachmittel entzieht und in einer am Bedarfsdeckungsprinzip orientierten Wirtschaft auch nicht wie im Kapitalismus Überkapazitäten ausnutzen und die Konjunktur stimulieren kann. Auch wenn nichtsdesto-

[25]) Nach dem „Bericht der Außerordentlichen Kommission zur Feststellung der Greueltaten der dt. Okkupationstruppen" (Moskau 1947), I. Deutscher, Stalins letzte Jahre (Man.) und „Voprosy Istorii" 11/1957, S. 49.

[26]) Berechnet nach: „Die Volkswirtschaft im Jahre 1960", Moskau 1961, S. 594 f.

weniger nach dem letzten Weltkrieg der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt langsam fallen konnte[27]), so ist doch in der UdSSR eine durchgreifende innere — wirtschaftliche und politische — Entspannung durch den äußeren Druck immer noch verhindert worden. Er wird auch zum guten Teil die oben angeführte relative Stagnation der Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie erklären können. Breshnew meinte auf dem letzten Parteitag, daß

> „der aggressive Charakter der Imperialisten und vor allem der amerikanischen Imperialisten mit ihren westdeutschen Verbündeten die Lösung vieler spruchreifer Probleme behindern" würde, und Kossygin erklärte:
>
> „Hinge alles von uns ab, so würden wir unbedingt eine wesentliche Kürzung unserer militärischen Ausgaben und eine entsprechende Erweiterung der Investitionen in den friedlichen Zweigen der Volkswirtschaft, eine weitere Vergrößerung des Anteils der Konsumtion am Nationaleinkommen vornehmen[28])."

Es gehört zur Strategie des kalten Krieges, daß dieser negative Effekt der Rüstung auf das wirtschaftliche Wachstum und die Verringerung der gesellschaftlichen Repression in der UdSSR — beides könnte sich für den Kapitalismus systemgefährdend auswirken — von den herrschenden Machtgruppen in den imperialistischen Staaten eingeplant ist, die wissen, daß etwa gleich hohe Rüstungsausgaben von einer Volkswirtschaft mit einem niedrigeren Nationalprodukt bedeutend größere Anstrengungen erfordern. Bekannt geworden ist die Äußerung des jetzigen US-Vizepräsidenten H. Humphrey, daß, „da die SU kapitalschwach sei, die (aufgezwungene) Rüstungsverstärkung ihre Wirtschaft gefährden würde. Die Unordnung der sowjetischen Wirtschaft aber würde zu internen Spannungen führen, die dem Westen nur wünschenswert sein könn-

[27]) Anteil der Rüstungsausgaben in % des Bruttosozialprodukts (zu Faktorkosten):

| | |
|---|---|
| 1928 | 2,5 |
| 1937 | 7,9 |
| 1940 | 16,1 |
| 1950 | 13,3 |
| 1955 | 13,0 |
| 1964 | 11,3 |

(nach S. H. Cohn, a. a. O.). Vgl. auch die Zahlen in der nk 33, S. 24 u. 26. Vielleicht hängt der in letzter Zeit abnehmende Anteil der Rüstungsausgaben mit der Tatsache zusammen, daß der SU ein weiteres Wettrüsten nicht länger sinnvoll erscheint, wenn die vorhandenen Waffenvorräte ohnehin für die Totalvernichtung des Angreifers ausreichen.

[28]) XXIII. Parteitag, a. a. O., S. 297.

ten“ [29]).

Auf Grund der Tatsache, daß wenigstens bis zum Ende der Ära Chruschtschow diese abgründige Rüstungsstrategie ein etwas langsameres wirtschaftliches Aufholen der UdSSR anzeigte, hat man in den USA errechnet, daß bei einer angenommenen Größe des sowjetischen Bruttosozialproduktes von 2/5 des US-amerikanischen — was wahrscheinlich zu niedrig gegriffen ist — und bei einem schnelleren jährlichen Wachstum

von 4 % die USA in 24 Jahren
von 3 % die USA in 31 Jahren
von 2 % die USA in 47 Jahren
von 1 % die USA in 93 Jahren „eingeholt“ würden[30]).

Natürlich zeigen diese Zahlen den noch immer beträchtlichen Abstand in der wirtschaftlichen Entwicklung beider Staaten an — aber mehr noch die Unsinnigkeit solcher Vergleiche überhaupt, die alle **inhaltlichen** Unterschiede zwischen den verschiedenen Gesellschaftssystemen quantifizieren und damit auflösen. Auch die Hinweise auf die — sicher vorhandenen — Differenzen der Pro-Kopf-Produktion industrieller Konsumgüter (etwa Autos per Einwohner usw.) zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten unterstellen die Invarianz der vom kapitalistischen System verformten menschlichen Bedürfnisstruktur.

[29]) Nach F. Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Ffm. 1965, S. 235.

[30]) Vgl. die „Hearings“ des am. Senates, Comparisons of the United States and Soviet Economics, Washington 1960. Die Vergleiche der Entwicklung des jeweiligen Sozialproduktes bleiben einmal wegen der Schwierigkeit problematisch, eine gemeinsame Berechnungseinheit zu finden („index number problem“), sodann wegen der Tatsache, daß solche Zahlen nichts über die schichtenmäßige Aufteilung des gesellschaftlichen Reichtums aussagen.
Dies ist bei folgenden (von westlicher Seite berechneten) Daten zu berücksichtigen:

Entwicklung des Bruttosozialprodukts (zu Faktorkosten) (in Mrd. Dollar 1964)

| | 1913 | 1928 | 1950 | 1958 | 1964 |
|---|---|---|---|---|---|
| SU | 30—58 | 32—62 | 124 | 215 | 293 |
| BRD (Dt.) | 32 | 34 | 50 | 90 | 126 |
| Großbritannien | 36 | 45 | 68 | 83 | 104 |
| USA | 132 | 203 | 387 | 487 | 629 |

Vgl. auch die jeweiligen Pro-Kopf-Größen (in Dollar 1964):

| | 1950 | 1958 | 1964 |
|---|---|---|---|
| SU | 699 | 1049 | 1289 |
| BRD (Dt.) | 1001 | 1644 | 2154 |
| Großbritannien | 1393 | 1593 | 1910 |
| USA | 2536 | 2790 | 3273 |

Gerade die im vergangenen Jahr begonnene Wirtschaftsreform weist jedoch in gesellschaftliche Dimensionen, die dem Kapitalismus, und vollends seiner Spätphase, stets fremd geblieben sind[31]). Ihr unmittelbarer Anlaß war die chronisch angespannte Lage auf dem landwirtschaftlichen und industriellen Bedarfsgütersektor, die durch die neuen Methoden der Planung und Wirtschaftsleitung überwunden werden soll, die 1965 auf dem März- und dem Septemberplenum des ZK beschlossen wurden. Damals wurden die von Chruschtschow errichteten 50 regionalen Volkswirtschaftsräte aufgelöst, wodurch einmal eine rationellere Standortpolitik als die der „lokalen Borniertheit" örtlicher Wirtschaftsgremien, zum anderen eine raschere Verallgemeinerung neuer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und technischer Produktionsverfahren gewährleistet werden sollen. Diese Zentralisierung der Kompetenzen ging Hand in Hand mit einer Erweiterung der Befugnisse des Einzelbetriebes, der nicht länger der „kleinlichen Bevormundung" von seiten der vorgeordneten Instanzen ausgesetzt werden sollte. „Die Formen und Methoden der Leitung, Planung und ökonomischen Stimulierung der Produktion, die bis vor kurzem in Kraft waren, entsprachen dem neuen, höheren Stand der Produktivkräfte des Landes nicht mehr und begannen, ihre Entwicklung zu hemmen" (Breshnew). Die Vielzahl der den Betrieben vorgeschriebenen Produktionsziffern wurde auf einige wenige reduziert, auf deren Grundlage nun die übrigen selbst erarbeitet werden sollen. Besonders die Vorschriften über den „Umfang der Bruttoproduktion", die bei der Planerfüllung den bekannten Auswüchsen der „Tonnenideologie" Vorschub geleistet hatten, wurden durch die des „Absatzvolumens" ersetzt; ebenso soll das Recht der Unternehmungsleitungen, selbständig Verträge mit Lieferbetrieben und Verkaufsorganisationen zu schließen, die Rentabilität der Produktion erhöhen und diese bedarfsgerechter gestalten. Durch ein besonderes Prämiensystem, das sich an der Vergrößerung des Umfangs der abgesetzten Produktion und an der Erfüllung der Kennziffern für die Rentabilität des Betriebes orientiert, soll verhindert werden, daß die Belegschaften wie früher um einen „leichten Plan" kämpfen: in Zukunft wird der materielle Anreiz für „Planübererfüllung" relativ geringer ausfallen als für das Erreichen der im Einverständnis mit dem Betrieb festgesetzten Plandaten. Die wesentliche Erhöhung

[31]) Vgl. zum Folgenden bes. das „Argument" 39 sowie H. H. Höhmann, Die sowjetische Wirtschaftsreformen vom Herbst 1965, „moderne welt" 2/1966. Die wichtigsten Referate des Septemberplenums 1965 sind in der Beilage der „Sowjetunion heute" vom 16. Okt. 1965 wiedergegeben.

des Anteils der Prämien am Arbeitseinkommen, die eng mit der Höhe des erwirtschafteten „Gewinns" verknüpft werden, soll die „materielle Interessiertheit" aller Beschäftigten fördern und so den Umsatz steigern, die Selbstkosten senken sowie Arbeitskräfte einsparen (besonders soll das Heer der betrieblichen Verwaltungsangestellten reduziert werden, das bisher im Durchschnitt 14 % der Belegschaft ausmachte) und einen sparsamen Umgang mit dem betrieblichen Fonds gewährleisten.
Ende 1965 waren die Betriebe dreier Industriezweige der Konsumgüterbranche mit insgesamt 700 000 Beschäftigten auf das neue System umgestellt; gegenwärtig sind es bereits über 1/3 aller in der Industrie Beschäftigten. Auch im Bereich der Schwerindustrie soll das neue System nach und nach Eingang finden; Voraussetzung ist hierfür allerdings eine Reform der Großhandelspreise, die noch in diesem Jahr begonnen werden soll. (Wenn in die Preisstruktur nicht in irgendeiner Weise die Produktionskosten sowie die Angebots- und Nachfrageverhältnisse eingehen, können auf der einen Seite auch die weitestgehenden betrieblichen Rationalisierungen nur zu „Verlusten" führen, während umgekehrt bei anderen Unternehmungen wegen der zu niedrigen Bezugskosten und zu hohen Verkaufspreise die Notwendigkeit zum sparsamen Wirtschaften überhaupt entfiele. Allerdings ist nicht eine Selbstregulierung der Preise durch den Markt vorgesehen; die Preisfestsetzung soll immer auch ein **politischer** Akt bleiben, durch den die Priorität verschiedener gesellschaftlicher Interessen und bestimmter wirtschaftlicher Entwicklungsziele bestimmt wird.)
Allem Anschein nach haben sich die Reformen bisher bewährt: Während im 1. Halbjahr 1966 die Gesamtproduktion der sowjetischen Industrie gegenüber dem Vorjahr um 8 % und die Arbeitsproduktivität um 4,7 % zugenommen hat, betrugen diese Zahlen in den umgestellten Betrieben 10 bzw. 8 %. Zusammen mit den übrigen Maßnahmen des neuen Fünfjahrplanes haben sie der Gesamtwirtschaft zu einem neuen bedeutenden Aufschwung verholfen. Im Vergleich zu den Monaten Jan./Febr. 1966 wuchs die gesamte industrielle Produktion zu Beginn dieses Jahres um 11 %, die Arbeitsproduktivität um 6,9 %. Noch größer waren die Erfolge in der Landwirtschaft, die 1966 die größte Ernte in der Geschichte der SU verzeichnen konnte: statt, wie geplant, 53 Mio. t wurden dem Staat 74,9 Mio. t Getreide abgeliefert, insgesamt wurden 170,8 Mio. t Getreide geerntet. 1966 stiegen die Einnahmen der Kolchosbauern um 16 % und die landwirtschaftliche Bruttoproduktion wuchs um 10 %[32]).

[32]) „Sowjetunion heute" vom 1. August 1966 und 1. April 1967. Neue Züricher Zeitung vom 4. März 1967.

Von westlicher Seite ist immer wieder behauptet worden — und die chinesischen Vorwürfe der „Wiedereinführung des Kapitalismus in Rußland" stimmen hiermit in eigentümlicher Weise überein —, daß sich mit der „Zuwendung zu marktwirtschaftlichen Prinzipien" eine „Annäherung beider Systeme" vollziehe. Aber die Reformen haben das gesellschaftliche Eigentum an den Mitteln der Produktion in keiner Weise angetastet. Wohl werden von den Betrieben „Gewinne" erwirtschaftet, aber sie können nicht privatkapitalistisch angeeignet werden: außer ihren **Arbeitseinkommen** besitzen Wirtschafts-, Partei- und Staatsführer der Sowjetunion keinerlei Existenzmittel — dies auch gegen die These einer „neuen Klasse". Die Wirtschaftsreform in der UdSSR fördert „die Unternehmenslust, nicht aber das Unternehmertum" (Liberman). Und was die „Konvergenz" der verschiedenen Gesellschaftssysteme angeht, so wird sie nirgends mehr als in der UdSSR gewünscht — allerdings in einem anderen Sinne, als es sich die westlichen Apologeten des Kapitals träumen lassen: Auch die private Erwerbswirtschaft soll durch eine strukturelle Umwälzung ihre Fesseln abstreifen, so daß der gesellschaftliche Reichtum einer allgemeinen Emanzipation und nicht länger wie bisher primär der privaten Renditensteigerung und aggressiven außenpolitischen Zielen dient. „Wir sind für eine Annäherung, bei der die kapitalistischen Länder zum Sozialismus kommen [33])."

Schließlich wirft die Wirtschaftsreform auch auf die These von der „bürokratischen Entartung" des Sowjetsystems, die besonders durch Trotzkij (und in vergröberter Form durch J. Burnham, der bis 1939/40 Führer der New Yorker Trotzkisten war) bekannt geworden ist, ein neues Licht. Wiederum zeigt sich, daß die Bürokratie nicht eigentlich „herrscht", sondern nur **Funktionsträger** ist [34]). Die Reformen wurden von der Partei nicht aus Selbstinteresse beschlossen, im Gegenteil: die Tatsache, daß es nun „allen Arbeitern, Ingenieuren, Technikern und Angestellten mehr als bisher ermöglicht ist, bei der Leitung der Produktion mitzuwirken" (Prawda, 9. 3. 1966), kommt einer allmählichen Auflösung der sicher noch in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vorhandenen Erscheinungen von bürokratischer Bevormundung und oligarchischer Ab-

[33]) J. Liberman, „Literaturnaja Gazeta" 5. März 1966. — Auf die Fehler einer „Klassentheorie" hat E. Preobrashenskij bereits vor 40 Jahren hingewiesen: „Die roten Manager, die proletarischen Ingenieure und die Händler — sie alle sind Angestellte des Arbeiterstaates und führen wie alle anderen Arbeiter die Produktion aus, indem sie die allen gemeinsamen staatlichen Produktionsmittel benutzen." (The New Economics, London 1965, S. 189.)

[34]) Die völlig reibungslose Ablösung etwa Chruschtschows könnte zeigen, wie wenig faktische *gesellschaftliche* Macht hinter der „Sowjetbürokratie" steht.

kapselung gleich.
Dabei sollen die Reformen nicht nur im wirtschaftlichen Bereich eine Demokratisierung mit sich bringen. Durch die Partei (die in letzter Zeit immer mehr in der materiellen Produktion Beschäftigte aufnimmt)[35] und vor allem durch die Neubelebung der Aktivität der Sowjets und einer „sozialistischen Öffentlichkeit" sollen weiteste Bevölkerungskreise größere Mitsprache bei der Lösung aller wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben erhalten[36].
Selbst durch die „Armut der Gesellschaft" entstanden (Trotzkij), entzieht sich die Bürokratie mit der durch sie eingeleiteten Akkumulation und der Überwindung der allgemeinen Rückständigkeit schrittweise die historischen Voraussetzungen ihrer eigenen Existenz. Natürlich ist dies kein mechanisch ablaufender Prozeß — immer wieder zeigen sich die Folgen der Tatsache, daß die opferreiche „ursprüngliche sozialistische Akkumulation" praktisch zweimal durchlaufen werden mußte, wodurch sich in der SU die Erstarrung des politischen und gesellschaftlichen Lebens vervielfacht hat — aber solange es wirklich Anzeichen dafür gibt, daß sich die Partei an ihrer „selbstgestellten Hauptaufgabe, nämlich das Lebensniveau des Volkes zu heben" (Kossygin), orientiert — und die Wirtschaftsreform deutet in der Tat darauf hin —, wird man nicht sagen können, daß sie „nichts mehr gemein mit der in der Oktoberrevolution geschaffenen Sowjetdemokratie habe"[37]. Hier sei an eine Bemerkung Brechts gegenüber K. Korsch erinnert, daß die Sowjetunion „eben nicht nur ein arbeiterSTAAT, sondern auch ein ARBEITERstaat ist"[38].

[35] B. Meissner, Die soziale Struktur der KPdSU, „Osteuropa" 9/1966, S. 595. I. Deutscher weist darauf hin, daß mit dem raschen Wachstum einer industriellen Arbeiterschaft in den letzten 10 Jahren (1953 : 44 Mio; 1965 : 75 Mio in der Industrie Beschäftigte) eine entscheidende Voraussetzung der „Verselbständigung" der politischen und wirtschaftlichen Führungsspitze weggefallen sei. (Ironies of History, a. a. O., S. 129.)
[36] Breshnew auf dem XXIII. Parteitag (a. a. O., S. 141 f.)
[37] Vgl. den sonst ausgezeichneten Aufsatz von E. Germain, Le XXIII. Congrès du P. C. de l'URSS, „Quatrième Internationale", Juni 1966.
[38] Auszüge aus diesem Briefwechsel vom Nov. 1941 in „Merkur" 1963, S. 999.

# Dokumentation

## Sozialistische Politik?

### Bemerkungen zur Theorie einer Revolution „des einzelnen Menschen in den spätkapitalistischen Gesellschaften"

In den nachstehenden Diskussionsbeiträgen haben sich einige Marburger und Frankfurter Genossen kritisch mit dem Rundschreiben des Bundesvorstandes des SDS über „Niederlage und Erfolg der Berliner Protestaktion", der SDS-Korrespondenz Nr. 6 und vor allem mit dem Artikel von Reiche und Gäng in der nk 41 auseinandergesetzt. Der erste Beitrag (I.) versucht, die Zusammenhänge zwischen Terminologie und politischen Gehalten der „Konzeption" des BV zu analysieren. Im zweiten Beitrag (II.) soll untersucht werden, aufgrund welcher Kriterien der BV die „Zielgruppen" für seine „sozialistische Politik" ermittelt. Beitrag III. enthält eine Skizze der sozialökonomischen Voraussetzungen für eine alternative Strategie; danach soll in IV. ein Abriß der gegenwärtigen Streikbewegung in der BRD geliefert werden, die bei Reiche/Gäng „so wenig eindeutig" ist und „so unsichtbar und uneinsichtig" bleibt. Der V. Beitrag will kurz die Entstehung und Entwicklung der bestehenden Schülergruppen skizzieren. Abschließend soll ein Überblick über die vom BV als „traditionalistisch" bezeichnete Politik der ASO und der außeruniversitären sozialistischen Opposition gegeben werden. Dieser Beitrag (VI.) will gleichzeitig dem Bedürfnis nach einer — von seiten des BV bisher nicht geleisteten — objektiven Information über die Aktivitäten einzelner Gruppen der sozialistischen Opposition Rechnung tragen.

Beiträge von: Georg Büchner, I.; Dieter Boris, E. Abendroth, II.; Ulrich Rödel, III.; Gert Meyer, IV.; Renate Schmucker, V.; Lothar Peter, VI.

I

„Die theoretische Diskussion muß dazu beitragen, die politisch organisatorische Hilflosigkeit zu verringern", es gilt „die Probleme der gegenwärtigen Situation aufzunehmen und zu analysieren" — mißt man den Beitrag am Anspruch des Publikationsforums („Editorial" der nk 41/II), so führt er alle guten Vorsätze durch seine Sprachverwirrung, den unklaren Begriffsapparat wie durch inhaltliche Widersprüche und verquere politische Schlußfolgerungen ad absurdum.

Dem Organ des SDS und der ‚einzigen geschlossenen' sozialistischen Gruppe in der BRD kann es kaum nützlich sein, wenn die Autoren sich schlicht über einen wichtigen Grundsatz sozialistischer Theorie und Praxis hinwegsetzen: die Erarbeitung einer politisch-ökonomischen Analyse der Entwicklungstendenzen des zeitgenössischen Kapitalismus. — Beim argumentierenden Vorgehen mit zum größten Teil psycho-sozialen, oft unabgeleiteten und in „neulinkem" Deutsch vorgebrachten Kategorien weisen sie sich eher in den Hinterhof jener resignativen Gesellschaftskritik ein, die sie in bester Absicht selbst noch bekämpfen wollen: sie bleiben als „Ausdruck ihrer Schwäche" (17) selber „auf die Analyse der Überbauphänomene" (17) ausgerichtet. Sofern sie nicht in der Lage sind, „die Probleme der gegenwärtigen Situation ... zu analysieren", ist es ihnen nicht gegeben, diese Situation adäquat „aufzunehmen" (siehe Editorial nk 41/S. II). Das Psycho-Analysieren der gesellschaftlichen Verhältnisse mit Begriffen wie „Überindividualisierung", „Vereinzelung", mit „Vereinsamung des einzelnen" (SDS-Korrespondenz Nr. 6, S. V), mit gestelzten Sprachmonstren wie „personalisierbare Kernfamilie", mit unabgeleiteten Abstracta wie „Rollenanforderungen", mit phänomenologischen Termini wie „ideelle und materielle Gesamtkapitalisten"; naive und undeutliche Metaphern, wie „psychische Spannung, der das Individuum ständig ausgesetzt ist" (20 ff.), vermögen gewiß larmoyantes Mitleid mit den bedauernswerten Individuen von heute zu wecken, aber es ist mit solchen (nämlich „psychischen" — 21) Mitteln und „Prozessen" unmöglich, letztere durch „Aufhebung" zu „politischen zu machen" (21).

Die Sprache der Autoren verrät ihre Hilflosigkeit und Konfusion stringent durch die Art und Weise, in der sie aus den gegebenen Verhältnissen des spätkapitalistischen Gesellschaftssystems das politisch-ökonomische Rekrutierungsfeld qualifizieren, auf das primär sozialistische Arbeit auszurichten wäre: Die Arbeiterklasse. Mit „sich verfeinernden Manipulations- und Integrationstechniken" wird nicht nur eilig gerechtfertigt, daß den Arbeitern ihr ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis eben „so wenig klar und eindeutig" wie „unsichtbar" (17) bleibe, sondern die Autoren gehen unbeschadet der Mühe um Analyse der politisch-ökonomischen Verhältnisse (und unbeirrt von den tatsächlichen Spannungen und von möglicher sozialistischer Aktivität innerhalb der Arbeiterschaft) gleich noch einige Schritte weiter: auf die Arbeiterklasse als zentraler Basis und als wichtigstem Ziel sozialistischer Arbeit sei auch dann nicht zu rechnen, wenn sich „in nächster Zeit die Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und ihren ‚Tarifpartnern' verschärfen sollten" (17). Nach

diesen Feststellungen alternative sozialistische Arbeitsmöglichkeiten zu entwickeln fällt nun naheliegenderweise schwer; denn: „es wird in der nächsten Zeit nicht einmal ... durchgängig (?) möglich sein, die Richtigkeit oder Falschheit einer Konzeption nachzuweisen, usw. ...“ (18).

Dennoch wird geahnt, daß doch „von den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozessen und der Arbeit oppositioneller Kräfte“ (18) auszugehen sei. Mit keinem Wort wird darauf hingewiesen, von wem die „gesellschaftlichen Prozesse“ bestimmt werden, welche Klasse das Subjekt für diese „gesellschaftlichen Prozesse“ darstellt, oder welche Klasse das primäre Ziel effektiver sozialistischer Arbeit bedeuten soll.

Sozialistische Gruppen in der Arbeiterklasse können ohne viel Federlesens mit oppositionellen gesellschaftlichen Randgruppierungen wie sozialistischen Studenten, Provos und Schülern gleichgestellt werden, denn die Autoren sind erhaben über den Zweifel daran, wer eigentlich „in den spätkapitalistischen Ländern“ wie auch „in den ökonomisch abhängigen Ländern“ die „bestimmende, oft einzig oppositionelle Kraft“ repräsentiert — „die Studenten und Intellektuellen“ (27).

Allesamt sollen diese Gruppen erst einmal in einen großen Chor „Vom antikapitalistischen Protest“ eingesammelt werden, um später einmal „zur sozialistischen Politik“ eingestimmt zu werden (siehe Titel, nk 41, S. 17).

In der langen Wartezeit, die so auf dem mühseligen Weg in eine sozialistisch transformierte Gesellschaft zu überbrücken ist, setzen die Autoren, wie es scheint, einen bedeutsamen Teil ihrer Hoffnungen auf „die Jungen“ (22), oder auch auf linke „Junge“ (25): Diese seien „in der letzten Zeit immer weniger“ von den „traditionalistischen Organisationen angelockt“ worden, weshalb es den Autoren „aus politischen und psychologischen Gründen einleuchtet (25, 22), daß sie „noch am ehesten“ jene „subjektive Widerstandskraft“ (22) besitzen, die gegen die „ganze Macht der Unterdrückung und der Anpassung“ mobilisierbar sei.

Reiche und Gäng fordern eine „formal lockere und inhaltlich einheitliche“ politische Organisation; ihre Vorstellungen dazu sind ebenso locker wie ohne brauchbaren politischen Inhalt, geschweige denn begrifflicher Einheit und Konzeption. Es verwundert daher nicht, wenn die Autoren, gleichsam doch mit den besten Absichten am Schluß ihrer Darstellung zu dem Resultat gelangen, daß es nicht die Aufgabe des SDS sein könne — „Sozialisten zu organisieren“ (35).

Ihr Diskussionsbeitrag ist weder im kritischen Sinn „theoretisch“, noch trägt er irgend dazu bei, die „organisatorische Hilflosigkeit zu verringern.“ (Siehe Editorial nk 41/S. II.)

Der Leser spürt, daß er mit den „Geburtswehen“ bekannt gemacht werden soll, die nach Reiche/Gäng „so alt wie der Sozialismus“ sein sollen, und die also auch ihre schöpferische Arbeit begleiten. (SDS-Korrespondenz Nr. 6/ S. VI f.)

## II.

Zunächst wird behauptet, „der Klassenkampf in der BRD“ sei für die abhängigen Schichten „wenig klar und eindeutig ..., oft sogar unsichtbar und uneinsichtig“ (17). Dies gelte auch für die gesellschaftlichen Perioden, in denen

sich die Auseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern, den Studenten und der Universitätsbürokratie sowie zwischen „radikaldemokratischen Bürgern und Staatsautorität" verschärfen sollen. (Inwiefern die beiden zuletzt genannten Auseinandersetzungen zu Klassenkämpfen zu rechnen sind, wird nicht recht klar, deutet aber womöglich eine bislang zurückgehaltene Konzeption der Klassengliederung der spätkapitalistischen Gesellschaft an, auf deren Ausführung man mit Spannung warten muß.) Aus diesem Dilemma seien „keinerlei direkte Ableitungen bezüglich der Methodenwahl oder der Organisationsform möglich" (17). Auf der anderen Seite — so verkünden Reiche/Gäng selbstbewußt und orientierungssicher — „muß man neue Arbeitsformen finden, wenn man nicht resigniert traditionell oder hoffnungsvoll chinesisch warten will. „Jenseits dieser beiden Spielarten des „Attentismus" gilt es zu experimentieren: Objektive Analysen der gesellschaftlichen Lage und der Ansatzpunkte zu deren Veränderung kann es dabei nicht geben. Nach der Auffassung des BV ist jeder Vorschlag einer revolutionären Strategie apriori weder zu widerlegen noch zu beweisen, die konkurrierenden Strategen genießen prinzipiell Narrenfreiheit. „Heute kann bei uns jeder x-beliebige Sektierer irgendeine gesellschaftliche Gruppe als revolutionäres Subjekt präsentieren, ohne daß man ihm die Falschheit seiner Konzeption durch den Hinweis auf ein ‚aktuelles' revolutionäres Subjekt nachweisen kann (18)." Abgesehen davon, daß derlei Redensarten fatal an einige Weisheiten der Wissenssoziologie erinnern und Begriffe wie „revolutionäres Subjekt" unerläutert bleiben, scheint der BV sich mit dieser Generalfeststellung zunächst einmal selbst eine gewisse Freizügigkeit in seiner Interpretation gestatten zu wollen. So geht er gleich von dem Bekenntnis aus, daß ein ‚revolutionäres Subjekt' nicht zu finden sei und es nicht lohne, „an irgendwelchen belgischen Streiks . . . oder Schweigemärschen im Ruhrgebiet" sich „aufzugeilen". Interessant ist nicht nur die recht provinzialistische Interpretation dieser Vorgänge, sondern auch die Feststellung, daß diese der eingehenden Beschäftigung nicht lohnten, da sie offenbar keine „aktuelle Kraft" oder „aktuelle Tendenzen" aufzuweisen vermögen. Sie stehen dem BV schon so fern, daß er diese Ansätze nur noch nach den Bedürfnissen des psychischen Apparats von kritischen Kritikern beurteilen kann. Allenfalls dienen sie zum Aufgeilen (was der um psychische Bedürfnisse, ‚Attraktivität' und ‚Werbekraft' so häufig besorgte BV offenbar — wenn auch seinerseits nicht ganz konsequent — in diesem Fall für nutzlos hält), nicht etwa dazu, die Ursachen dieser Phänomene, ihre möglichen Auswirkungen und die für eine sozialistische Politik sich bietenden Ansatzpunkte zu untersuchen.

Die beiden Autoren, die sich vornehmen, „von gesellschaftlichen Prozessen" auszugehen, kommen weiterhin auf das Problem des Klassenkampfes zu sprechen, wenn sie abwechselnd dessen „Externalisierung", „Re-interna-

tionalisierung"*) und gar „Reinternalisierung" konstatieren bzw. prognostizieren. Mit dem Rückgang des „externalisierten Klassenkampfes" (der Ablenkung innerer Auseinandersetzungen in kapitalistischen Staaten auf äußere Feinde) durch Entspannungs- und Koexistenzpolitik der SU könne es zur Belebung des Klassenkampfes im Inneren der kapitalistischen Staaten kommen, wenn auch gleichzeitig die Gewerkschaften „immer systemstabilisierender werden" und sich die subjektiven Bedingungen für den Klassenkampf überhaupt verschlechtern werden. Wie hier die endgültige Diagnose unserer beiden Autoren ausfallen wird, hängt von — offenbar durch unser eigenes Tun unbeeinflußbaren — „Randbedingungen" ab. Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital schlage sich — so heißt es nach diesen einigermaßen unverbindlichen Deliberationen — subjektiv nicht derart nieder, daß er nach einer „revolutionären Lösung" drängt. Jedoch ist nicht länger auf dieses Drängen, noch darauf zu warten, daß „das Proletariat sich seiner selbst bewußt werde". Vielmehr wünschen unsere Autoren „vom einzelnen Menschen in den spätkapitalistischen Gesellschaften" auszugehen, da dieser nun mit seiner Vereinzelung und Vereinsamung ganz allein gelassen ist und sich daher immer mehr als ‚unser Adressat' anbietet. Die aus der konservativen Kulturkritik stammenden Termini sollen durch Einführung des noblen und sich wissenschaftlich gebundenen Begriffs der „Überindividualisierung" ihrer Untertöne und Nuancierungen entkleidet werden. Nachdem nun von den Autoren der obligatorische Stoff eines soziologischen Proseminars über den Zerfall der Vaterautorität und der bürgerlichen Familie und das Aufkommen der Massenmedien als neuen Sozialisationsagenturen brav nachgebetet worden ist, stoßen sie plötzlich auf entscheidende psychische Spannungszustände, die sie zum Ausgangspunkt dessen machen, was sie „sozialistische Politik" nennen. „Zum einen fehlt dem Individuum die Möglichkeit, dem System eine konkrete Negation entgegenzusetzen; was es an Negation zu leisten vermag, wird ihm von der Kulturindustrie schablonenhaft vorformuliert und so in das System integriert. Zum anderen wird ihm durch die Invarianz der neuen Anpassungsmethoden auch die Möglichkeit genommen, sich in die Rollenanforderungen ‚einzupassen' ... Die psychische Spannung, der das Individuum ständig ausgesetzt ist, nimmt damit ungeheuer zu (21)." Da diese Passage für die ‚Konzeption' der Autoren „vom vereinzelten Individuum" wie auch für ihre Strategie, diese psychischen Schwierigkeiten in politische Praxis zu transformieren, von entscheidender Bedeutung ist, hätte der Leser ein Recht darauf, Präziseres über diese Spannung zwischen Integration und Nichtintegration zu erfahren. Es bleibt z. B. unklar, wie durch die „Invarianz der neuen Anpassungsmethoden" (sind sie so invariant?) dem Individuum die Möglichkeit genommen wird, sich mit

*) Das zweimalige Auftauchen des Begriffs „Re-Internationalisierung" auf S. 19 der nk 41 ging auf einen Druckfehler zurück, den die Redaktion leider übersah. Es mußte hier ebenfalls „Re-Internalisierung" heißen. (Anm. d. Red.)

den gesellschaftlichen Forderungen und Rollenzwängen zu arrangieren. Obwohl dieser Satz eine zentrale These dieses Aufsatzes formulieren soll, bleibt er unabgeleitet und stellt bloß eine dogmatische Behauptung dar, die sich soziologisch drapiert.

Ganz analog zu den analytischen Bemühungen der Verfasser fällt ihre Beurteilung der verschiedenen sozialen Gruppen aus. Rasch und ohne viel Federlesen werden Organisationen wie SB, VUS, KPD den „resignativen Traditionalisten" zugeordnet, ohne daß man sich bei dieser Kategorisierung allzulange aufhielte. Die Arbeit in den Gewerkschaften teilen sie denen zu, die illusionär genug sind, von dort aus die SPD umkrempeln zu wollen. Ihr eigenes Verhältnis zu ‚den Gewerkschaften' ist viel simpler als das der von ihnen kritisierten Gruppen. Es ist zunächst eines zu deren Spitzen und Führungsbürokratien. Die Rede von den Gewerkschaften als „autonomer politischer Kraft" mit „sozialistischen Kernen" weisen sie als euphemistisch zurück. Obwohl die „Gewerkschaftspolitik" der Sozialisten mehr in deren Köpfen herumschwirre als faktischen Einfluß auf die Gewerkschaften ausübe (vgl. Rundschreiben S. 9), dürfe man doch die Gewerkschaften nicht ganz verkommen lassen. Es komme darauf an, ihnen ein Programm nichtreformistischer Wirtschaftspolitik zu präsentieren. Dies gütige Präsent auf dem Verhandlungstisch der gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre stelle zugleich eine Teillösung der vielbeschworenen Aufgabe der „Aufarbeitung der Niederlagen der Arbeiterbewegung" dar. Mit einem solchen Programm — dessen Notwendigkeit unbestritten ist — müßten sich die „Spitzen der fortschrittlichsten Einzelgewerkschaften" (Rundschreiben, S. 10) und die Sozialisten auseinandersetzen. Wie diese Auseinandersetzung, ohne daß der Gedanke ausgesprochen wird, Druck von unten auf die Gewerkschaftsführung auszuüben, erzwungen werden soll, bleibt rätselhaft; auch ist es illusionär, bei einer zahlenmäßig zunehmenden, von anderen Bevölkerungsteilen jedoch weitgehend isolierten Studentenopposition einerseits und einer als geschlossen und einheitlich angesehenen Gewerkschaft andererseits darauf zu hoffen, daß sich hier, gleichsam durch himmlische Erleuchtung, „politische Erkenntnisprozesse durchsetzen" (Rundschreiben, S. 10). Obwohl sich die Widersprüche und Klassenauseinandersetzungen im Weltmaßstab ebenso wie im nationalen Rahmen verschärfen sollen, und obendrein die besagte „Überindividualisierung" unpolitischen Protest hervortreiben wird, sei auf die Arbeiterklasse kaum zu rechnen. Da das Proletariat nicht über den nötigen Bewußtseinsstand und den genügend differenzierten psychischen Apparat verfügt, um der Herrschaft im Spätkapitalismus inne zu werden (und offenbar aus sich heraus dazu nicht so leicht gelangen kann), wenden sich die Intellektuellen enttäuscht von denen ab, die — wie einst gesagt wurde — nicht weil sie Göttern und Heroen gleichen die Signatur einer kommenden Umwälzung prägen werden, sondern weil sie das extreme Gegenteil derer sind, die sich bereits in dieser Gesellschaft bis zu einem gewissen Grad entwickeln können und das zufällige Privileg besitzen, gesellschaftliche Prozesse leichter zu durchschauen. Aufschlußreich ist die Stellungnahme des BV zu dem Verhältnis „der Stu-

denten" (der Nicht-SDSler) zu den übrigen hochschulunabhängigen aktuellen und potentiellen oppositionellen Kräften. Während „die Studenten" nur ein abstraktes Verhältnis zu den politischen, radikaldemokratischen, gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen außerhalb der Hochschule haben, tritt der SDS mit dem *Anspruch* der „Vereinigung universitärer und außeruniversitärer Probleme und Kämpfe auf". Damit ist quasi zugestanden, daß den SDS nur der Anspruch von den anderen politisierten Studentenorganisationen unterscheidet; in bezug auf seine Praxis gegenüber anderen außeruniversitären sozialistischen Organisationen kann kaum etwas anderes als deren Abstraktheit konstatiert werden. Immerhin fungiert dieser Anspruch als Restposten im sozialistischen Gewissen; jedoch in der spezifischen Interpretation der Einlösung dieses Anspruchs zeigt sich, wie wenig diese sich an sozialistischen Zielsetzungen orientiert. Das Verhältnis des SDS zu außeruniversitären sozialistischen Kristallisationspunkten werde sich auch *weiterhin an der studentischen und universitären Wirklichkeit orientieren.* „Dies nicht nur, weil diese Wirklichkeit tendenziell auch die anderer jugendlicher und intellektueller Kräfte ist", sondern auch, weil die neu hinzukommenden studentischen und intellektuellen Kräfte sich scheuen werden, einer „bürokratisch-traditionalistisch arbeitenden sozialistischen Organisation" beizutreten. Dem Bedürfnis einer Einheitsfront der Intellektuellen und Jugendlichen zuliebe wird auf eine Reflexion einer möglichen Politik verzichtet, die sich qualitativ von den Schul- und Hochschulaktivitäten unterscheidet und reale sozialistische Perspektiven aufzeigen könnte. Die Konzeption des BV hingegen könnte allenfalls „radikaldemokratisch" mit über den Hochschulbereich hinausweisenden Appendices genannt werden. Man will und muß über die Hochschule hinaus (vgl. Rundschreiben, S. 8) und bleibt ihr doch verhaftet. Aus dem Hintergrund dieser Strategie wird klarer, wieso der BV über die Aktivitäten etwa der ASO, die er als „traditionalistisch" abklassifiziert, nur hämisch „lachen" kann und andererseits in Euphorie über die Protestströmungen im Gefolge der Berliner Geschehnisse geraten kann. Bei der Austragung von Universitätskonflikten werden plötzlich Aufgaben des „traditionalistischen Sektors" übernommen und gelöst. So wird in bezug auf die durch die Berliner Konflikte ausgelöste Studentenbewegung forsch behauptet: „Wir sind mitten drin, die Niederlagen der sozialistischen Arbeiterbewegung praktisch aufzuarbeiten." (Rundbrief, S. 9.) — Ein Blick auf die französischen Verhältnisse zeigt, daß das Verhältnis von sozialistischen Studenten und Arbeiterbewegung durchaus nicht das von „progressitischen Protestlern" und „Traditionalisten" zu sein braucht. Im Kampf gegen den berüchtigten Plan Fouchet, der einen Abbau von Mitbestimmungsfunktionen der Studenten und spürbare finanzielle Kürzungen vorsah, wurde die Einsicht, daß die Studenten ohne die Unterstützung der Arbeiterbewegung selbst in allein auf die „universitäre Wirklichkeit" bezogenen Forderungen vollkommen machtlos bleiben müßten, zum Motor des praktischen Erfolges der Aktion. Nachdem die französischen Gewerkschaften sich mit dem Studentenstreik solidarisiert hatten, blieb der

Staatsmacht nichts anderes übrig, als den Plan Fouchet in der Versenkung verschwinden zu lassen. Diese Solidaritätskundgebung der Arbeiter beruhte nicht nur darauf, daß die Studenten ihrerseits ihnen vorher durch Sammlungen bei ihren Streiks ausgeholfen hatten, sondern auch auf der Tatsache, daß die UNEF sich als Gewerkschaft betrachtet und Studentensalaire statt der üblichen Stipendien forderte. Sie begründete dies damit, daß die studentische Arbeit sowohl in ihrer gesellschaftlichen Notwendigkeit als auch in ihrer Abhängigkeit nicht grundsätzlich von der eines Arbeiters sich unterscheidet, d. h. die universitäre der außeruniversitären Situation in bezug auf *Arbeit* und *Politik* (gesellschaftliche Praxis) nicht unähnlich ist. Obwohl ähnliche Konzepte und Forderungen in der Hochschuldenkschrift des SDS ausgearbeitet wurden, scheint die politisch-strategische Anwendung dieser theoretischen Einsichten und empirischen Bestätigungen bei Reiche/Gäng sehr in den Hintergrund getreten zu sein.

Wie sehr die „sozialistische Perspektive" des BV auf die „Ersatzklasse" sog. linker Jugendlicher zusammenschmilzt und sich zunehmend auf diese fixiert, zeigt sich an den überschwenglichen Lobeshymnen, die er sich für seine Schülerbund-Kreation spendet. Sie sind Ausfluß zweier dogmatischer Behauptungen, nämlich erstens, daß es für die BRD „die wichtigste und aussichtsreichste" Aufgabe sei, die „politische Kanalisierung und Disziplinierung der unpolitischen Protesthaltung der Jugendlichen" voranzutreiben und zweitens, daß sich jedwede oppositionelle Bewegung in den Metropolen primär auf „die Jungen" zu stützen habe — „aus politischen und psychischen Gründen" ist das Reiche/Gäng unmittelbar „einleuchtend". Wenn auch die Gründung eines Schülerbundes wichtig ist, etwa so wichtig wie die Neurekrutierung von SDSlern selbst, so kann doch dies nicht per se als revolutionäre Großtat sozialistischer Politik gefeiert werden. Fast „aus dem Nichts" hat sich der Schülerbund (freilich nicht ohne die Mäeutik des findigen BV) eingestellt, dennoch lag er bereits in der allgemein protestgeschwängerten Luft. Wie immer es auch um die Substantialität des mit stolz geschwelltem Kamm vorgeführten Attributs „sozialistisch" bestellt sein mag (vgl. Diskussionsbeitrag V), so bleibt doch ebenso wie beim SDS selbst — jedoch in noch dringlicherer Weise — zu fragen, ob durch die Arbeit an der Schule über eine gewisse Demokratisierung dieses Bereichs hinaus eine sozialistische Politik betrieben werden kann. So wichtig auch das Problem des „Ausgehverbots" und des „Zensurdrückens" für die Schüler sein mag, einer sozialistischen Politik stünde es wohl besser an, *zunächst* und *zuallererst* die arbeitenden Massen über generelle Demonstrationsverbote und Lohnreduzierungen aufzuklären. Bei allem Sich-Erhaben-Dünken über sog. traditionelle Vorgehensweisen und Arbeitsbereiche sozialistischer Politik — hier liegen doch die Knotenpunkte und Gravitationszentren gesellschaftlicher Prozesse und nicht etwa in der therapeutischen Absicht, die Schüler von rügenden Über-Ich-Zensuren beim Onanieren zu entlasten.

Wie dürftig auch das Elaborat der Gen. Reiche/Gäng sein mag, eines ist ihnen zu danken: sie haben es verstanden, einen repräsentativen und sym-

ptomatischen Querschnitt der Hilflosigkeit und der Orientierungsschwierigkeiten des SDS in einer Situation zu liefern, in der selbst angesichts schwindender Unklarheit des gesellschaftlich produzierten Scheins „die allgemeine Verdunkelung" und Konfusion auf die analytischen Aussagen selbst zurückzufallen droht.

III.

Die politische Funktion gesellschaftlicher Gruppen im Zusammenhang einer sozialistischen Strategie läßt sich nur durch eine politisch-ökonomische Analyse der Entwicklungstendenzen des zeitgenössischen Kapitalismus bestimmen. Daß den Autoren diese Einsicht marxistischer Theorie noch nicht völlig abhanden gekommen ist, äußert sich darin, daß sie ihre Psychopathologie des Klassenbewußtseins durch lässige Hinweise auf „aktuelle Tendenzen und Kräfte" (18), „gegenwärtige gesellschaftliche Prozesse" (18), „den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital" (20), „neue Widersprüche" (20) und „neu entstehende Widersprüche" (19) zu legitimieren trachten. Die Auskunft über die ökonomischen Ursachen der „Widersprüche" und „Prozesse" und die konkrete Gestalt und Entwicklung der „Klassenkämpfe" bleiben die Autoren hingegen schuldig. Um ihre Vorstellungen von „sozialistischer Politik" ins rechte Licht zu rücken, soll die notwendige ökonomische Analyse der Entwicklung des deutschen Kapitalismus, die ihnen offenbar als zu „traditionalistisch" und daher nicht der Mühe wert erschien, im folgenden skizziert werden. (vgl. dazu V. Mosler — Arbeitnehmereinkommen unter der Großen Koalition, nk 41; W. Rosenbaum — Der wirtschaftspolitische Auftrag der Großen Koalition, in: F. Lamm u. a. Die Große Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken, Ffm. 1967).

Die Politik der Führungen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften nach dem zweiten Weltkrieg verhinderte es, daß die Bereitschaft der deutschen Arbeiterklasse, nach dem Zusammenbruch des bürgerlichen Staats eine sozialistische Ordnung aufzubauen, in revolutionäre Aktionen umgesetzt wurde und daß die zielstrebige Politik der bald rehabilitierten deutschen Kapitalistenklasse und der Siegermächte den Institutionen eines kapitalistischen Systems von neuem Geltung zu verschaffen, auf organisierten Widerstand stieß. Währungsreform und Grundgesetz, die sichtbarsten Zeichen der politischen Niederlage der Arbeiterklasse, garantierten, daß sich der wirtschaftliche Wiederaufbau im Rahmen kapitalistischer Akkumulation vollziehen und die ökonomische Lage der Arbeiterklasse abhängige Variable des Akkumulationsprozesses sein würde.

Der Aufschwung des deutschen Kapitalismus und des kapitalistischen Weltsystems insgesamt (von den Autoren mit psychoanalytisch-semantischem Scharfsinn als „Externalisierung" (18) und „Re-Internalisierung" (19) des Klassenkampfs zureichend begriffen) beruht auf spezifischen historischen Bedingungen. Während der Nachholbedarf des privaten Konsums und die Rüstungs- und sonstige Nachfrage des Staats in der Rekonstruktionsphase in allen kapitalistischen Wirtschaften die Gewinnchancen privater Investoren derart gestaltete, daß sich der Akkumulationsprozeß ohne größere Stö-

rungen vollziehen konnte, bedurfte es für das „deutsche Wunder" einiger zusätzlicher Vorteile: der Lohnverzicht der Gewerkschaften am Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre erlaubte es den deutschen Kapitalisten, auf Kosten der Arbeiterschaft ihre Kapazitäten schnell auszubauen und so ihre Absatzchancen auf den Exportmärkten (z. B. während des Korea-Booms) wahrzunehmen; Vertriebene und DDR-Flüchtlinge stellten ein Reservoir ausgebildeter Industriearbeiter dar, das bis zum Ende der fünfziger Jahre als lohndrückende Reservearmee fungierte; die gegenüber anderen kapitalistischen Wirtschaften verspätet einsetzende Aufrüstung ermöglichte die vollständige produktive Akkumulation des Kapitals (produktivitätssteigernde moderne Kapazitäten); die durch die faschistische Kriegswirtschaft geprägte Industriestruktur verschaffte den deutschen Kapitalisten eine vorteilhafte Ausgangsposition, um vom internationalen Rüstungsboom und Bedarf an Produktions- und Investitionsgütern zu profitieren; das niedrige Lohnniveau und das Fehlen einer Rüstungsindustrie waren die Ursache dafür, daß das inländische Preisniveau relativ langsamer inflationiert wurde als das der rüstungsbelasteten Konkurrenzländer — daher die Kosten- und Preisvorteile der deutschen Exporteure auf dem Weltmarkt.

Der durch die Exportindustrien und die von ihnen ausgehenden multiplikativen Wirkungen geprägte Akkumulationsprozeß des deutschen Kapitals ließ die Investitions- und Produktionsgüterindustrien unabhängig vom Wachstum der Binnennachfrage expandieren. Vollbeschäftigung und steigende Löhne (durch Preiserhöhungen teilweise rückgängig gemacht) waren nur solange gesichert, wie sich den Unternehmern günstige, exportinduzierte Investitionschancen boten (wobei „günstige Investitionschancen" durch die Gewinnerwartungen in den konzentrierten Investitionsgüterindustrien definiert sind).

Anfang der sechziger Jahre geriet der Akkumulationsprozeß ins Stocken, u. a. dadurch, daß die strukturellen Bedingungen für die Fortsetzung des Exportbooms dahinschwanden. Die Wachstumsraten des realen Sozialprodukts und der Arbeitsproduktivität verringerten sich, der Konjunkturzyklus wurde kürzer und verlief flacher. Der Nachschub qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR versiegte; die Periode der „Überbeschäftigung" begann trotz der Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte. Der Wettbewerb der Unternehmen um die Arbeitskräfte trieb die Löhne in die Höhe. Erstmalig seit dem Kriege stieg das Einkommen je abhängig Beschäftigten schneller als das Volkseinkommen. Die Überwälzung der steigenden Lohnkosten auf die Preise beschleunigte die Inflation und glich das inländische Preisniveau der internationalen Norm an. Im Verlauf des Konjunkturzyklus 1964 bis 1966 wurden die deutschen Kapitalisten erstmalig vom profit squeeze bedroht: hohe Löhne und hohe Preise ließen die deutsche Industrie auf den in- und ausländischen Märkten ins Hintertreffen geraten; die ausländischen Konkurrenten bedrohten ihre Marktanteile. Die Deflationspolitik der Bundesbank tat ein Übriges, um die Gewinnerwartungen weiter zu verschlechtern. Seit dem Winter 1966 stagniert die private Investitionsbereitschaft. Die Schwere und Dauer der Rezession sind Indiz

für die strukturellen Akkumulationsschwierigkeiten, denen sich die deutschen Kapitalisten konfrontiert sehen. Um auf den internationalen Märkten wieder konkurrieren und rentabel akkumulieren zu können, ist für den deutschen Kapitalismus zweierlei vonnöten: 1. dem Beispiel der Konkurrenzländer (England, Frankreich, Italien) folgend, muß der Preis der knappen Ware Arbeitskraft gedrückt werden; 2. die Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft muß gemäß der technologischen Entwicklung verändert und verbessert, neue Technologien müssen entwickelt, die Kosten der privaten Investoren durch Infrastrukturinvestitionen gesenkt, die Industriestruktur muß durch beschleunigten Aufbau und Expansion der Wachstumsindustrien und durch Unternehmenskonzentration an die neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung und Konkurrenz angepaßt werden. Die Kosten dieser Maßnahmen zur Besserung der Gewinnchancen lassen sich in ökonomischen Kategorien als eine Erhöhung der Investitionsquote (die ohnehin schon eine der höchsten der Welt ist — 26 % des Bruttosozialprodukts) begreifen; d. h., sie sind durch Konsumverzicht zu finanzieren.

Es ist daher auch nicht möglich, die gegenwärtige Rezession durch extensives deficit spending und Nachfrageexpansion (Erhöhung der Sozialausgaben, Steuersenkungen) zu überwinden; die schnell herbeigeführte Vollbeschäftigung würde das Inflationstempo beschleunigen, die strukturellen Umstellungen würden erschwert oder unmöglich gemacht. Nach einem kurzen Konjunkturzyklus würde wahrscheinlich eine weit schwerere Rezession die Gewinne und Machtpositionen der deutschen Kapitalisten noch stärker bedrohen.

Nur im Zusammenhang dieser ökonomischen Entwicklungstendenzen ist sinnvoll von einem „aktiven (Klassenkampf) von oben" (18) und von „Verschärfungen des Klassenkampfes" (19) zu sprechen. Die Unternehmen nutzen die Rezession aus, um den wage drift und die Sozialleistungen, die sie im Boom als Köder benutzen, zu beseitigen. Eine mit wirtschaftspolitischen Mitteln herbeigeführte Verzögerung des Konjunkturaufschwungs und eine staatliche Einkommenspolitik sollen Löhne drücken und die Arbeiterschaft durch aktuelle und drohende Arbeitslosigkeit disziplinieren; die Notstandsgesetze stellen die Instrumente für die faschistische Variante des Lohnabbaus bereit. Wie angesichts dessen die Autoren behaupten können, daß der „Klassenkampf sich ... verdeckt ... abspielt" (18), bleibt unerfindlich.

Die einzige gesellschaftliche Gruppe, die in der gegenwärtigen Situation von den konkreten politisch-ökonomischen Krisentendenzen und Konflikten direkt betroffen ist, ist die deutsche Arbeiterklasse. Sie hat ein unmittelbares Interesse daran, ihren Lebensstandard zu verteidigen, sich gegen Lohnabbau und ausbeuterische wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Wehr zu setzen und sich für die Unabhängigkeit ihrer Organisationen einzusetzen. Die kompromißlose Verteidigung dieser Interessen stellt im gegenwärtigen Entwicklungsstadium des deutschen Kapitalismus das System unmittelbar in Frage. Nur die deutsche Arbeiterklasse kann Träger einer sozialistischen Politik sein, da sie aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß über die Macht verfügt, diese

Politik wirksam durchzusetzen. Alle anderen gesellschaftlichen Gruppen sind zur politischen Ohnmacht verurteilt, da sie für die Funktionsweise des Systems nur sekundäre Bedeutung besitzen; man kann ihnen recht unproblematisch den Brotkorb höher hängen und sie von Fall zu Fall zusammenknüppeln. Nur indem sie sich mit der Arbeiterklasse verbünden und deren Kampf unterstützen und dessen Ziele artikulieren helfen, können sie verhindern, daß ihre „feineren Organe", „Bewußtseinsstand" und „psychischer Apparat" (27) nachhaltig Schaden nehmen.

Wenn die Autoren mit saturiertem akademischem Weitblick prognostizieren, „daß nicht damit zu rechnen ist, daß die Klasse ‚Proletariat' in nächster Zeit zur Klasse für sich wird" (30), so ist ihnen, die doch als bestallte Hüter sozialistischer Positionen fungieren, anzuempfehlen, bei Marx nachzulesen, wie das Proletariat zur „Klasse für sich" wird; sicherlich nicht dadurch, daß die, die das zufällige Privileg besitzen, die marxistische Theorie kennengelernt zu haben, sich mit Kommilitonen und Schülern um ihre Psyche und deren verfeinerte Unterdrückung (27) bekümmern, sondern einzig, indem sie an die konkreten ökonomischen Konflikte anknüpfen und denen, die „verschiedene Autotypen klassifizieren können" (27) und mehr verdienen anstatt arbeitslos sein wollen, bewußt machen, daß sie ihren Lebensstandard und ihre Organisationen verteidigen müssen, daß dieser konsequente Verteidigungskampf in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus unvermeidlich zur Konfrontation mit dem Staat führt und daher nur der politische Kampf für eine sozialistische Ordnung ihre Interessen zu wahren vermag. Der Kampf gegen die Angriffe der Unternehmer und des Staats setzt sich fort im Kampf um ein revolutionäres Programm der Gewerkschaften gegen alle nur radikaldemokratischen oder integrativen Tendenzen. Der konsequente Kampf um die aktuellen Tagesinteressen wird zu diesem Programm gedrängt werden. Die bewußten Teile der Gewerkschaften, die diesen Kampf führen, können allein der Kern einer sozialistischen Partei sein und nicht irgendwelche „Jungen" oder Alten, Studenten oder Provos, Ostermarschierer oder Gewerkschaftsfunktionäre, die aus „psychischen Gründen" (22) dafür prädestiniert sein sollen.

Ausgehend von den heutigen Tageskämpfen für den Aufbau dieser Partei in den Gewerkschaften zu arbeiten, ist die zentrale politische Aufgabe des SDS, und sie wird wahrlich schwerer sein, als die Organisation von 20 Schülergruppen, denen der BV die Hauptaufgabe zeitgenössischen sozialistischen Bemühens unterschiebt.

## IV.

Es muß zugegeben werden, daß die Industriearbeiterschaft in der Krise des westdeutschen Kapitalismus nur wenig unter dem Problem einer „Überindividualisierung" leidet und ihren „Hoffnungspunkt" nur sehr selten in dem „Erlebnis der Gemeinsamkeit" sieht; auch ist die „Auflösung der klassischen bürgerlichen Familie" ebensowenig Ursache ihrer Protestbewegung gegen die verstärkten wirtschaftlichen und politischen Unterdrückungsmaßnahmen wie der ihr angedichtete Mangel eines differenzierteren „psychischen Apparats",

der die „ständig sich verfeinerten Manipulations- und Integrationstechniken" in der Klarheit aufdecken könnte, wie es die „Jungen" vermögen. So entbehren die Streiks und die spontanen Aktionen zahlreicher Betriebsbelegschaften gegen die Massenentlassungen, die Lohnkürzungen und die politischen Repressivmaßnahmen, die in dem Artikel von Reiche/Gäng kaum Erwähnung finden, denn auch jener „schillernden Attraktivität", die den psychischen Protesten der Provos und Kommunarden attestiert werden. Die Streikbewegung der letzten Monate gegen den beschleunigten Abbau der staatlichen und betrieblichen Sozialleistungen und die wachsende Unternehmerwillkür zeigen allerdings (auch wenn man dies nicht wahrhaben will), daß weite Teile der in der Industrie beschäftigten Arbeiterschaft nicht nur die Fähigkeit erlernt haben, „verschiedene Autotypen klassifizieren zu können".

Die kapitalistische „Überwindung" der gegenwärtigen Wirtschaftskrise führte dazu, daß sich zahlreiche Verbrauchssteuern schlagartig erhöhten, daß innerhalb eines Jahres (vom April 1966 bis April 1967) über 600 000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, daß seit Herbst letzten Jahres die effektiven Bruttoverdienste der Arbeitnehmer fortwährend gefallen sind (die Lohnzahlungen waren im 2. Quartal 1967 2 %, in manchen Wirtschaftszweigen, wie etwa der metallverarbeitenden Industrie, sogar 6 bis 7 % niedriger als im Vorjahr), während der Preisauftrieb sich nur wenig verringert hat. Die planmäßig auf Kosten der Arbeiterschaft betriebene „Gesundschrumpfung" der Unternehmungen führte etwa in Hessen zu einem Abfall der Produktion pro Arbeitstag gegenüber dem Vorjahr um teilweise über 10 % (Fahrzeugbau —13 %, Maschinenbau —12 %, elektrotechnische Industrie —6 %). Diese im Sinne der Renditenerhaltung und -steigerung vorgenommene „Lösung" der Krise hat an vielen Arbeitsplätzen zu einer Abkehr von den integrativen Ideologien der „Sozialpartnerschaft" und der „sozialen Symmetrie" geführt und den in der Phase der Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung oft verhüllten herrschaftlichen Charakter des kapitalistischen Arbeitsverhältnisses klarer und durchsichtiger werden lassen.

Die Sozialisten haben sich an den Arbeits- und Lohnkämpfen der letzten Zeit (sie sind für die Metallindustrie in dem „Weißbuch zur Unternehmermoral" der IG Metall zusammenfassend beschrieben worden) nicht „aufzugeilen", sondern sie vielmehr überhaupt erst einmal zur Kenntnis zu nehmen, zu untersuchen und politische Konsequenzen aus ihnen zu ziehen:

— in der Roland Offsetmaschinenfabrik Offenbach (3000 Beschäftigte) streikte die gesamte Belegschaft im November letzten Jahres drei Tage lang erfolgreich gegen die geplanten Arbeitszeitverlängerungen und Akkordkürzungen sowie die Streichung von betrieblichen Sozialleistungen;
— Ende Dezember traten die Arbeiter der Maschinenfabrik Singer (Creußen) wegen einer 20prozentigen Vorgabezeitenverkürzung, die den Durchschnittsverdienst der Akkordarbeiter (ca. 800 DM) um 120 bis 150 DM verringert hätte, in einen Streik: nach einer Klage der IG Metall beim Arbeitsgericht wurden diese Maßnahmen zurückgenom-

men;

— die gleichen Ziele verfolgte eine spontane, erst später von den Gewerkschaften geleitete Protestversammlung von 800 Arbeitern in der Gutehoffnungshütte Oberhausen;

— in den Essener Eisenwerken Schnutenhaus streikten 150 Arbeiter 4 Tage lang gegen die bis zu 15prozentige Kürzung der Löhne, die allerdings schließlich doch um 10 % verringert wurden;

— obwohl ihnen die fristlose Kündigung angedroht war, streikten im Mai dieses Jahres spontan 180 Belegschaftsmitglieder der Maschinenfabrik Speth (Wuppertal) gegen die Kürzung der Akkordlöhne um 1,— DM pro Stunde: die Arbeiter wurden entlassen, kurz darauf jedoch ohne wesentliche Lohnkürzungen wieder eingestellt;

— infolge der Arbeitsniederlegung von 850 Arbeitern der Werkzeugmaschinenfabrik Heidenreich (Hamburg) wurde die von der Unternehmensleitung vorgenommene Streichung der Akkordprämien zurückgenommen;

— bei Rheinstahl-Hanomag (Hannover), wo in den letzten 15 Monaten bereits 1100 Arbeitsplätze eingespart wurden, traten im April über 3000 Arbeiter wegen einer ab Juni geplanten 5,5prozentigen Gehaltskürzung und dem beabsichtigten Abbau übertariflicher Zulagen für Akkord- und Zeitlohnarbeit um ebenfalls über 5 % in den Streik: innerhalb von 2½ Wochen wurde die Arbeit aus Protest gegen diese Maßnahmen noch zweimal niedergelegt, wobei zahlreiche Solidaritätskundgebungen und Geldspenden der niedersächsischen Arbeiterschaft mit dazu beitrugen, daß am 19. Mai die Werksleitung den größten Teil der angekündigten Maßnahmen zurücknahm, worauf dann die Arbeit wieder aufgenommen wurde (vgl. die „Arbeiterpolitik" vom 29. Mai 1967).

Die Beispiele dieser spontanen Proteste der industriellen Arbeiterschaft gegen die „Bereinigung" der Krise auf ihre Kosten, gegen die Einführung von Kurzarbeit, die Lohnkürzungen und die Streichung dessen, was der Unternehmerjargon „Sozialklimbim" nennt (so das MdB Arthur Miesbach von der CDU in den „Vertraulichen Mitteilungen" an die Unternehmer), weiter gegen die in letzter Zeit immer häufiger werdenden Einschränkungen der Tätigkeit des Betriebsrates und die Zensur der Arbeiterpresse in den Betrieben ließen sich noch vermehren: sie zeigen, daß Teile der Arbeiterklasse (z.T. unabhängig von den Betriebsräten, denen durch das Betriebsverfassungsgesetz die Hände gebunden sind, und auch unabhängig von den Gewerkschaften und gegen die Aussöhnungstaktiken und Disziplinierungsmaßnahmen von seiten ihrer Spitze) die richtige Antwort auf Lohnabbau und soziale Demontagen gefunden haben. Dabei weisen die Gegenaktionen der Arbeiter zuweilen bereits über die unmittelbaren Anlässe zu den Protesten hinaus. Die geplanten und vielerorts bereits eingerichteten bewaffneten Werkselbstschutzeinheiten; die in Kontakt mit den Abschirmdiensten vorgenommenen „Planspiele" gegen wirtschaftliche und politische Streiks der Arbeiter; die Paragraphen des offen auf einen Bürgerkrieg hin angelegten Selbstschutzgesetzes, bei dessen Vorbereitung und

Durchführung die staatlichen, privatwirtschaftlichen und militärischen Organisationen in einer Aktionseinheit auftreten (vgl. hierzu K. Kullmann in der Mainummer der „Arbeitshefte"); die — in Berlin bereits vorgenommene — Ausrüstung der Polizei mit Nato-Schnellfeuergewehren und ihre gemeinsam mit Bundeswehr und Grenzschutz vorgenommenen „Notstandsmanöver"; schließlich die Rechtfertigung all dieser Maßnahmen durch die im Bundestag vertretenen politischen Parteien — dies alles führt dazu, daß die am weitesten fortgeschrittenen Teile der Belegschaften immer deutlicher den Zusammenhang zwischen ihren Tagesforderungen und einer weiteren politischen Perspektive erkannt haben. Bereits beim Hanomag-Streik spielten die Fragen der Notstandsgesetze und des sog. Betriebsselbstschutzes eine bedeutende Rolle. In letzter Zeit haben sich bei Merck und bei Röhm & Haas in Darmstadt sowie in Rüsselsheim (wo zu Beginn dieses Jahres über 6000 Belegschaftsmitglieder — oft unter skandalösen Umständen — entlassen worden sind) spontan Betriebsausschüsse zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter konstituiert (vgl. die „Andere Zeitung" vom 29. Juni). Ähnliche Zusammenschlüsse, die teilweise auch von gewerkschaftlicher Seite unterstützt werden, sind bei den Höchster Farbwerken zu beobachten. Während man sich anderenorts den Kopf darüber zerbricht, ob „das Proletariat sich in nächster Zeit zur Klasse für sich" entwickelt und entwickeln kann und welche Möglichkeiten für eine „neulinke sozialistische Politik" bestehen, wird an den Arbeitsplätzen bereits (und durchaus „traditionalistisch") darüber diskutiert, in welcher Form man sich gegen den vereinigten Angriff der Unternehmer und des Staates zur Wehr setzen kann.

Alle diese Ansätze sollen nicht als Vorboten einer unmittelbar bevorstehenden sozialen Revolution angesehen werden — es gilt nur, auf die einfache Tatsache hinzuweisen, daß sich der SDS in dem Maße selber aufgibt, wie er den Kontakt zur Arbeiterbewegung verliert. Natürlich ist die Organisierung der Schülerbewegung von Bedeutung. In einer Zeit jedoch, in der sich die strukturellen Krisen des kapitalistischen Systems in der BRD (und auch — wie die letzten Massenstreiks in England und Frankreich zeigen — der übrigen westeuropäischen Staaten) nicht länger verdecken läßt, können die „Zielgruppen" einer sozialistischen Strategie — auch wenn Reiche und Gäng das Gegenteil anzunehmen scheinen (vgl. nk S. 32) — weniger denn je willkürlich oder bloß nach dem Ausmaß ihrer psychischen Probleme ausgewählt werden, sondern sind nach ihrer gesamtgesellschaftlichen Relevanz zu bestimmen. Die Zeiten einer offenen Krise des Systems werden vielleicht immer kürzer und die seiner relativ stabilen Phasen infolge des verbesserten wirtschafts- und währungspolitischen Instrumentariums des Staates womöglich immer länger. Um so mehr kommt es darauf an, außerhalb der Universität in den Betrieben und den Gewerkschaften feste politische Kerne (Kader) zu schaffen, die dann in dem entscheidenden Moment, wo sich die sozialen Widersprüche verschärfen und erneut allen transparent werden, zu Kristallisationspunkten für die Gegner des Systems werden, deren Interessen formulieren und so — ohne auf parlamentarische Aktionen fixiert

zu sein — die Frage der politischen Macht auf die Tagesordnung setzen.

V.

Auf der Suche nach einem neuen Träger sozialistischer Politik haben Reiche/Gäng eine Schülerbewegung „aufgespürt", die „ihresgleichen in der Zeit nach dem Faschismus nicht findet" (32). Diese Bewegung rekrutiert sich aus den zu „unpolitischem Protest ... Protestbereiten", aus Fiebernden und moralisch Rebellierenden (30). Den so beschriebenen orientierungslosen Jungen wird eine gigantische historische Aufgabe zuerteilt: an ihnen liegt es, gegen den „allimperialistischen Zusammenschluß" (31) anzutreten und „in der BRD alle Möglichkeiten sozialistischer Opposition auszunutzen" (31). Eine politische Anleitung zur Bewältigung dieser Aufgabe kann der BV nun jedoch nicht liefern.

Gegenüber seinen Visionen lohnt es sich, die Entstehung und Entwicklung der Schülerorganisationen zu untersuchen. Im Februar 1967 trafen sich auf Einladung des BV etwa 60 Schüler in Frankfurt/M., um die Gründung eines Schülerbundes zu diskutieren. In fünf Städten hatten sich bereits Schülergruppen konstituiert. Aus ihrer Berichterstattung ging die spezielle Problematik solcher Schülerzirkel hervor: sie forderten sachliche Informationen etwa über die Geschichte des Dritten Reiches, die politischen und sozialen Verhältnisse in der BRD, weiter Aufklärung in Sexualfragen. In Arbeitskreisen der einzelnen Gruppen sollte eine fundierte Kritik der autoritären Struktur der Schule in Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungstendenzen geliefert werden.

Die kräftige materielle Unterstützung des BV ermöglichte Mitte Juni in Frankfurt eine Delegiertenkonferenz und einen allgemeinen Schülerkongreß. Hier zeigte sich, daß sich inzwischen zahlreiche neue Zirkel gebildet hatten. Dem „Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Jugend" (AUSS), das bereits im Februar gegründet worden war, schlossen sich 20 Gruppen an, die etwa 600 bis 1000 Schüler vertraten. Von den anwesenden Delegierten wurden allerdings nur 6 Gruppen vertreten, die sich „sozialistisch" nannten. Über die Hälfte der Delegierten sprach also für Gruppen, die ihre Zusammenarbeit mit dem SDS nicht so verstanden wissen wollten, daß ihre Existenz an revolutionäre Kraftakte des BV gebunden sein soll.

Seither hat sich ein großer Teil der organisierten Schüler und der Sympathisanten gegen ihre Apostrophierung als Sozialisten oder gar als Platzhalter der in den Augen von Reiche/Gäng bankrotten Arbeiterklasse gewandt. Hierbei gingen sie von ihren alltäglichen Erfahrungen aus: im Gegensatz zu der Konzeption des BV, nach der aus der doppelten (und materiell begründeten) Abhängigkeit der Schüler von Elternhaus und Schule ihr emotionales Aufbegehren sich notwendig zu sozialistischen Zielen hin entwickelt, haben die Schüler verspürt, daß die realen Repressalien der Erwachsenen durchaus dazu geeignet waren, politisches Handeln zu unterbinden, noch lange bevor es tatsächlich sozialistische Konturen gewinnen konnte. Vielen erschien es uneinsichtig, ihre Arbeitskreise oder die Diskussionen mit Lehrern mit dem Attribut sozialistisch zu belegen. In manchen Städten, etwa in Frankfurt/M. und Freiburg, kam es zu

Abspaltungen und Gründungen von Gegengruppen, die sich auf ein gemäßigteres Programm beschränken. Die Gruppen dagegen, die an einem sozialistischen Programm festhalten wollen, sind in der Gefahr, durch wortradikale Flugblätter (vgl. 1. Flugblatt des Göttinger USSB) und unpolitische Provo-Aktionen sich über ihre beschränkten Möglichkeiten hinwegzutäuschen. Beide Entwicklungen haben bisher gezeigt, daß objektive Gründe der Realisierung des so anspruchsvollen BV-Programms entgegenstehen.

Hinzu kommt, daß dem BV eine Beschränkung der Aktivitäten auf die Schule als explizit sozialistische Politik erscheint (vgl. S. 32), während ihm für Vortragsreihen, Arbeitskreise, Diskussionsforen, Kundgebungen und überregionale Schülerzeitungen anscheinend nur noch der Ausdruck „traditionalistisch" einfällt. Die Polemik gegen die Schülermitverwaltung (SMV), die nur „ein Sandkastenspiel der Demokratie" (siehe das Informationsblatt des AUSS) erlaubt, wird damit unglaubwürdig und muß wirkungslos bleiben, denn eine politische Arbeit, die als ihr Betätigungsfeld allein die Schule ansieht — und Reich/Gäng haben dies besonders betont —, wird kaum andere Funktionen übernehmen können als die SMV und kann im besten Fall „konstruktive Kritik" üben; wegen ihrer Harmlosigkeit wird sie allgemeinen Anklang bei der Lehrerschaft finden.

Während eine sozialistische Politik gesamtgesellschaftliche Prozesse zu begreifen und zu verändern suchen sollte, sieht der BV die Beschränkung der politischen Praxis auf isolierte gesellschaftliche Bereiche und Institutionen bereits als hinreichende Bedingung für eine sozialistische Strategie an. Gerade die Betonung der Arbeit „an der Schule" muß dazu führen, daß das Entstehen eines politischen Bewußtseins, das die Funktion der schulischen Institution im gesellschaftlichen Rahmen bestimmen kann, verhindert wird. Dagegen müssen die tatsächlichen Initiativen einzelner Schülergruppen als weitaus realistischer erscheinen, wenn sie — wie z. B. der Marburger UDS — zwar ihre Möglichkeiten innerhalb der Schule auszunützen versuchen, gleichzeitig aber außerschulische Veranstaltungen durchführen. Möglicherweise unbewußt haben sie mit einer solchen Konzeption die Verbindung einer politischen Betätigung innerhalb wie auch außerhalb gesellschaftlicher Institutionen — die ebenso wie die Diskussionen der Beteiligung an Wahlen, Parlamentsarbeit etc. ein durchaus traditionelles Thema der Arbeiterbewegung ist — besser verstanden als der „sozialistische" BV.

Neben dieser Beschränkung der politischen Praxis hat sich der BV darüberhinaus auf die zahlenmäßig wohl kleinste Gruppe der „Jungen" gestützt, wenn er mit seiner Schülerkonzeption hauptsächlich Gymnasiasten anspricht (nach den bisherigen Informationen hat es nur die Berliner USG fertiggebracht, auch Berufsschüler in die Organisation einzubeziehen). Volksschüler, Lehrlinge und junge Arbeiter bleiben völlig unberücksichtigt. Hier vermeint man tatsächlich etwas von jenem elitären Denken zu verspüren, gegen das sich der BV formal ausgesprochen hat. Wahrscheinlich fallen in seiner Vorstellung diese Gruppen der allgemeinen Manipulation zum Opfer, während aus unerfindlichen Gründen die „Intellektuellen" ihr entgehen sollen. Hier

müßte gefragt werden, inwieweit nicht ihrerseits die Politik des SDS mit dazu beigetragen hat, daß nur ein geringer Teil der arbeitenden Bevölkerung angesprochen worden ist, so daß die vom BV angeführten Gründe für seine Abkehr von der „traditionalistischen" Strategie („Apathie der Arbeiterklasse" etc.) selbst Resultat der bisherigen SDS-Politik sind. Natürlich wären diese Gruppen nur durch Aktionen außerhalb der Schule anzusprechen, wie es etwa der „Rundbrief zum Aufbau einer revolutionären Organisation der Jugend" des Genossen R. Haase (bei allen seinen Schwächen) richtig hervorhebt, und wie es z. B. der Verband sozialistischer Mittelschüler in Österreich praktiziert.

VI.

Dem Bundesvorstand des SDS genügt es offenbar nicht, den Klassenkampf in den Universitätsbereich zu evakuieren, es genügt ihm auch nicht, in einem heftigen Anfall theoretischer Konfusion, die Schülergruppen zu sozialistischen Organisationen *aufzusteilen* und einzig die Opfer der vaterlosen Familie zu potenziellen Trägern gesellschaftlicher Veränderungen zu küren — zu allem Überfluß sieht sich der BV gleichfalls genötigt, diejenigen Organisationen abzukanzeln, die versuchen, außerhalb der Hochschule Ansätze sozialistischen Bewußtseins zu entwickeln. Mit einer gehörigen Portion von Schadenfreude und von keiner Sachkenntnis geplagt, wird eine sich wohlweislich auf Stichpunkte beschränkende „Analyse" von DFU, VUS, SB u. a. offeriert, die a priori auf den Vorwurf traditionellen Sektierertums abstellen.

Indessen hat die am 17. Juni in Frankfurt stattgefundene Konferenz, an der Vertreter der oben erwähnten Organisationen und anderer lokaler sozialistischer Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen, gezeigt, daß der BV des SDS hinter der realen Entwicklung herhinkt. Nach monatelanger Vorbereitung und ständiger Korrespondenz zwischen den einzelnen Gruppierungen konnte auf der Tagung, die ein die Lage der westdeutschen Linksopposition definierendes Referat des Genossen Prof. Abendroth einleitete, Fortschritte erzielt werden. Die überwiegende Mehrheit der Konferenzteilnehmer erkannte die Notwendigkeit, die Aktivitäten der westdeutschen Sozialisten zu koordinieren. Diese Einsicht drückte sich u. a. in der Wahl eines zentralen Arbeitsausschusses und der Konstituierung eines „Sozialistischen Büros" aus. Während dem „Sozialistischen Büro" insbesondere die Aufgabe zukommt, organisatorisch-politische Arbeit zu leisten und einen zentralen Informationsdienst herauszugeben, wurde der Arbeitsausschuß damit beauftragt, einen Programmentwurf der Sozialistischen Opposition zu formulieren, der auf einer für den Herbst geplanten Konferenz vorgelegt und zur Diskussion gestellt werden soll.

Es ist natürlich einfach, die ersten gezielten Versuche, eine zersplitterte sozialistische Opposition zusammenzufassen, und sie im Stadium des sich verstärkenden Klassenkampfes auf die Industriebetriebe und existenten Organisationen der Arbeiterbewegung auszudehnen, mit Vokabeln wie „traditionalistisch" und „Abenteurertum" zu verunglimpfen, wenn man die gesellschaftliche Produktionssphäre als das

wichtigste Aktionsfeld sozialistischer Praxis gegen die Probleme des „einzelnen Menschen" eintauscht. Es ist ebenfalls sehr einfach, wenn auch oberflächlich und falsch, das „Proletariat" unter Mißbrauch Marxscher Kategorien als eine auch künftig undifferenzierte lethargische Masse abzustempeln. Aus demselben unhistorischen, am status quo klebenden Denken, das im Proletariat eine abstrakte Konstante vermutet, mit Begriffen wie „anthropologischer Belastbarkeit" jongliert und sich in der grob fatalistischen Burteilung der aktuellen gesellschaftlichen Situation breitmacht, resultiert dann auch die Kapitulation vor dem Fetisch Parteibildung, den man der außeruniversitären sozialistischen Opposition so fleißig unterjubeln will.

Anstatt uns mit den nebulosen Gefahren von „Rollenzwängen" zu beschäftigen, und uns mit der sonderbaren Frage abzumühen, ob wir denn in zehn Jahren so weit sein könnten wie die PSIUP, haben wir unsere Energien dafür eingesetzt, sowohl die Koordinierung bereits bestehender sozialistischer Organisationen vorwärtszutreiben, als auch lokal arbeitende sozialistische Gruppen zu bilden, mit dem erklärten Ziel, einerseits die existierenden Einpunktbewegungen effektiver zu unterstützen, und sozialistische Aktivitäten innerhalb der Gewerkschaften und auch der SPD zu stärken, andererseits durch ein linkes Alternativprogramm zur großen Koalition allen westdeutschen Sozialisten einheitliche Alternativen anzubieten. Entsprechend der durch Tagesereignisse permanent bestätigten Einsicht, daß der Klassenkampf am intensivsten immer noch in der Produktionssphäre ausgetragen wird (das bestätigen auch jene unterprivilegierten, jüngst zum Mythos aufgebauschten Randgruppen), haben wir versucht, möglichst viele abhängig Arbeitende zu gewinnen. Soziale Zusammensetzung, Mitgliederzahlen und politische Funktion der einzelnen Gruppen sind verständlicherweise im aktuellen Stadium der Entwicklung heterogen. Sie bestimmen sich durch regionale Infrastruktur, lokale politische Kräfteverhältnisse und Intensitätsgrad der Zusammenarbeit zwischen bereits existenten sozialistischen Gruppierungen. Ob und wann die Gründung einer sozialistischen Partei möglich sein wird, hängt davon ab, inwieweit einerseits die verschiedenen Gruppen die Kooperation zu verbessern und ihre Mitgliedschaft zu vergrößern vermögen, inwieweit andererseits „Sozialistisches Büro" und zentraler Arbeitsausschuß der ihnen zugewiesenen Vermittlungsfunktion gerecht werden können. Die paranoide Angst vor dem Gründungstermin überlassen wir denen, die sich ohnehin längst in den Gefilden der „Überindividualisierung" ergehen. Die Forderung nach qualitativer Veränderung antikapitalistischer Affekte in bewußte sozialistische Praxis, die der BV verbal erhebt, um sie de facto an den „psychischen Apparat" frustrierter Individuen zu verweisen, haben wir ernst genommen, indem wir sie dort zu verwirklichen suchen, wo sie — solange die Bevölkerung kapitalistischer Länder in ihrer großen Majorität aus abhängig Arbeitenden sich zusammensetzt — am dringendsten realisiert werden muß: im Bereich der gesellschaftlichen Produktion. In der Bundesrepublik ist deshalb gegenwärtig die Existenz lokaler sozialistischer Gruppen unabdingbare Voraus-

setzung dafür, daß Bildungs- und Agitationsarbeit in die Arbeiterjugendverbände, die großen Einpunktbewegungen, in die Gewerkschaften und Betriebe hineingetragen werden kann, (wobei wir nicht etwa wie Reiche und Gäng den Spitzen linker Industriegewerkschaften ein wirtschaftliches Alternativprogramm anpreisen wollen, das Brenner dann auch brav und ohne Widerspruch in die Tat umsetzen wird).

Weder mit dem Lockruf ‚Partei, Partei' noch mit verwässerten Modellen Marcuses sind wir hausieren gegangen, wir haben vielmehr die Notwendigkeit, die sozialistische Opposition zusammenzufassen und weiterzutreiben, konkret aus den sich verschärfenden Klassenantagonismen abgeleitet (wilde Streiks, Kündigung von Tarifen durch die Unternehmer, Werkschutz, Abbau der betrieblichen und staatlichen Sozialleistungen, neofaschistische Tendenzen, Ursachen der Arbeitslosigkeit, Polizeiterror gegen Intellektuelle vor dem Hintergrund der Notstandsgesetze etc.).

Über den naiven Glauben, die Niederlagen der Arbeiterbewegung im Hochschulbereich „praktisch aufarbeiten" zu können, sind wir baß erstaunt, wenngleich wir ihn als Resignation vor den praktischen Schwierigkeiten kennzeichnen müssen, denen sich eine sozialistische Opposition heute in Westdeutschland konfrontiert sieht. Aber diese Resignation, die mit einer abstrusen theoretischen Einschätzung globaler Prozesse Hand in Hand geht, hat Methode: Nachdem man nämlich die geradezu atemberaubende Entdekkung gemacht hat, daß „die ökonomisch-politische Macht des Imperialismus nicht zu unterschätzen" sei, nachdem man ohne jede Präzisierung und Differenzierung die kommunistischen Parteien Westeuropas als „revisionistisch" verketzert und schließlich den Klassenkampf in monströse Begriffe eingepfercht hat, dünkt man sich fortan natürlich der Verpflichtung enthoben, jene komplizierte und aufreibende Kleinarbeit zu leisten, deren die sozialistische Opposition zu ihrer Stabilisierung umso dringender bedarf, je deutlicher die Klassengegensätze — vom drohenden Verlust des Arbeitsplatzes bis zur geplanten Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums — wieder hervortreten.

Trotz der beim Aufbau sozialistischer Gruppen auftretenden organisatorischen und politischen Schwierigkeiten, die schon damit beginnen, daß die berufstätigen Genossen, wenn sie zur Schulung und Vorbereitung von Aktionen am Abend zusammenkommen, bereits acht Stunden gearbeitet haben, daß ihre Freizeit äußerst beschränkt ist und daß sie durch ein linkes Engagement ihre ökonomische Sicherheit gefährden, ist es dennoch gelungen, funktionsfähige sozialistische Gruppen aufzubauen, was an einem konkreten Beispiel kurz demonstriert sei:

Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Sozialisten (ADS) in Kassel entstand nach der Großen Koalition mit Unterstützung Marburger Genossen. Die Gruppe besteht aus ungefähr 50 Mitgliedern, meist junge Arbeiter und Angestellte, sowie einem Kreis aktiver, aber nicht organisierter Anhänger. Ihre Aktivitäten reichen von Vortragsveranstaltungen (die bisher von jeweils 400—700 Personen besucht wurden) über die Verteilung von Flugblättern vor Industriebetrieben (etwa Ohnesorg-Notstands-Flugblatt bei Henschel)

und die Durchführung einer Vietnamwoche bis zur gruppeninternen Schulung, zur Bildungsarbeit im Stadtjugendring und Kaderbildung in Betrieben. Die ADS unterhält gute Kontakte zu den Gewerkschaften und versucht, in der SPD einen linken Flügel zu organisieren.

Außerdem gibt es in zahlreichen anderen Orten und Städten der BRD (etwa in Kiel, Hamburg, mehreren Orten Nordhessens, Gießen, Frankfurt, Hanau, kleineren Orten Südhessens, Schwetzingen, Stuttgart, Freiburg, Hof, Dortmund, Essen, Wuppertal, Aachen) sozialistische Gruppen, die mit dem Sozialistischen Büro kooperieren. Wir geben zu, daß nicht alle Gruppen so aktiv und effektiv arbeiten wie die ADS, es kommt uns aber darauf an, hier zu zeigen, daß der Aufbau lokaler sozialistischer Organisationen entscheidende Voraussetzung dafür ist, den von Reiche und Gäng nicht aus der gesellschaftlichen Analyse abgeleiteten Anspruch zu realisieren: antikapitalistischen Protest zu sozialistischer Politik zu entwickeln.

# Rezensionen

E. Matzner

## Modell Österreich

Skizzen für ein Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept, Europa-Verlag, Wien 1967.

Der Autor untersucht zunächst die Quellen der Nachkriegsexpansion in Österreich und die Ursachen des seit 1960 stark abgeflachten Trends in der Wirtschaftsentwicklung dieses Landes. Neben der Information über die Wirtschaftslage und -probleme Österreichs bietet die Schrift eine sicher für den Laien interessante und verständliche Einführung in wichtige Problemkreise: Ursachen des Investitionsrückganges, Wachstum und „Konsumverzicht", Problematik des Auslandskapitals, Vor- und Nachteile der Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Außerdem findet der Leser eine, wenn auch knappe Beurteilung der Vor- und Nachteile einer Assoziation Österreichs an die EWG bzw. seines Verbleibens in der EFTA.

Allerdings kann die Erklärung der gegenwärtigen schlechten Wirtschaftslage Österreichs durch den mangelnden Pioniergeist seiner privaten Unternehmer kaum befriedigen. Es wäre notwendig gewesen, den Ursachen dieser Erscheinung doch ein wenig weiter nachzugehen.

Wer auf Grund des Titels hofft, detaillierte Vorstellungen über ein modernes praktikables Wirtschaftskonzept zu erfahren, sieht sich allerdings enttäuscht. Nachdem der Autor in der Einleitung mitteilt, daß er seine Gedanken teils der neoklassischen und teils der postkeynesianischen Wachstumstheorie verdankt, teils aber auch Schumpeter, der empirischen Außenhandelstheorie und dem polnischen Soziologen Hochfeld (S. 9), durfte der

Leser auf eine originelle Synthese gespannt sein. Leider zu Unrecht. Matzner empfiehlt einen langfristigen Wirtschaftsplan, Arbeitsteams, die Zielvorstellungen ausarbeiten sollen, gezielte Industriefinanzierung, Erhöhung der Mobilität und Qualifizierung der Arbeitskräfte. Ebenso global wie diese Zielsetzungen behandelt er die „Techniken zur Rationalisierung der Wirtschaftspolitik". All dies konnte man in einschlägigen Büchern und Handbuchartikeln schon besser und konkreter lesen, eine Anwendung der in dieser Allgemeinheit längst bekannten Methoden auf Österreich hat der Autor nicht einmal versucht.

W. Rosenbaum

A. Kozlik

## Der Vergeudungskapitalismus

Das amerikanische Wirtschaftswunder, Europa-Verlag, Wien 1966.

Aufrechte Gesinnung des Autors und seine mehr als gerechtfertigte Abscheu gegenüber einem Wirtschaftssystem, das mit seinen riesigen produktiven Kräften nichts anderes anzufangen weiß als einen ungeheuren, gegen die Existenz der Menschheit gerichteten Rüstungsapparat aufzubauen, sind leider keine ausreichenden Voraussetzungen für eine Untersuchung von wissenschaftlichem Wert.

In der Analyse des amerikanischen Kapitalismus bringt das Buch in seinen statistischen Teilen nichts, was nicht schon längst bekannt wäre über Erzeugung, Verwendung und Vergeudung des amerikanischen Sozialprodukts. (Bei K. heißt Sozialprodukt allerdings, weil er im Interesse der Laien Fachausdrücke und Fremdwörter vermeiden will, Volkserzeugnis. Während Laien und Fachleute hinter diesem Ausdruck ohne weiteres eine Übersetzung von Sozialprodukt erkennen können, braucht man schon eine Weile, um hinter Ohnbewerb eine Übersetzung von Monopol zu vermuten.)

Die mit Anspruch auf theoretische Aussage auftretenden Teile des Buches sind von kaum zu überbietender begrifflicher Unschärfe und Schlichtheit, die auch für den Laien (für den K. nach dem Vorwort seines Buches geschrieben hat), absolut nicht erhellend ist. „Werden Fabriken stillgelegt, so werden Arbeiter entlassen. Sie werden zu Arbeitslosen, das sind müßige arbeitswillige Menschen. Arbeitslose sind überzeugte Arbeiter." (S. 116) Da das vielleicht manchem Leser platt erscheinen könnte, verweist K. in einer dazu gehörenden Fußnote auf den Kontrast zwischen „verwickelten Ableitungen der Wirtschaftskrisen von

bekannten Nationalökonomen" und den einfachen Ableitungen großer Politiker, z. B. des Präsidenten Coolidge, der zu dem Problem folgendes zu sagen hatte: „Wenn mehr und mehr Arbeiter entlassen werden, so entsteht Arbeitslosigkeit."

Eine auch nur im Ansatz zufriedenstellende Erklärung der Überakkumulation in den USA gibt K. nicht. Zunächst bekommt man den Eindruck, K. gehe von einer zunehmenden Verringerung der Anlagemöglichkeiten aus (S. 25 ff.), dann ist auch davon die Rede, daß das Problem etwas mit der Monopolisierung (dem Ohnbewerb) zu tun habe (S. 37 f.). Schließlich wird noch die Unterkonsumtionstheorie im Anschluß an Sismondi und Malthus bemüht (S. 305 ff.). Aber all das sind auch mehr Aphorismen als Erklärungen.

Der Leser ist verblüfft, wenn ihm K. mitteilt, daß im Kapitalismus die Lager der Unternehmer „Regler der Erzeugung" sind (S. 115). („Im freien Kapitalismus regeln die Lager die Erzeugung, aber niemand regelt die Lager" [S. 305]).

Beispielhaft für das theoretische und begriffliche Chaos in diesem Buch ist, daß sich auf der 3/4 Seite (S. 37), die sich mit der „Bürokratie als Klasse" beschäftigt, nicht die Spur einer Definition von Klasse findet, ja das Wort „Klasse" außer in der Überschrift überhaupt nicht vorkommt.

W. Rosenbaum

# Bibliographische Hinweise zum Nahostkonflikt

(zusammengestellt vom SDS-Auslandsreferat)
Die folgende Liste beschränkt sich auf eine Auswahl der wichtigsten in Westeuropa erschienenen Beiträge zur Geschichte und Entwicklung des Nahostkonflikts.


Abdel Razak *Abdel-Kader*, Le conflit judéo-arabe, Maspero, Paris 1961 (cahiers libres Nr. 20—21).

ders., Le monde arabe à la veille d'un tournant, Maspero, Paris 1966 (cahiers libres 91).

Anouar *Abdel-Malek*, Egypte — société militaire, Ed. du Seuil, Paris 1962.

ders., Nasserism and Socialism, in *Socialist Register* 1964.

M. Jamal *Ahmad*, The intellectual origins of Egyptian nationalism, Oxford University Press, Oxford 1960.

Franz *Ansprenger*, Kurt *Sontheimer*, Der arabisch-israelische Konflikt, in *Merkur* Nr. 232, 11. Jhrg., Heft 7, Juli 1967.

Avraham *Ben-Tzur*, Le socialisme de Nasser, in *Nouvelles Perspectives*, Juni/Juli 1963.

Morroe *Berger*, Bureaucracy and Society in Modern Egypt, Princeton University Press, Princeton 1957.

Jacques *Berque*, Le Maghreb entre deux guerres, Ed. du Seuil, Paris 1962.

ders., Les Arabes, Ed. Delpirre, Paris 1959.

ders., Les Arabes d'hier à demain, Ed. du Seuil, Paris 1960.

*Berque, Blachere, Marthelot, Cohen, Brunschwig*, L'évolution économique sociale et culturelle des pays de l'Islam s'est-elle montrée défavorable à la formation d'un capitalisme de type occidental? (colloque organisé du 22 au 24 mars 1961. E. P. H. C., Paris).

A. *Chouraqui*, L'Etat d'Israël, P.U.F., Paris 1955.

ders., L'Alliance israélite universelle et la Renaissance juive contemporaine, P. U. F., Paris 1965.

Tony *Cliff*, The Struggle in the Middle East, International Socialism Pamphlet, London 1967.

Marcel *Colombe*, L'évolution de l'Egypte 1924—1950, Paris.

Kevin *Devlin*, Communism in Israel, in *Survey* Nr. 62, Jan. 1967.

Y. *Durelles*, Structure et développement de l'économie égyptienne, in *Economie et Politique*, Nr. 72, Juli/August 1960.

*Esprit* (über Israel), Paris, Sept. 1966.

F. *Fanon*, Les Damnés de la terre, Ed.

Maspero, Paris 1961.
Maurice *Friedberg*, The Split in Israel's Communist Party, in *Midstream*, Febr. 1966.
A.-M. *Goichon*, Les responsabilités de la guerre de Palestine, in *Correspondance d'Orient*, Etudes, Bd. VII, S. 3—28, Bruxelles 1965.
L. *Hirszowicz*, Nazi Germany and the Palestine Partition Plan, in *Middle Eastern Studies*, Bd. I, Nr. 1, Okt. 1964, S. 40—65.
*Informationen zur Abrüstung* über den Israelisch-arabischen Konflikt, mit Beiträgen u. a. von *Heydorn, Abendroth, Kloppenburg, Klönne* und Kurt *Ullerich*.
Michael *Ionides*, Divide and Lose — The Arab Revolt of 1955—1958, Geoffrey Bliss, London 1960.
Charles *Issawi*, Modern Egypt at Mid Century, London 1955.
ders., Egypt in Revolution, Oxford 1963.
ders., M. *Yeganeh*, The Economics of Middle Eastern Oil, 1962.
J. *Joesten*, Nasser: The Rise to Power, Oldhams Press, London 1960.
Serge *Jonas*, Les mythes du sionisme, in *Cahiers internationaux de Sociologie*, Vol. 33, 1962.
J. und D. *Kimche*, Both sides of the hill: Britain and the Palestine War, Secker and Warburg, London 1960.
J. *Klatzmann*, Les enseignement de l'expérience israélienne, P. U. F., (Coll. „Tiers-Monde"), Paris 1963.
Gerhard *Knauss*, Der Staat Israel, die Araber und die Bundesrepublik, in *Frankfurter Hefte*, 15. Jhrg., Heft 9, Sept. 1960.
Jean und Simonne *Lacouture*, L'Egypte en mouvement, Ed. du Seuil, Paris 1956.
Simonne *Lacouture*, Egypte, Ed. du Seuil, Paris 1962 .
in *Le Monde diplomatique*, Nr. 160, Juillet 1967, S. 3 bis 9 „Le Conflit Israélo-Arabe" — Les perspectives d'une négociation au lendemain de la guerre éclair de juin 1967.
Mit Artikeln von Maxime *Rodinson*, Guy *Feuer*, Pierre *Rondot*, Micheline *Paunet*, Philippe *Decraene*, Alain *Murcier*, Bernard *Féron*, Jacques *Nobecourt*, Georges *Chaffard*, u. a.
G. *Lenczowski*, The Middle East in World Affairs, 3rd ed, Cornell University Press, Ithaca 1962.
*Les Temps Modernes*, Le conflit israélo-arabe, Dossier, XXII année, Nr. 253 bis, Paris 1967 (Juni)
u. a. mit Beiträgen von J. P. *Sartre*, C. *Lanzmann*, Maxime *Rodinson*, Sami *Hadawi*, Bourhan *Dagani*, Ali *Elsamman*, Ahmed *Bahaeidine*, Gebran *Majdalany*, Abdallah *Laroui*, Tahar *Benziane*, Robert *Misrahi*, Meir *Vilner*, Moshe *Sneh*, Dov *Barnir*, Simha *Flapan*, Meir *Yaari*, Nahrum *Goldmann*, Nissim *Rejwan*, Eliezer *Beeri*, Shaul *Zarhi*.
Neville *Mandel*, Turks, Arabs and Jewish Immigration into Palestine, 1882—1914, in St. Antony's Papers, Nr. 17 (= *Middle Eastern Affairs*, Nr. 4), Oxford University Press, London 1965, S. 77—108.
Robert *Misrahi*, Les israéliens, les Arabes et la terre, in *Temps Modernes*, Nr. 147—148, Mai/Juni 1958, Seite 2183—2209.
Elizabeth *Monroe*, Britain's Moment in the Middle East 1914—1956, Chatto and Windus, London 1963.
Abdel *Montasser*, La répression antidémocratique en Egypte, in *Les Temps Modernes*, Nr. 173—174.
Don *Peretz*, Israel and the Palestine

Arabs, The Middle East Institute, Washington 1958.
Hassan *Riad*, Pression démographique et stratification sociale dans les campagnes égyptiennes, in *Tiers Monde*, Bd. I, Nr. 3, Juli/Sept. 1960.
ders., La société urbaine égyptienne, in *Tiers Monde*, Bd. II, Nr. 6, April/Juni 1961.
ders., Les trois âges de la société égyptienne, in *Partisans*, Nr. 7 und Nr. 8, (Nov./Dez. 1962 und Jan./Feb. 1963).
ders., En Egypte: société militaire et capitalisme d'Etat, in *Révolution* Nr. 1 (Sept. 1963) und Nr. 2 (Okt. 1963).
ders., L'Egypte Nassérienne, Ed. de Minuit, Paris 1964.
Maxime *Rodinson*, Les problèmes des partis communistes en Syrie et en Egypte, in *Cahiers internationaux*, Nr. 93, Febr. 1958.
dies., Le marxisme et le nationalisme arabe, in *Voies nouvelles*, Nr. 8 (Apr. 1959) und Nr. 9 (Juni 1959).
dies., L'Egypte au miroir marxiste, in *Les Temps Modernes*, Nr. 203, April 1963.
dies., Israël une lutte de libération nationale?, in *Partisans*, Nr. 21, Juni/August 1965, S. 34—40.
dies., Les Arabes et Israël, in *Revue française de science politique*, Bd. XVI, Nr. 4, August 1966, S. 785 bis 798.
dies., Sionisme et socialisme, in *La nouvelle critique*, Nr. 43, Februar 1953, S. 18—48.
dies., Nature et fonction des mythes dans les mouvements socio-politiques d'après deux exemples comparés: communisme marxiste et nationalisme arabe, in *Cahiers internationaux de sociologie*, 33, 1962.
dies., Problématique de l'étude des rapports entre Islam et Communisme (Colloque sur la sociologie musulmane, Actes 11—14 Sept. 1961), Bruxelles 1962.
dies., L'Islam: doctrine de progrès ou de réaction?, in *Les Cahiers rationalistes*, Nr. 199, Dez. 1961.
P. *Rossi*, L'Irak des révoltes, Ed. du Seuil, Paris 1962.
Mohamed *Said el Attar*, Le Sous-Développement Economique et Social du YEMEN — Perspectives de le Révolution Yéménite, Ed. Tiers Monde, Alger 1964.
Walter *Schwarz*, The Arabs in Israel, Faber and Faber, London 1959.
Mahmoud *Seklani*, Population active et structures économiques de l'Egypte, in *Population* Nr. 3, Juli/Sept. 1962.
Sh. *Sitton*, Israël immigration et croissance, Cujas, Paris 1963.
Wilfred Cantwell *Smith*, Islam in Modern History, Princeton University Press, Princeton 1957.
Solving the Arab Refugee Problem, *New Outlook*, Tel Aviv, Juli/Aug. 1962.
Leonard *Stein*, The Balfour Declaration, Vallentine and Mitchell, London 1961.
*Tiers Monde* (über Ägypten), Juli/September 1960.
P. J. *Vatikiotis*, Egyptian Army in Politics, Indiana University Press, Bloomington 1961.
Doreen *Warriner*, Land and Poverty in the Middle East, London 1956.
Nathan *Weinstock*, Israël le sionisme et la lutte des classes, in *Partisans*, Nr. 18, Dez. 1964—Jan. 1965, S. 57 bis 63 und Nr. 20, April/Mai 1965.

# Isaac Deutscher ist gestorben.

Am 20. August verstarb sechzigjährig in Rom einer der bedeutendsten marxistischen Historiker: Isaac Deutscher. Deutschers politischer Intellekt wurde geprägt in der Schule der internationalen kommunistischen „Linken Opposition", deren polnischer Gruppe er seit 1926 angehörte. Sein Werk war es, der Nachkriegsgeneration, deren politisches Denken sich im Banne des West-Ost-Konflikts nicht frei entfalten konnte, die Wahrheit über den Bolschewismus, über Lenin, Trotzki und auch die über Stalin zu überliefern. Deutscher repräsentierte noch in der Gegenwart die vom Stalinismus vernichtete Generation revolutionärer Marxisten, die sich weigerten, in Stalins Rußland die Wirklichkeit jener Vision zu sehen, für die Zehntausende von Arbeiter-Revolutionären ihr Leben geopfert haben, und die der bürokratischen Diktatur unter der Losung „Arbeiterdemokratie und Weltrevolution" den Krieg erklärten. Durch seine Publikationen hat Deutscher in den vergangenen zwanzig Jahren die Geschichte der russischen Revolution und der KPdSU(B), der III. Internationale und ihrer Oppositionen von den stalinistischen und post-stalinistischen Fälschungen befreit und damit die Arbeit des Historikers Trotzki fortgesetzt. Dessen politisches Denken und Handeln bildete die zentrale Faszination des Historikers Deutscher, und im Medium dieses Lebens ließ er vor seinen Lesern die Geschichte der Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erscheinen. Deutscher hat Trotzki als marxistischen Klassiker und Revolutionär rehabilitiert. Zwar hielt er seine Bemühungen, nach der Niederlage des Jahres 1933 eine neue (IV.) kommunistische Internationale aufzubauen, für fruchtlos, wußte aber keine organisatorische Alternative anzugeben: „For a whole epoch Trotskyism was the sole revolutionary alternative to Stalinism." Deutschers großes biographisches Werk ist unabgeschlossen. Er plante, nach den Bänden über Stalin und Trotzki zwei Bände über Leben und Theorie Lenins sowie einen Band über Stalins letzte Jahre zu publizieren. Vor allem seine Leninbiographie wurde von allen Sachkundigen mit höchstem Interesse erwartet. Vielleicht sind die Manuskripte soweit fertiggestellt, daß eine posthume Ausgabe möglich ist. Die Generation junger Marxisten in den höchstentwickelten Ländern der Erde wird das historisch-theoretische Erbe, das Deutscher ihr vermittelte, in den Kämpfen, die ihr bevorstehen, zu nutzen wissen.

Helmut Dahmer

# HEIDELBERGER BLÄTTER

Zeitschrift für Probleme der Arbeit und der Gesellschaft

7 **DER KRIEG IN VIETNAM**
(z. Zt. vergriffen)

8 **MITBESTIMMUNG UND AUFKLÄRUNG**
Hansmartin Kuhn, Zum Verhältnis von Mitbestimmung und Aufklärung · Günter Hillmann, Kooperation contra Herrschaft Peter von Oertzen, Technische, wirtschaftliche und soziale Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung · Milan Langhoff/Wolfgang Frickhöffer/Fritz Vilmar/Helmut Wickel, Mitbestimmungsforum: Die gewerkschaftlichen Forderungen auf Ausdehnung und Erweiterung der Mitbestimmung · Hansmartin Kuhn, Kritische Theorie: Antizipation des Möglichen in Konfrontation mit dem Wirklichen · Elmar Wolfstetter, Rüstungswirtschaft als Hindernis gesellschaftlicher Emanzipation Materialien zur Notstandsgesetzgebung: Professoren und Studenten appellieren an Arbeitnehmer und Gewerkschaften

9/10 **BILDUNG UND GESELLSCHAFT**
Horst Geyer, Gibt es Bildungsprivilegien in der BRD? · Wolfgang Edelstein, Schulreform und kritische Theorie · Sebastian Herkommer, Vorstellungen von Politik und Gesellschaft bei Lehrern · Hellmut Lessing, Berufsarbeit und beruflicher Aufstieg der Jugendlichen in der BRD · Heinz Brakemeier, Berufsschulbildung und technischer Fortschritt – Eine Kritik der Berufsschule in der BRD · Wolfgang Nitsch, Zur gegenwärtigen Situation der Hochschulen in der BRD · Friedhelm Nyssen, Die gesellschaftspolitischen Implikationen der geplanten Studienreform · Wolfgang Nitsch, Studienorganisation und akademische Berufe in der kapitalistischen Industriegesellschaft I. Besprechungen zum Rahmenthema II. Allgemeine Besprechungen

11/12 **ARBEITERBILDUNG UND POLITISCHE BILDUNG (I)**
Das politische Jugendbildungsprogramm der Gewerkschaften STUDENT UND GEWERKSCHAFT (I) · Die Mitarbeit von Studenten im politischen Jugendbildungsprogramm der Gewerkschaften · Die Zusammenarbeit von Studenten und Gewerkschaften bei Industriepraktika

HEIDELBERGER BLÄTTER ' Zeitschrift für Probleme der Arbeit und der Gesellschaft Herausgegeben von der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Hochschulgruppe Heidelberg in Zusammenarbeit mit den übrigen gewerkschaftlichen Studentengruppen in der Bundesrepublik Schutzgebühr für Einzelheft: DM 1,–, für Doppelheft: DM 2,–, für Jahresabonnement (4 Ausgaben) zuzüglich Porto DM 5,50

Verlag **HEIDELBERGER BLÄTTER** E. & L. Wolfstetter
6 Frankfurt am Main Untermainanlage 9 T. (0611) 231637